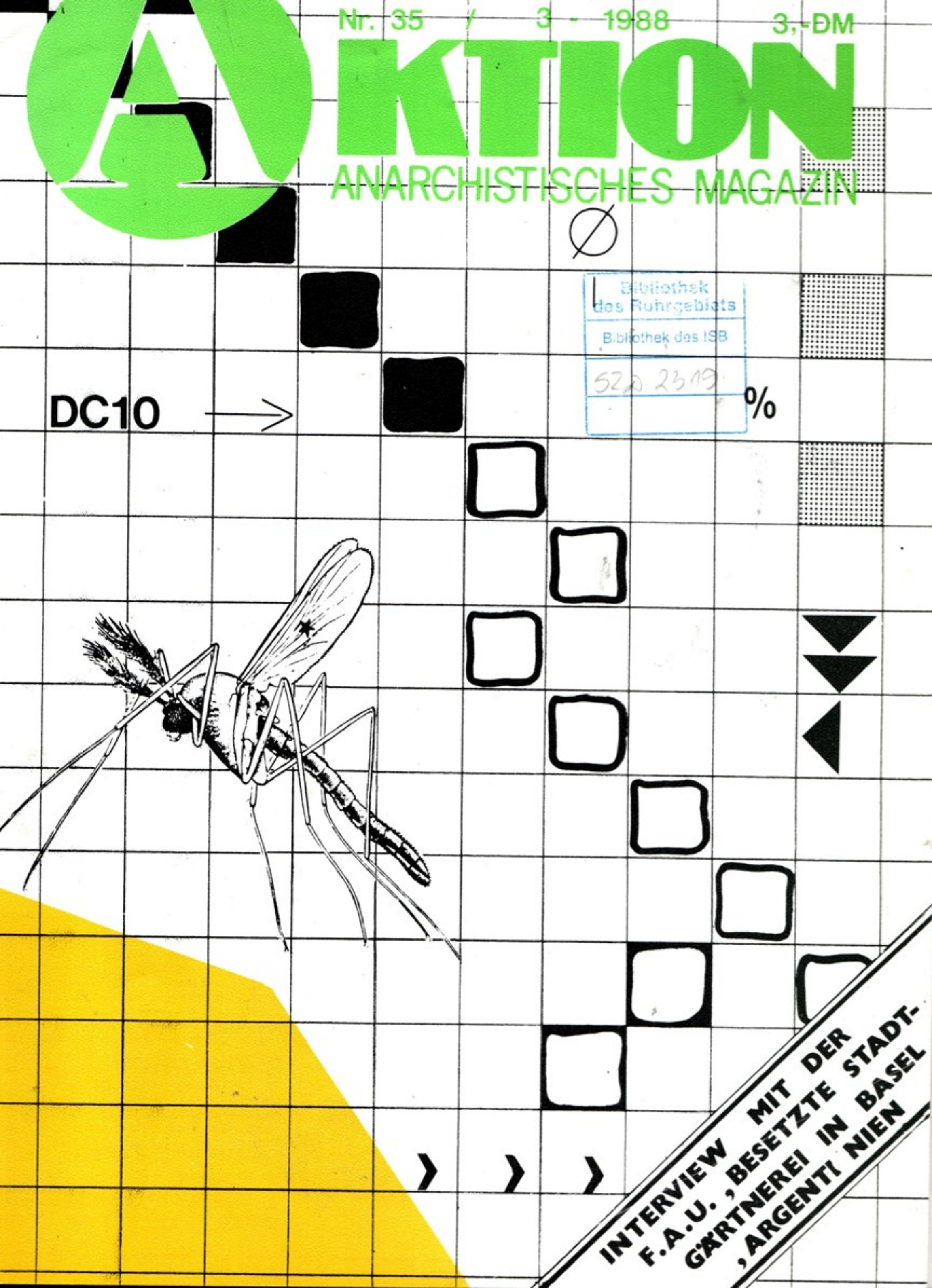


Nr. 35 / 3 - 1988
3,-DM
AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
DC10
%
INTERVIEW MIT DER F.A.U.
BESETZTE STADTGÄRTNEREI IN BASEL
ARGENTINIEN



REDAKTIONEN:

**AKTION und**
**Regionalredaktion Frankfurt:**
(Einschreiben, Pakete o.ä.:
z.Hd. G. Neumann)
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen: dienstags ab 19 Uhr im LZ

**Regionalredaktion Göttingen:**
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

**Regionalredaktion Hamburg:**
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

**Regionalredaktion Rhein-Ruhr:**
c/o Libertäres Zentrum
Essensberger Sr. 100
4130 Moers

**Regionalredaktion Darmstadt:**
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
c/o Aktionsgemeinschaft Umweltschutz
Lauteschlägerstraße
6100 Darmstadt

VisdP: G. Neumann

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Der Gerichtsstand ist Frankfurt.

**Konto:**
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

**ABO:**
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit der Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Business-Glas ist unser Standard

# EDITORIAL

**REDAKTIONSSCHLUSS: 28. Juni 1988**

Den Redaktionsschluß für die nächste Nummer haben wir um zwei Wochen auf 28.6.88 verschoben, sodaß die AKTION Nr. 36 Ende Juli erscheint. Zum einen wollen wir somit besser über das Sommerloch wegkommen. Wir wollen auch mal weg bzw. wollen wir mit anderen Gruppen ein neues Libertäre Zentrum in Ffm machen, d.h. auch erstmal viel Arbeit. Zum anderen gibt es eine Diskussion in der Redaktion, den Erscheinungszeitraum wieder auf 2 Monate hochzusetzen, damit wir mehr Zeit für die inhaltliche Dikussion haben. Denn mit der AKTION, so wie sie zur Zeit ist, sind wir selbst nicht zufrieden. Andererseits fänden wir es toll, wenn die AKTION noch mehr von anarchistischen/autonomen/libertären Menschen und Gruppen als Diskussionsforum genutzt würde. Kritik an der Zeitung ist auch gleichzeitig Kritik an "der" Bewegung. Wir sind nicht die VorbeterInnen, haben als anarchistische Gruppe aber doch einen Anspruch an uns, und an das, was wir veröffentlichen.
Zur Situation der Startbahnbewegung haben wir in dieser Nummer außer einem kurzen Leserbriefkommentar nichts geschrieben, da doch eine rege Diskussion, auch aufgrund unseres Artikels in der letzten AKTION zum Thema "Verräter", stattfindet. Zudem bekommen die Anwälte der Betroffenen nun Akteneinsicht, sodaß sich ev. neue Dikussionspunkte ergeben können. Wir wollen dies dann alles in der nächsten ATKION zusammenfassen.
Während des Drucks erreichte uns noch die Nachricht, daß Mark S. frei ist!
Sein Verfahren (Vorwurf: Raub einer Dienstwaffe) wurde von der Bundesanwaltschaft an das Amtsgericht Hanau abgegeben.
Andreas S. wurde von Frankenthal nach Ffm/Preungesheim verlegt.
So, das wärs. Viel Spaß beim Lesen.

Eure AKTIONäre






# leserbrief

HEY REDAKTION !!!
Ich will der AKTION nicht die Legitimation als anarchistischem Magazin absprechen. Trotz einiger herber "Schnitzer", die ihr euch in letzter Zeit erlaubt habt, fand ich die AKTION meistens recht gut. Und zwar weil, sich da mit Themen und (auch für uns) heißen Eisen radikal und ehrlich auseinandergesetzt wurde. Als Beispiel fällt mir da der zweite Teil "Heia Safari - Thema ab vom Schuß?" - Artikel ein (AKTION Nr. 30 - 6/87).

Was mich allerdings zunehmend nervt, ist die Oberflächlichkeit, mit der sich zum Teil mit Themen auseinandergesetzt wird! Ich beziehe mich jetzt mal hauptsächlich auf die letzte Ausgabe (Nr. 34 - 2/88).
Was soll z.B. in dem Artikel "Anschaffen - hier und anderswo", in dem es um Prostitution hier und auf den Phillippinen geht, ein Comic mit zwei Bildchen und diesem Text: Ein Mann sagt zu einer offensichtlich als Hure gezeichneten Frau: "Also, ich bin ja für die freie Liebe." Die Frau entgegenet: "Und ich mehr für die bezahlte."
Haha, wie lustig!
Beim Lesen des Berichtes hat sich mir fast der Magen rumgedreht und ich frage mich, was bei einem solchen Thema solcherart schwachsinniger "Humor" (?) auf Illustrierten - Niveau zu suchen hat? Das ist für mich entweder Ausdruck oberflächlicher Umgehensweise mit den Themen, die ihr in der AKTION behandelt oder ihr findet das sogar ernsthaft lustig. Wenn letzteres der Fall ist, dann laßt euch fragen, ob ihr beim nächsten Artikel über Faschismus und Rassismus Türkenbildwitzchen abdrucken wollt. Sollte sich hinter den zwei Bildchen irgend ein ganz anderer Sinn (überhaupt einer-?) verbergen, der mir aus Mangel an Verständnis verborgen geblieben sein sollte, dann erklärt den mal!

Gleich auf der nächsten Seite beginnt der Artikel über Gentechnik (Menschenzucht und Massenmord, die Naziforschung setzt sich fort). Ein Thema, über das es an sich schon viel zu berichten gibt, das aber auch im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftssystem, dem Kolonialismus, der Ausbeutung hier und weltweit gesehen werden muß. Ein solches Thema wird dann von euch unter markiger Überschrift auf einundeinhalb Spalten abgehandelt.
Dies dokumentiert eine deutliche Oberflächlichkeit und keine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Thema.




Der nächste Punkt ist der Artikel "So much trouble in the world", der im Editorial als Beitrag zum Thema Internationalismus angekündigt wird. Auch dieser Artikel ist, trotz seiner Länge, alles andere als eine genaue Beschäftigung mit dem Thema. Er ist eine Auflistung von (vielen) Fakten - rund um den Globus -, vermischt mit ein paar (z.T. recht sinnvollen) Gedanken, die dann aber sofort zum nächsten Punkt übergehen, keine Zusammenhänge bezeichnen, nicht in die Tiefe gehen.
Der Gedanke, daß viele Befreiungsbewegungen (Palästina, Kurdistan, etc.) oft das wollen, was AnarchistInnen nicht wollen, nämlich einen eigenen/-neuen Staat, ist insofern relevant und diskussionswert, wenn es um die Frage geht, inwieweit es mit solchen Bewegungen eine Solidarität geben kann. Leider stellt der Artikel für eine solche Diskussion, obwohl er das Thema selbst anspricht, kaum einen Ansatzpunkt dar.
In der Schlußbemerkung des Artikels heißt es, daß alle Ursachen für Ausbeutung, Imperialismus, Elend und Herrschaft in einer politischen Analyse aufzunehmen wären. Dies hat der Artikel nicht getan, aber vielleicht holen das ja andere Beiträge in den folgenden Ausgaben nach.

Für eine weiter Unmöglichkeit halte ich die Tatsache, daß ihr einen Bericht über einen Prozeß gegen eine Startbahngegnerin (Seite 23) mit der Überschrift "Provinzposse" versehen habt. Wenn eine Frau wegen angeblicher Beamtenbeleidigung zu zwei Wochen Jugendarrest ohne Bewährung verurteilt wird, dann ist das alles andere als eine Posse, sondern Ausdruck einer Verschärfung der Umgehensweise von Seiten des Staates mit uns und ist im Zusammenhang mit all dem zu sehen, was in Rhein/Main und anderswo sonst noch an Repression gegen uns läuft. Es war eine ganz klare politische Verurteilung und das hat nicht etwa was damit zu tun, ob es dabei um "Leben oder Tod" und um 10 Jahre Iso - Haft geht. Das Wort "Posse" ist also vollkommen fehl am Platze und zeugt von gewaltiger Verharmlosung.

Eine rühmliche Ausnahme in diesem Sammelsurium von Peinlichkeitn und Oberflächlichkeiten ist der Bericht über die Flughafenerweiterung. Ich denke, es wird Zeit, daß eine Diskussion in Gang kommt über die Rolle des Flughafens, weltweit und hier in der Region und über den Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit des Flughafens und der Repression gegen uns.

Was Ich mit/von der AKTION nicht will, sind anarchistisch angehauchte, diffus revolutionäre "(minimal) Konsensartikel", die wir dann unter "ferner liefen" abhaken können. So was können wir dann unter Selbstbeweihräucherung des "ach - so - anarchistischen - Bewußtseins" schnell wieder vergessen, - es kostet uns keinen müden Gedanken!

Was ich will, sind klare Analysen und Hintergrundberichte, die geeignet sind, eine anarchistische Position herauszuarbeiten. Das soll nicht heißen, daß solche Beiträge in unverständlicher, trockener Politphrasensprache abgefaßt sein müssen. Ich will streitbare Berichte, die klar radikal und ehrlich Standpunkte beziehen, die uns auch selbst hinterfragen. Nur dann kann eine lebendige Diskussion in Gang kommen. Und die ist bitter nötig, sonst verkommt die AKTION (und nicht nur die...) zur "Anarcho - Illustrierten", die mit viel Bildchen und markigen Sprüchen, inhaltsleer und ohne Ansatzpunkte für eine Diskussion, Austausch und gründlicher Auseinandersetzung.

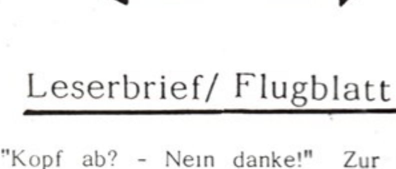
Von all dem war die letzte Ausgabe weit entfernt. Ich denke an bereits länger zurückliegende - Berichte, wie z.B. über die Auseinandersetzung zwischen Faschos, Antifas und Bullen auf der Zeil, über den Weltwirtschatsgipfel in Bonn oder den RAF - Artikel. Da wurde genau analysiert und eine (meistens) klare Einschätzung aus anarchistischer Sicht geliefert. Kurz: es wurden klare, streitbare Positionen bezogen. Das hat dann auch unter anderem über Leserbriefe Diskussionen angezettelt. Und gerade rege, kontroverse Diskussionen, - das ungefähr ist die Richtung, in die ich in Zukunft mit der AKTION wieder will.

Zum Schluß hoffe ich, daß sich von diesem Brief Leute zur Stellungnahme und zum Kommentar provoziert fühlen.

Vorläufig Tschüß

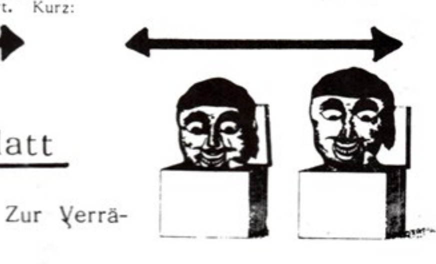
ein AKTION Leser/Schreiber





# Leserbrief/ Flugblatt

## "Kopf ab? - Nein danke!" Zur Verräterdebatte



Je mehr die Staatsgewalt versucht, die militante außerparlamentarische Opposition zu zerschlagen und hierbei auch Teilerfolge erzielt, desto mehr gerät die Abwehr dieses Versuches in ein wildes Ränkespiel gegeneinander.

Statt über Ursache und Wirkung zu reden und Kurskorrekturen vorzunehmen, wird Jagd auf Verräter gemacht, werden vermeindliche und wirkliche in einen Topf geworfen. Statt Ermutigung zur Kritik und Offenbarung der gemachten Aussagen wird menschliches Fehlverhalten dazu genutzt, um Sündenböcke zwecks Abreaktion der eigenen politischen Inkompetenz und Sprachlosigkeit aufzubauen.

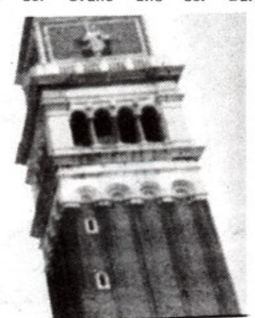
Wer von der Anschuldigung, ein "Verräter" zu sein, getroffen ist, der hat es in der Tat schwer, sich gegen dieses Stigma zu wehren. Wir können uns, in unserem täglichen Umgang miteinander, gewisse Oberflächlichkeiten durchaus leisten. Doch wer mit Kampfbegriffen gegen vermeindliche Abweichler vorgeht, der muß den Begriff des Verrats mit Inhalt füllen und die Bedeutung des Wortes sofort definieren. Wird dies nicht getan, kann der Begriff von jedem mißbraucht werden. Wird dieses nicht gemacht, wird das Ergebnis eine Entsolidarisierung sein, und man kann darauf Wetten abschließen, daß dieses bestimmt noch einige in die Vernehmungsstuben der Herren Bundesanwälte treiben wird.

Es sind unbestritten Aussagen gemacht worden, auf deren Grundlagen Menschen im Gefängnis sitzen und ihrer Freiheit beraubt sind. Aber dieses kann nicht dazu mißbraucht werden, um zu einer verdeckten Gegenrepression überzugehen. Wenn Gewalt ausgeübt wird, dann muß der- oder diejenige oder die "politische Organisation" sich legitimieren, sie muß kontollierbar sein. Dieser Anspruch gilt auch in einer Verfolgungssituation und gerade dann. Wer will denn in diesen Verstrickungen noch garantieren, daß nicht Intoleranz und Dunkelmännertum die politische Restkultur völlig zerstören und sich zwischen uns breitmachen?

In unseren Reihen gibt es sehr unterschiedliche Strömungen. Dagegen kann nichts eingewendet werden. Vielfältigkeit ist immer der Einfältigkeit vorzuziehen. Trotzdem kann auch in einer, durch ihre Vielfältigkeit sich auszeichnende Bewegung, ein konservatives Moment auftreten. Politischer Konservatismus ist nicht an rechts/links in der Politik gebunden. Erinnern wir - uns: Nach den Schüssen in der Nacht vom 2. November 1987 gab es verschiedenen Distanzierungen. Da wurde ein Flugblatt aus Wiesbaden verbreitet, in dem erklärt wurde, daß "solche Leute in unseren Reihen nichts zu suchen hätten". Die grüne Partei und die Bürger aus Walldorf folgten und erklärten, daß der Schütze sowieso ein "Auswärtiger" sei. Allen Erklärungsmustern ist eines gemein, man macht es sich zu einfach!



Welches Motiv steckt hinter einem solchen Verhalten? Ich glaube, es war die absolute Verunsicherung. Es entwickelte sich ein Bedürfnis nach Erklärung, nach Orientierung in all dem Chaos nach dem 2.11.87. Die Erklärungen aus Wiesbaden und aus Walldorf, aus zwei entgegengesetzten politischen Lagern, entsprachen einem ziemlich einfachen Weltbild. Was nicht sein darf, das nicht sein kann. Dann wurde bekannt, daß Sprecher der BI die politische Verantwortung übernommen hatten. Auch an diesem Punkt erkennen wir das gleiche Verhalten. Wie beliebt war doch die Verschwörertheorie. Man war auch an diesem Punkt der gleichen Meinung. Der Autonome, der Grüne und der Bürger.



Wer der Anklageerhebung etwas entgegensetzen will, der muß jetzt beginnen, auch die negativen Erscheinungen der letzen Jahre von sich aus in die öffentliche Debatte zu werfen. Manchmal ist halt die Wirklichkeit spannender als als so manches Konstrukt. Wer in Zukunft dem standhalten will, wer einen politischen Anspruch formuliert, der wird sich auch daran messen lassen müssen, wie er sich der unter uns weitverbreiteten Unvernunft entgegenstellt.

Das ist kein Aufruf zu politischem Fatalismus oder Liberalismus gegenüber tatsächlichen "Verrätern". Die Tatsache alleine, daß ermittelt wird und daß der Staat tief in die Strukturen hinein-

schaut, ist noch lange kein Grund in eine Wagenburgmentalität zu verfallen. Betroffenheit oder die schlimme Tatsache, daß man von ehemaligen "Freunden" verpfiffen wurde, kann keine Legitimation sein, Gerüchte mitzuverbreiten oder durch Anschläge gegen Leib und Leben von Menschen mitzuwirken. Jeder Akt von Selbstjustiz hat zu unterbleiben.

Vergeltung und Rache sind archaische Verhaltensweisen, die in unseren Reihen nicht geduldet werden dürfen. Wir können nur solche Leute aus unseren politischen und sozialen Zusammenhängen ausschließen, die ohne große persönliche Not andere belastet haben. Das ist ein legitimes Recht. Abgrenzungen zum Einen oder Anderen sind vielleicht erforderlich. Aber Verunsicherung und Bedrohung sind nicht das geeignete Mittel, um eine Aussprache und Diskussion über das Problem zu führen.

Achim Bender

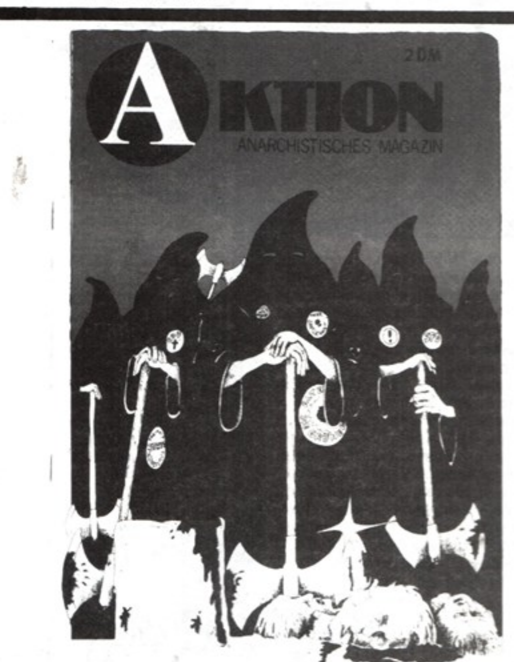
## Zwei Bemerkungen zu dem Flugblatt "Kopf ab - nein danke"




Der Anlaß für die Entstehung des Flugblattes war der inflationär gebrauchte Begriff des Verräters: In der ersten Zeit nach den Schüssen haben viele bei den Vernehmungen aus Angst, Unsicherheit, teilweise auch Unwissenheit und in dem Bewußtsein mit etwas konfrontiert zu sein, was man erst mal ablehnt - nämlich Mord - Aussagen gemacht. Alibiaussagen, Aussagen, von denen angenommen wurde, sie seien nicht so wichtig, würden niemanden belasten. Es bedurfte erst der "Arthur - hälts - Maul" - Kampagne, um klar zu machen, daß es keine unwichtigen Aussagen gibt und daß alle Vorgeladenen den nötigen Rückhalt von der Szene haben, wenn sie die Aussage verweigern. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Wieso mußte mit einer solchen Kraftanstrengung darauf hingearbeitet werden, daß keine Aussagen mehr gemacht wurden?
Die Vielfalt der Startbahnbewegung, die Achim anspricht, hat auch ihre Nachteile, wenn sie in eine Unverbindlichkeit ausartet, die bewirkt, daß im Schnellverfahren nachgeholt werden muß, was eine längere Diskussion gewesen wäre, damit es auch jede/r im Kopf hat: Kein Dialog mit den Herrschenden, keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwalt.
Aber anstatt sich über das beschriebene Manko Gedanken zu machen, ist einigen in der Szene nichts besseres eingefallen, als sich aus der Masse der "kleinen Aussagen" BI - Mitglied Achim Bender rauszupicken und wegen seiner ersten Aussage an dem Gerücht "Verräter" mitzukochen.

Widersprechen müssen wir Achim an dem Punkt, an dem er die These aufstellt, es habe zu der Tat zu einfache Erklärungsmuster seitens "der Autonomen" gegeben. Die Verschwörer-/Counter/Faschotheorie wurde zwar auch genannt, war aber nicht ausschlaggebend für die Diskussion. Sie wurde als Möglichkeit ebenso in Betracht gezogen wie die, daß jemand aus unseren Reihen geschossen haben könnte. Die Verunsicherung der Szene kam doch gerade daher, daß wir letztere eben nicht ausschließen konnten! Wenn wir dieses Erklärungsmuster weggelassen hätten, wäre der Satz "Was nicht sein darf, das nicht sein kann" auf uns zugetroffen. Die Flut von Erklärungen, die zahlreichen Diskussionen oder auch das Rhein - Main - Info belegen aber deutlich, daß diese Kritik nicht zutrifft.

AKTION




## REMEMBER !

Im Rahmen der Vorstellung bereits erschienener AKTION - Magazine wird diesmal die Nummer 10, 1 - 83 zur Übersicht geplündert.
Vorher sei erwähnt, daß die in der vorletzten AKTION vorgestellte Nummer 2 - 82 ausverkauft ist!
Die jetzt zu beschreibende 1 - 83 ist ein typisches Kind ihrer Zeit. So geht es mehrfach um die damals bevorstehende Bundestagswahl (Müller gegen Wirsing oder so ähnlich):

- Wählen - nein danke; warum wir uns unser Waschmittel nicht abwerben lassen.
- SPD und Grüne; der unmündige Bürger möchte bundesweit den WaWe 9.
- Ausländer - wenn der Zimmermann zur Axt greift.
- Die Volkszählung 1983 - Schon damals nur eine Antwort, die richtige: BOYKOTT!
- Interview mit Alexander Schubart (Aschu AG Volksbegehren "Keine 18 West") - Vom Magistratsdirektor zum Staatsfeind.
- Polen; Solidarnosc Zomo und Konsumglück.
- Streiks gegen Zivilrecht: ZDLer mögen Geiß(el)ler nicht.
- Terrorismus in Wuppertal: Der Staat sorgt für Rache: 129a
- DGB: Ein Loblied auf den Schoßhund des Kapitals contra das syndikalistische Organisationsprinzip.
- Krieg des A(merican) I(ndian) M(ovement) gegen den Geist von Amerika.
- Buchvorstellung: Die Baumwollpflücker
- und noch einiges mehr

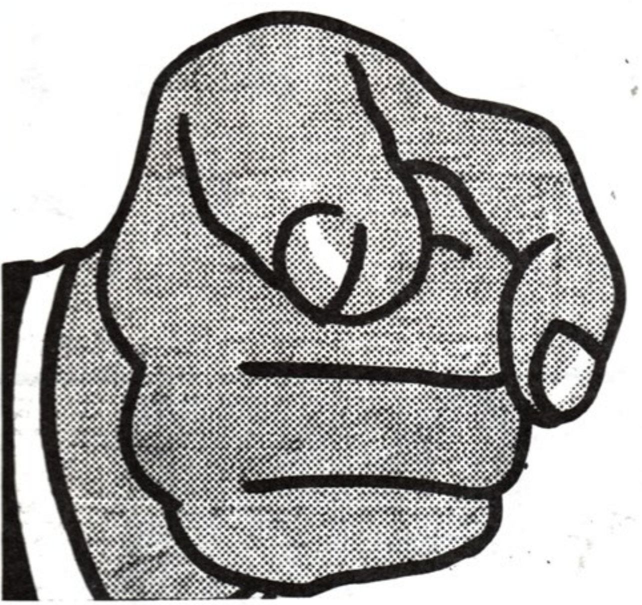
Abgesehen vom Mengenrabatt kostet das Einzelstück 2 DM inclusive Porto.

Hegesias

# Ein Jahr nach den Libertären Tagen - ein halbes Jahr nach den Schüssen...

"He! Hast du schon gehört, ein Kind ist in den Brunnen gefallen?"

"Klar, wir kippen gerade Steine drauf!"



Wurde auf den Libertären Tagen die mangelhafte soziale Einbindung, verselbstständigte Verhaltensmuster sowie selbstgefällige Gettobefindlichkeit beklagt - um nur einige Stichpunkte der Grundsatzdiskussion zu nennen - so wurden uns mit den Ereignissen um den 2.11.87 und mit dem, was danach folgte die Rechnung für eben jene festgestellten Mängel präsentiert.

Zwar war die Demonstration selbst berechtigt - einerseits aus dem aktuellen Anlaß (weitere Rodungen und Ausbau der Flughafeninfrastruktur), andererseits im Bemühen um Kontinuität (Hüttendorfräumung vor 6 Jahren) und "Wachhalten" der Erinnerung im Flughafenwiderstand - so muß doch festgestellt werden, daß wir dieses wie auch schon die letzten Jahre ein stückweit unserem eigenen Protestritual erlegen sind (Sowohl Hinweg als auch Rückzug der abendlichen Demonstration erfolgte nach für beide Seiten "bewährten" und schon oft praktizierten Schemata, vor allem mit dem berechtigten Grund größtmögliche Sicherheit der Demonstration zu gewährleisten). Die Diskussion über unsere (BI und Flughafenbewegung) Verantwortlichkeit muß u.a. an der Frage geführt werden, inwieweit dieser ritualisierte Teil unseres nach wie vor notwendigen Widerstandes gegen den Moloch Flughafen, wenn obgleich nicht als direkte Ursache (wie es gerne von staatlichen Institutionen dargestellt wird), so doch als "Deckung" für die Schüsse herhalten konnte. Dies weniger wörtlich auf den Abend zu beziehen (Wer hat wann, wie und vor allem warum geschossen?), sondern als eine grundsätzliche Fragestellung zu begreifen, die sich mit Andiskutiertem (Stichwörter: Militanz als Selbstzweck, verselbstständigte Verhaltensmuster, etc.) weiterbeschäftigen muß ist die nun bitter bestätigte Notwendigkeit.

Die Nachricht über zwei auf der Demonstration getötete Menschen (und das waren sie, wenn auch als Teil einer tödlichen Polizeimaschinerie) wurde ungläubig und fassungslos aufgenommen. Daß es an der Startbahn West einmal Tote geben könnte, wurde von vielen spätestens seit der üblen Hüttendorfräumung 1981 für möglich gehalten. Wie tödlich der Polizeiapperat sein kann, hat sich zuletzt bei Günter Sare gezeigt - die, die bei Demonstrationen umgebracht wurden, und es sind ihrer viele - es gab sie bisher immer auf unserer Seite.

In einen Zustand des Schocks und der Verunsicherung brach der Polizeiapperat, selbstredend hochmotiviert mit voller Härte und den üblichen Methoden herein. Es fiel den Statthaltern staatlicher Macht in dieser Situation nicht schwer, die unverbindlichen schwammartigen Strukturen der Szene unter Druck zu setzen.

Konsequenterweise lief in dieser Drucksituation "eine ganze Menge nach unten weg", was in "ruhigen Zeiten vom Szeneschwamm aufgenommen worden war". Diese Aussageflut ist Ergebnis des Mangels innerer Auseinandersetzungen, persönlichen Kennens, Vertrauens und Verläßlichkeit.

## Über Verräter - Sanktion und Strafe durch uns?

Ein Mangel zeugt den nächsten, und so steht die Szene heute vor dem Problem des Umgangs mit all denjenigen, die den Drohungen, den Erpressungen und der Angst nicht standhielten und Aussagen machten. Diese zum Teil schwerbelastenden Aussagen und Geständnisse schüren Unsicherheit und Mißtrauen, sind wesentliche Ursache der Entsolidarisierung untereinander. Viele haben versucht, die Verbindung trotz alledem nicht abreißen zu lassen und sich auch immer wieder um eine Klärung der Ursachen bemüht. Aber es gab auch autonome Flugblätter gegen einzelne "Verräter" und aus der Unklärbarkeit des Konflikts heraus die Drohung des "Ausschlusses aus sozialen und politischen Zusammenhängen". Mit anderen Worten und um es klar zu sagen: "Wir" sind in eine Lage geraten, in der "Wir" anderen mit Sanktion und Strafe drohen und es ist zu befürchten, daß sich diese Tatsache verschärft oder gar zu ent-gleisen droht.

Als Libertäre definieren wir Sanktion und Strafe als Machterhaltungsmittel. Wir haben allzuoft am eigenen Leib erfahren müssen, wie gerne sich die institutionalisierte Macht in Ost und West sich dieser Mittel bedient. Wir sprechen dem Staat ab, mittels der Justiz, der Knäste und der Psychiatrien sich seiner "Problemfälle Mensch" zu entledigen. Obwohl wir wohl alle in unserer Alltäglichkeit nicht davon frei sind "im Kleinen" zu sanktionieren und zu strafen, haben wir immer ein mehr als kritisches Verhältnis zu "Problemlösungen" dieser Art angestrebt. Im Umgang mit Leuten, die Aussagen gemacht oder Bilder vom 2.11. verkauft haben, läuft die Szene Gefahr, einmal mehr unkritisch eben jene Methoden anzuwenden, sei es auch unter dem zugegebenermaßen extremen Druck der Verhältnisse. Reproduzieren wir nicht wieder einmal das System? Bestraft wird wer sich asozial verhält, wer sich nicht fügt, wer den Bestand des sozialen Ganzen gefährdet. Es ist sicher notwendig, dem Ausverkauf einer sozialen Bewegung entgegen zu treten. Dies hat jedoch, vor allem im Bewußtsein eige-



ner Unzulänglichkeiten und Versäumnisse im Vorfeld, hochsensibel und differenziert zu geschehen. Jede Tendenz, die sich in Richtung einer "Verräterschwein - Mentalität" entwickelt, ist genauso gefährlich wie die Weitergabe von Informationen und anderem Material an Leute, die nur unser Ende wollen. Als Anarchisten haben wir uns menschlichen Umgang auf die Fahnen geschrieben. Dies gilt, auch wenn es schwerfällt, auch für jene, die uns und sich selbst sehr schaden. Ein "es sich leicht machen" und "aburteilen" darf es unsererseits selbst in extremen Situationen nicht geben - sonst wird es irgendwann einmal so sein, daß es an gelebten Inhalten eigentlich nichts mehr zu schützen gibt.

Wir haben es versäumt, die notwendigen Diskussionen bis ins Stadium der Verbindlichkeiten zu entwickeln. Dies oft aus der falschen Angst heraus, es könnte die Bewegung die Vielfalt oder die Breite kosten. Das Gegenteil ist jetzt der Fall. Der heute von einigen beklagte Mangel an moralisch/-politischem Niveau wird zur klingenden Worthülse, wenn nichtklar wird, was für eine Moral gemeint ist und daß sich eine solche auch auf alle, die gemeinsam handeln und in Beziehung stehen, erstrecken sollte. Dies unterscheidet letztlich ein soziales Netzwerk, welches unter verbindlichen Knotenpunkten verschiedene vielfältige



Ansätze verbindet vom Politszeneschwamm, der unter bornierten, oberflächlichen, aber um so strenger gehandhabten Szenenormen bereit ist, alles in sich aufzunehmen, bzw. auszugrenzen. (Eine Frau beschrieb dieses Phänomen auf den Libertären Tagen mit dem Gefühl vor einer Reihe leerer Lederjacken zu sitzen...) Dieser so oft wahrnehmbare Zustand steigert sich zur Unerträglichkeit, wenn sich auf dieser Grundlage Leute auch noch aktionsmäßig übernehmen und somit das Verhältnis innerer Menschlichkeit und Klarheit im krassen Gegensatz zur Tragweite ihrer Aktionen stehen. Politische Fassadenhaftigkeit der "Sozialrevolutionären Potemkinschen Dörfer" (= Papiertiger, d. Red.) tritt spätestens in einer Situation wie sie zur Zeit im Rhein - Main - Gebiet herrscht offen zu tage.

In dieser Lage verschärfter Repression zeigt sich, wie schwer ein weiteres Versäumnis wiegt (Stichwort: Getto). Dem genannten Manko innerer Struktur steht praktisch spiegelbildlich die relative Isolation nach außen gegenüber.

Versuche, die sogenannte liberale Öffentlichkeit zum Thema Startbahnrepression zu informieren, geschweige denn zu mobilisieren, sind bis auf minimale Ausnahmen im Ansatz steckengeblieben. Wie auch das "Verbindungen spielen lassen", auf die wir in selbstgefälliger Arroganz jahrelang verzichten konnten. Ich meine damit nicht die plumpe Anbiederung an die bestehenden Machtstrukturen am Beispiel der Grünen ("Reißt die Masken runter, schmeißt die Zwillen weg"), sondern das Führen von Auseinandersetzungen mit unserer Umgebung, den Austausch von Inhalten, ohne die Aufgabe elementarer libertärer Positionen. Düster zeichnet sich das Bild unserer sozialen Verankerung - bis auf Ausnahmen ist von Solidarität, die über unsere ureigensten Kreise hinausgeht, wenig zu spüren. Leider, denn anders als im Deutschen Herbst 77 ist die sogenannte Öffentlichkeit weitaus weniger von staatlicher institutioneller Seite aus für die Terrorbekämpfung mobilisierbar. Neben den zähen, trägen, aber doch feststellbaren Veränderungen in den Köpfen vieler Menschen im Zeitraum der letzten zehn Jahre, haben sicher Barschels Badewannentod sowie der Atommüllskandal, um nur zwei Stichworte zu nennen, aktuellerweise dazu beigetragen, die von staatlicher Seite aus gehegten und gepflegten Feindbilder anzukratzen. Es ist in dieser Situation also beileibe kein Zufall, wenn anders als 77 die Bevölkerung aus dem Konflikt von Seiten der BAW herausgehalten werden soll.

Um so unangenehmer ist es, daß zu einem Zeitpunkt zumindest partiell schwindender Staatsloyalität nur wenig funktionierende Strukturen und Einzelpersonen zur Verfügung stehen, die teilweise selbst ständig hart an der Grenze der Kriminalisierung entlanghangelnd, ein Minimum an Öffentlichkeit herzustellen in der Lage sind.

## Blockierung inhaltlicher Auseinandersetzung - durch kräfteverzehrende Repressionsbekämpfungsaktivitäten...

Dieser, von unseren Gegnern beabsichtigte Effekt, birgt die Gefahr, sich fast nur noch auf den Repressionsreigen einzulassen. Dies unter Vernachlässigung der eigentlichen urprünglichen Anliegen. Tanzmeister auf diesem Parkett ist der Staat, und der bestimmt die Regeln. Es ist der Anfang vom endgültigen Ende, wenn sich eine Gruppe, Initiative oder sogar eine ganze soziale Bewegung zu sehr von der (notwendigen) Antirepresssionskampagne inhaltlich gefangennehmen läßt.



Am Beispiel des Flughafens sieht dies zur Zeit so aus, daß die sowieso seit langem mit dem Problem "Perspektive" kämpfenden BI - Strukturen sich mehr der Repressionsbekämpfung widmen, als der aktuellen Flughafenerweiterung. Im Allgemeinen ist doch wohl eher der Umkehrschluß anzuraten: Die Auseinandersetzung mit der Repression darf nur ein Teil des Gesamten sein, denn die weitere konsequente Verfolgung der urprünglichen Anliegen ist nicht nur notwendig, sondern auch selbst eines der besten Argumente gegen den Druck von außen. (Es wird zur Zeit versucht, dieses Problem durch bessere Arbeitsteilung zwischen BI, EA`s und Bunter Hilfe in den Griff zu kriegen.

## Ansätze

Wie die Probleme angehen, die uns mit den Ereignissen im Rhein - Main - Gebiet mal wieder so drastisch vor Augen geführt wurden? Sie unterscheiden sich im übrigen vom Prinzip her wenig von denen anderer Regionen: Andächtige Schweigeminuten auf heikle Fragen konnten wir auf auf allen Veranstaltungen erleben, die nach den Schüssen durchgeführt wurden.



Wir sind ein Teil der Mauer, gegen die wir laufen

Es gibt ihn nicht, den berühmten Stein der Weisen. Wir werden auch weiterhin den Zweifrontenkrieg zwischen den fließenden Grenzen eigener Trägheit des Denkens und des Handelns auf der einen und der staatlichen Machtstruktur auf der anderen Seite führen müssen. Unser aller Bequemlichkeit in den eingefahrenen Gleisen der "Politroutine" weiter zu machen ist offensichtlich. Ein Großteil der Kräfte erschöpft sich in der scheinbaren Bewältigung von Tagespolitik: Eine Kampagne jagt die nächste (Was kommt, auch wenn's nicht so geplant war, nach IWF?) Unkontinuität und Unverbindlichkeit verhindern weitgehend die Entwicklung relevanter sozialer Bewegungen, die nicht nur das Dasein politischer Eintagsfliegen führen. Innere und äußere Strukturmängel, moralisch - philosophische Leere, alles Stichworte, die durch gebetsmühlenhafte Wiederholung zu Schlagworten verkommen. Abgesehen davon, daß sich ein Teil der Szenerie schon der Kenntnisnahme all dieser Selbstkritik entzieht, haben wir alle erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung auch nur einfacher Zusammenhänge.

Was tun? - Welche Überlegungen sind nötig?

Entscheidend ist die Tatsache, daß es den einzelnen gesellschaftlichen Knackpunkt, an dem es einzusetzen gälte, nicht gibt. Ein System, aufgebaut auf Herrschaft des Menschen über den Menschen, funktioniert auf diesem gemeinsamen Nenner in tausenden von Spielarten und auch Widersprüchen. Aber keiner dieser Widersprüche ist für sich allein genommen geeignet, das System als Ganzes zu gefährden. Das Prinzip Macht und Herrschaft stellt sich zwar in Teilbereichen dar, ist aber in seiner Gesamtheit nie über den Teilbereich aufzulösen. Diese Tatsache entbindet uns nicht der Notwendigkeit, Kämpfe in Teilbereichen zu führen und Erfahrungsprozesse zu erleben - darf aber nicht zur Illusion werden, den entscheidenden Hebel zur Umstrukturierung in der Hand zu haben. Das Prinzip "Staat" als organisierte Herrschaft reproduziert sich hochflexibel selbst in Bereichen, in denen wir ansatzweise Veränderungen bewirken konnten - ja, es reintegriert anfangs unbequeme Inhalte, macht sie dem System gefügig. Die Ökologiebewegung, die sich an einem Teilwiderspruch des Systems entwickelte und eine breite Palette an Alternativideen und Widerstandsformen entfaltete, wurde sowohl ökonomisch als auch politisch wieder ins "Gemeinwesen" zurückgeführt und so entschärft (In diesem Sinne sind die Grünen eine Art Pendant zur Bioseife in der Bioecke des Supermarktes). Kämpfe in gesellschaftlichen Teilbereichen verkümmern zu Reformen, die nicht nur verkraftet, sondern teilweise sogar gewünscht werden. Selbstverwaltete Betriebe dienen u.U. der Entlastung der Arbeitslosenstatistik; staatlich geförderte Frauenprojekte der kompensativen Selbstfindung der unterprivilegierten Frau...

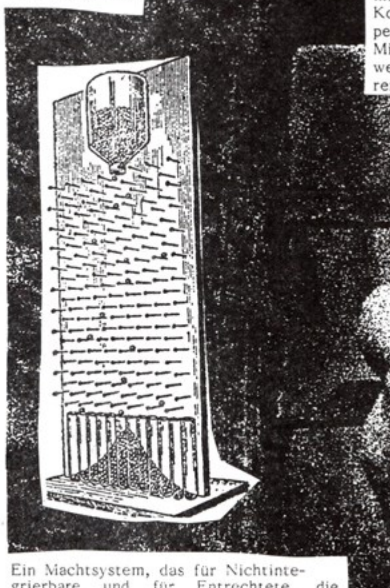
Der Bogen läßt sich über alle sozialen Bereiche spannen. Projekte, im Einzelnen notwendiger positiver Ansatz, werden, wenn nicht schon durch innere Probleme, so doch spätestens durch den sie umgebenden sozialpolitischen Imperativ förmlich weichgekaut, um dann geschluckt zu werden. Vorausgesetzt sie haben sich überhaupt aus der Phase des reinen Protestes in die der "gesellschaftlichen Realität" herübergerettet. Dieser Entpolitisierung zudem vereinzelter Projekte und Initiativen, entgegenzuwirken, ist ohne die Pespektive des berühmten gesamtgesellschaftlichen Anspruchs vergebens. Die Erkenntnis, daß das Prinzip Herrschaft sich zwar im Staat manifestiert, aber genauso in unseren Köpfen und Bäuchen zu Hause ist, spricht für die Entwicklung einer Denk- und Handlungsperspektive, die in unser aller Alltäglichkeit eben genau dieses Prinzip zum Objekt unserer Bemühungen macht.

Bei der faszinierenden Fähigkeit, sowohl jedes einzelnen Menschen, als auch im Mechanismus des Gesamten, geknackte Hierarchien durch andere Bereiche zu kompensieren, heißt dies konsequenterweise Arbeit an einem umfassenden, möglichst bunten, mosaikartigen sozialen Gegenmodell. Eines Mosaiks gesellschaftlicher Teilansätze, die gleichberechtigt nebeneinander stehen, einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch zu formulieren in der Lage sind; verbunden durch das Streben nach größtmöglicher Souveränität des Individuums als kleinster Einheit eines jeden Kollektivs.



Ein Wegbewegen von der Überzeugung, nur der eigene momentane Ansatz sei der einzig richtige und relevante, ist dafür Bedingung. Verbindungen untereinander aufzunehmen, der Vereinzelung entgegenzuwirken, die Vernetzung mit dem Ziel zu betreiben, Hierarchie und Herrschaft zu knacken, sind die Voraussetzungen für eine schon jetzt gelebte Möglichkeit menschlichen Miteinanders.
Zugegebenermaßen ist es schwer, diesem Anspruch gerecht zu werden. Ein Räderwerk funktionierender Machtmechanismen versteht es, dem Mensch unserer Breiten das Dasein als getriebenes und treibendes Rädchen als erfülltes Leben erscheinen zu lassen. Die Einbeziehung möglichst vieler ins Getriebe einer solchen Maschinerie, weg von wenigen, klar erkennbaren Mächtigen, ändert zawr nichts am Grundprinzip der Fremdbestimmung, erschwert jedoch deren Wahrnehmbarkeit beträchtlich.

Die Tendenz sogenannter Demokratisierungsmodelle spitz zulaufend Machtpyramiden oben abzurunden, verbunden mit dem Bemühen, hierarchisch zentralistische Unterwerfungsprozesse zugunsten eher flächig kreisender zu ersetzen, gehen in dieselbe Richtung (es lebe der Teamgeist). Funktionsträger unter Funktionsträgern zu sein, verklärt den Blick auf die eigene Entmündigung. Die Einbindung eines Großteils, natürlich nach wie vor Lohnabhängiger, in Entscheidungsebenen der unteren Kategorie, so wie die gleichzeitige Entrechtung anderer Teile der "nicht im größeren Maße Besitzenden", tragen zur Solidarisierungsunfähigkeit der von gleichen Herrschaftsverhältnissen Betroffenen bei.



Ein Machtsystem, das für Nichtintegrierbare und für Entrechtete, die keine Chance sehen, den "Vorzügen" dieser Machinerie teilhaftig zu werden, Knäste, Justiz und Polizei mit fürchterlichen Kompetenzen austattet, funktioniert in seiner Gesamtheit jedoch kaum über die primitive Form offener Gewalt, sondern über die Integration in allen menschlichen Bereichen.
Aufrechterhaltung von Machtstrukturen durch Mitbeteiligung, Einbindung, durch das Gefühl, Teil eines Ganzen zu sein, zeugt die so erschreckend große Heerschar geistiger Zombies, die gleichsam ihr Gehirn im Aktenkoffer tragen und sich, kaum den Lehranstalten entkommen, ihre Rente ausrechnen.
Macht, die nicht nur plump auf den Menschen einwirkt, sondern ihn gleichsam durchdringt, die ihn vom Objekt und zum Subjekt erhebt, zeugt Entmündigung nicht durch Unterdrückung, sondern durch Teilnahme. Freiheit, als eine souveräne Form der eigenen Entscheidung, ist als antagonistisches Prinzip zu Herrschaft und Macht für viele kaum noch spürbar. So wie Hell von Dunkel nur in der Wahrnehmbarkeit beider als Gegensatz erfahrbar ist, verhindert die fast totale Durchdringung von Körper und Geist durch Herrschaftsmechanismen die Entsteheung eines zum Ansatz einer Veränderung notwendigen Kontrastes.

Politisierung des Alltags muß für Libertäre bedeuten, sich an diese kontrastarme Grauzone heranzumachen. Es verlangt sensibel zu werden für die Mechanismen des täglichen Horrors, der uns und unsere Mitmenschen gefangen hält und dessen Dynamik nicht mit Kampagnen oder grobklotzigen Konzepten zu irritieren ist. Dem sich permanent selbst reproduzierenden Mikrokosmos der Macht und der Unterwerfung ein filigranes Geflecht libertärer Ideen und Ansätze entgegenzusetzen, ist die Basis für ein soziales Gegenmodell. Will auch heißen, daß die Idee einer menschlicheren Gesellschaft im radikalen Sinne nicht, einem Damoklesschwert gleich, über unseren Köpfen schweben darf, sondern uns und unsere Mitmenschen da abholen muß, wo wir/sie gerade stehen. So unterschiedlich unsere Rolle in der Gesellschaft ist, so unterschiedlich sind die Fähigkeiten und die Ansäzue ihr zu begegnen.

Sozialrevolutionäre Modelle können sich in der Praxis nie ausschließlich an der "gesamtgesellschaftlichen Analyse" ableiten, sondern müssen sich auch, sonst verdienen sie ihren Namen nicht, an den speziellen örtlichen Gegebenheiten orientieren. Unterschiedliche Voraussetzungen bedingen unterschiedliche Ansätze, die jedoch - und das ist das Entscheidende - immer auf der Grundlage eines gemeinsamen libertär/philosophischen Hintergrundes überprüfbar sein müssen, der als Bindemittel die diversen Mosaiksteine der Ansätze einbettet. Es ist in diesem Sinne müßig, sich über einen besseren oder schlechteren Teilansatz zu streiten, solange die Basis für eine sinnvolle Auseinandersetzung nur unzureichend diskutiert, geschweige denn geklärt ist. Nichts desto trotz wird nach wie vor mehr Energie in Vordergründiges gesteckt, ohne gleichzeitig am besagten gemeinsamen Hintergrund zu arbeiten, der mit der Überwindung von Herrschaftszuständen als anarchistischem Grundgedanken, sowohl im beschriebenen grauen Alltag als auch bei politischen Highlights Grundfundament der Auseinandersetzung sein sollte.

Ein Gebäude sozialer Bewegungen, Kampagnen und Einzelansätzen steht auf entsprechend tönernen Füßen, die erfahrungsgemäß keiner staatlichen Repression stand halten, wenn das entsprechende Fundament fehlt. Einer Basis grundsätzlicher Auseinandersetzung mit Herrschaftsmechanismen, die, wenn auch beileibe nicht zu sofortiger Auflösung derselben, so doch zur Herausbildung erfahrbarer gegensätzlicher Handlungsmöglichkeiten im Alltag beitragen. Souveräne Eigenverantwortung zu lernen, Solidarität, gegenseitige Hilfe und menschlichen Umgang zu üben, sind mehr Sand im Getriebe einer Herrschaftsmechanerie als tausend Demos ohne diese Grundlage.
So schwer es sein mag und so weit wir vom Ziel einer Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen entfernt sein mögen, Maßstab unseres Handelns muß, wenn wir nicht zu den geistig Toten zählen wollen, immer die Utopie sein und niemals nur die Realität.

M. Wilk

# INTERVIEW mit der FAU

**Die anarchistische Gewerkschaftsbewegung hat eine Reihe radikaler Kämpfe geführt. In der spanischen Revolution war der Anarchosyndikalismus die treibende Kraft gegen die Faschisten und Franco. Und heute gibt es wieder einige anarchistische Gewerkschaften in verschiedenen Ländern wie Frankreich, Schweden, England. In der BRD gibt es, immerhin seit zehn Jahren die Freie Arbeiter Union. Gewerkschaftliche Organisierung und Anarchismus, ein unauflöslicher Gegensatz? Autonome Klassenkämpfe in der BRD? Randale im Ruhrpott? Darüber und über vieles mehr redete die AKTION mit MitgliederInnen der Frankfurter Ortsgruppe der FAU und zwei SekretärInnen des "Nationalkomitees".**



Interview mit der FAU-Frankfurt (zeitweise waren Leute vom "Nationalkomitee dabei)

A: Was waren die Schwerpunkte eurer Arbeit im zurückliegenden Jahr?

FAU (NK): Ein Schwerpunkt war die Campagne zu Laura Ashley. Dabei ist es zu tollen Ergebnissen gekommen. Das Landgericht Köln hat beschlossen, daß Boykottaktionen, die in einem Arbeitskampf geführt werden, legitim sein können, also ihre Berechtigung haben. Durch dieses Urteil ist Laura Ashley übel baden gegangen. In Hannover z. B. hat Laura Ashley die Anzeigen zurückgezogen, aus Kostengründen. In Krefeld wurde gegen einen Bußgeldbescheid zwar Einspruch eingelegt, jedoch muß dort ein Genosse noch über 1.000 DM Prozeßkosten bezahlen. Trotz Spenden fehlen ihm jetzt noch 228 DM.

A: Sagt doch mal kurz, um was es ging bei Laura Ashley?

FAU (NK): Es ging um die arbeitenden Frauen in der Produktion des Betriebes Abridge im schottischen Adrrossan. Sie stellen Designsachen her, z. B. Lampenschirme, T-shirts, Möbel usw. Laura Ahley macht den Vertrieb in der BRD. Es sind Läden, die von Abridge beliefert werden. Die Frauen in Schottland haben gestreikt für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik begann im September und wurde im Juni 1987 erfolglos beendet. Die Frauen sind alle rausgeschmissen worden, d. h. sie haben kapituliert nachdem der Arbeitgeber sie alle wieder einstellen wollte, zu schlechteren Löhnen und mieseren Arbeitsbedingungen. Das haben die meisten Frauen nicht mitgemacht. Allerdings sind fünf Frauen wieder zurück in den Betrieb, weil sie keine anderen Möglichkeiten hatten, irgendwo Arbeit zu finden. Wir hier in der BRD haben davon gehört, daß die Frauen dort streikten. Wir haben die Ortsgruppen (der FAU) informiert. Die DAM (direct action movement) in England hatte bis dahin noch nichts von dem Streik gewußt.

A: Ist die DAM auch eine anarchosyndikalistische Gruppe?

FAU: Ja.

A: Ihr habt also überall in der BRD vor Laura Ashley Geschäften Aktionen gemacht?

FAU: In Stuttgart, München, Hamburg, Hannover, Köln, Düsseldorf, Krefeld,

A: In Frankfurt?

FAU (Ffm): In Frankfurt nicht. Da hatten wir die Situation, daß sich die Gruppe seit dem letzten Pfingstkongreß total neu formiert hatte, wir die Infos gekriegt haben, über Laura Ashley diskutiert haben. Dabei kam dann raus, daß für uns bevor wir Aktionen machen, erst mal notwendig ist, zu klären, was wir hier eigentlich wollen. Wir haben erst mal die Programmdiskussion geführt. Zunächst ein total theoretischer Ansatz. Absolut überhaupt keine praktische Arbeit. Laura Ashley, das haben wir zwar verfolgt, aber konkret gemacht haben wir dazu nichts in Frankfurt.

A: Laura Ashley. Das ist also ein klassischer Tarifkonflikt. Es geht um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen.

FAU (NK): Ein internationaler Arbeitskampf.

A: Wieso gerade Laura Ashley und wieso nicht die Adlergeschichte, die damals durch die Solidaritätsaktionen der Roten Zora ziemlich bekannt geworden ist? Wieso habt ihr keine Solidaritätsaktion gemacht für die südkoreanischen Frauen?

FAU (NK): Laura Ashley, das kam gleich im Anschluß an den britischen Bergarbeiterstreik, wo wir direkte Kontakte nach Schotland hatten. Aber auch zu den Adlerwerken haben z. B. die Stuttgarter Aktionen gemacht, Veranstaltungen dazu, und Flugblätter vor Adler verteilt.

A: Der Schwerpunkt eurer Arbeit bundesweit waren also Lohnkämpfe, Arbeitskämpfe?

FAU (NK): Letztes Jahr, das kannst du so sagen, ja. Aber es gab noch mehr. Seit Pfingsten 1987 läuft die Bildung von Branchen in der FAU, eine sehr mühselige und aufreibende Arbeit, die da einige GenossInnen machen. Das ist auch nicht einfach, weil wir nicht gerade viele Mitglieder haben. Und ne Branche zusammenzufinden, z. B. in einem Bereich wie dem Öffentlichen Dienst, oder Metall, ZDL, Handwerk, Soziale Dienste usw., das braucht viel Zeit und gute Vorbereitung. Zur Zeit gibts das Syndikat

*1. Zitat*

*Für den Syndikalismus!*

*Man müßte blind sein, um nicht zu erkennen, wieviel Gemeinsamkeiten es zwischen Anarchismus und Syndikalismus gibt. Beide erstreben die vollständige Ausrottung des Kapitalismus und der Arbeiterklasse durch soziale Revolution. Der Syndikalismus, der der Beweis für ein Wiedererwachen der Arbeiterbewegung ist, hat den Anarchismus daran erinnert, daß seine Ursprünge in der Arbeiterklasse liegen. Andererseits haben die Anarchisten nicht wenig dazu beigetragen, die Arbeiterbewegung auf den revolutionären Weg zu führen und die Idee der direkten Aktion zu verbreiten.*

*Pierre Monatte*

Metall, wo ziemlich viele GenossInnen beteiligt sind, und die Branche Industrieelle Produktion ist im Aufbau. Dann gibt es die Branche Zivildienstleistende. Die anderen Branchen tun sich noch ein bißchen schwer.

Wir wollen hinzufügen, daß in vielen Ortsgruppen die Thematik Arbeitszeitverkürzung und 35-Stundenwoche diskutiert wird. Bundesweit wurde eine Veranstaltungsreihe mit spanischen Genossen zu dem Werftenstreik in Puerto Real organisiert. Und natürlich war und ist Rheinhausen ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit und interner Diskussionen.

A: Die Branchen, das war in den letzten Jahren ein kontroverses Thema. Es gab dazu ne Befragung aller Mitglieder. Hat sich das in Wohlgefallen aufgelöst?

FAU (NK): Auf dem letzten Pfingstkongreß, der einer der meistbesuchtesten seit Jahren war, und auf dem außerdem das zehnjährige Jubiläum der FAU gefeiert wurde, haben wir eine Liste rumgehen lassen, wo sich die Leute gegliedert in einzelne Branchen eintragen sollten. Da war reges Interesse. Es gab keine Stimmen dagegen.

A: Habt ihr hier in Frankfurt darüber diskutiert?

FAU (Ffm): Seit ich da bin, nicht.

A: In Frankfurt gab es also keine Diskussion über Sinn oder Unsinn dieser Branchen?

FAU (Ffm): Frankfurt hat ganz einfach überhaupt nicht an dem aktiv teilgenommen, was innerhalb der FAU bundesweit passiert ist, und auch nicht daran diskutiert. So einfach ist das. Wir haben immer noch unseren eigenen Klüngel hier verarbeitet.

A. So? Dabei war doch die FAU Frankfurt mal so bedeutend, daß vor dem letzten Pfingstkongreß 1987 überlegt wurde, das Nationalkomitee nach Frankfurt zu legen. Frankfurt war doch über Jahre eine der stärksten Ortsgruppen, kontinuierlich und recht aktiv. Oder? Aber noch mal zurück, im letzten Jahr, da gabs Laura Ashley, in Frankfurt Theoriediskussionen und sonst? ...

FAU (Ffm): Seit den Austritten nach dem letzten Pfingstkongreß ist keine der stärksten Ortsgruppen mehr. Ein weiterer Schwerpunkt war die Beschäftigung mit der Arbeitsgrundlage der FAU. Die entspricht in ihrer Art, Inhalt und Struktur nach unserer Meinung nicht mehr den heutigen Verhältnissen.

A: Die Arbeitsgrundlage, das ist die politische Prinzipienerklärung der FAU?

FAU (Ffm). Ja. Und damit sind wir nicht mehr einverstanden.

A: Da gibt es doch das hartnäckige Gerücht, da sei ganz einfach seitenweise von Rudolf Rocker (anarchosyndikalistischer Kämpe) abgepinselt worden. Stimmt das?

FAU: (NK) Nein. Die ist doch auch schon mehrmals überarbeitet worden.

FAU (Ffm) Wir waren der Meinung, daß zuerst mal ne Analyse da rein muß von unseren heutigen Verhältnissen. Wir haben schnell gemerkt, daß das ein sehr hoher Anspruch ist. Uns gings darum, was wir unter Anarchosyndikalismus und unter einer Gewerkschaft verstehen, und mit wem und in welcher Form wir zusammenarbeiten wollen. Wer ist der Ansprechpartner? Die Szene, die K-Gruppen, Gewerkschafter oder soziale Bewegungen? Das war völlig unklar. Dann sollte ne Stellungnahme zum Thema "Reformismus" diskutiert werden und dazu sollte ein Papier von Rocker als Grundlage genommen werden. Eine wesentliche Diskussion ging um den Begriff "Klasse". Gibt es heute noch eine "Klasse", usw. Das wurde sehr intensiv geführt. Und schließlich, was sind unsere Perspektiven? Es ging dabei auch um den Unterschied zwischen FAU und anderen Gewerkschaften. Zu diesen Themen haben wir Arbeitsgruppen gebildet.

A: Es gibt auch in anderen Gruppen der radikalen Linken Diskussionen darüber, in welcher Gesellschaft leben wir, wie hat sich die kapitalistische Formation verändert? Welche Klassenverhältnisse gibt es? In wie weit gibt es noch die Arbeiterklasse? Wo setzt die politische Organisierung an? Das gibt es in sozialen Bewegungen, bei den Autonomen, in der Karlsruher Stadtzeitung. Vor einem Jahr zu Pfingsten begann gerade um diese Knackpunkte auch in der FAU eine Auseinandersetzung. Diskussion zu Klassenkampf





und Organisierung, Gewerkschaft, Betriebsarbeit, Stadtteilkampf.

FAU (Ffm): Solche Diskussionen haben bei uns sehr stark stattgefunden. Es war immer wieder die Frage, gibt es überhaupt noch "die Klasse", eine Arbeiterklasse. Können wir einen anderen Begriff für "Klasse" finden, der genauer definiert, wen wir ansprechen wollen? Wo liegen die Knackpunte hier im System?

A: Welche konkreten Ergebnisse hatten eure Arbeitsgruppen in Frankfurt?

FAU (Ffm): Vom organisatorischen her haben wir schnell gemerkt, daß es innerhalb der ganzen Gruppe nicht zu diskutieren war. Wir waren immerhin so zehn Leute. Deshalb haben wir kleinere AGs gebildet. Die Ergebnisse aus den AGs sollten dann zusammengefaßt werden. Dazu haben wir ein Wochenende gemacht. Dabei stellte sich heraus, daß wir erst einmal das Verhältnis in der Gruppe selber klären mußten, daß wir den theoretischen Ansatz erstmal so nicht zusammen kriegen, daß wir ohne praktisch zu arbeiten, also nur theoretisch, nichts zustande bringen werden.

Ergebnis war, daß es uns gut getan hat, daran zu diskutieren, ohne jetzt gleich ne neue Arbeitsgrundlage zu erstellen. Wir haben in den Diskussionen das Verhältnis der Leute zueinander geklärt.

A: Letztes Jahr beim Pfingstkongreß kam bei den Berichten der OGs heraus, daß die Aktivitäten zu 80%, von Volkszählung, Anti-fa, Anti-AKW, Hausbesetzungen usw., also aus nicht primär gewerkschaftlicher Arbeit bestanden. Gab es in der Frankfurter OG eine Verschiebung weg von sozialen Kämpfen hin zu Betriebsarbeit?

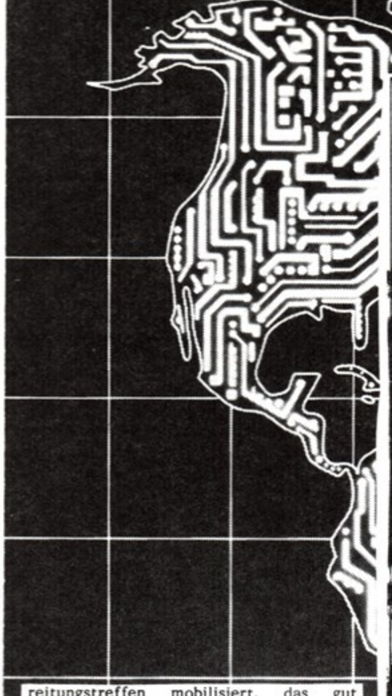
FAU (Ffm) Ja. Uns ist klar, daß es wichtig ist, eine Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen auch hier und heute zu erreichen. Wir versuchen, direkt in die Betriebe zu wirken, mit Leuten zusammenzukommen, die da drin stecken, um Lebensverhältnisse zu ändern.

A: Wie habt ihr das praktisch umgesetzt?

FAU (Ffm): Wir haben zuerst verschiedene Leute aus DGB-Gewerkschaften zu Diskussionen eingeladen, um uns über aktuelle Konflikte zu informieren. Dabei kamen wir auf die Idee, die Kämpfe in Rheinhausen durch direkte Aktionen in Frankfurt zu unterstützen. In einem weiteren Fall haben wir uns Infos über die Schließung eines Betriebes verschafft, der hier in unmitelbarer Nähe vom Libertären Zentrum ist, nämlich Triumph Adler.

Um was ging es bei den Aktionen genauer?

FAU (Ffm) Bei Rheinhausen war für uns klar, Solidaritätstelegramme haben die genug, daß jetzt in anderen Städten was laufen muß. Und zwar vor allem ohne den DGB, um diese Tendenz in Rheinhausen zu unterstützen und zu fördern. Wir hatten für ein Vorbereitungstreffen mobilisiert, das gut besucht war. In erster Linie von oppositionellen DGB-Gewerkschaftlern. Geplant war morgens die Friedensbrücke dicht zu machen. Davon bekam die IGM-Ortsverwaltung Wind und setzte binnen drei Tagen eine Solidaritätsdemo zu Rheinhausen an, um unserer Aktion zuvorzukommen. Die Demo war lahm und schlecht besucht. Sie reichte aber aus, um den Tatendrang aller oppositionellen Gewerkschaftler und ähnlichem Gesindel, mit dem wir uns blöderweise eingelassen hatten, zu befriedigen. Wir standen beim zweiten Vorbereitungstreffen vier Tage vor dem geplanten Termin alleine da.



Außerdem haben die Bullen was mitgekriegt, die standen schon an der vorgesehenen Brücke. Das Scheitern der Aktion darf aber nicht darauf geschoben werden, daß die anderen uns verraten haben. Ein Fehler war auch, daß wir in der Sache mit K-Gruppen und DGB--Gewerkschaftlern zusammengearbeitet haben. Wir hätten auch früher mit der Vorbereitung beginnen müssen.

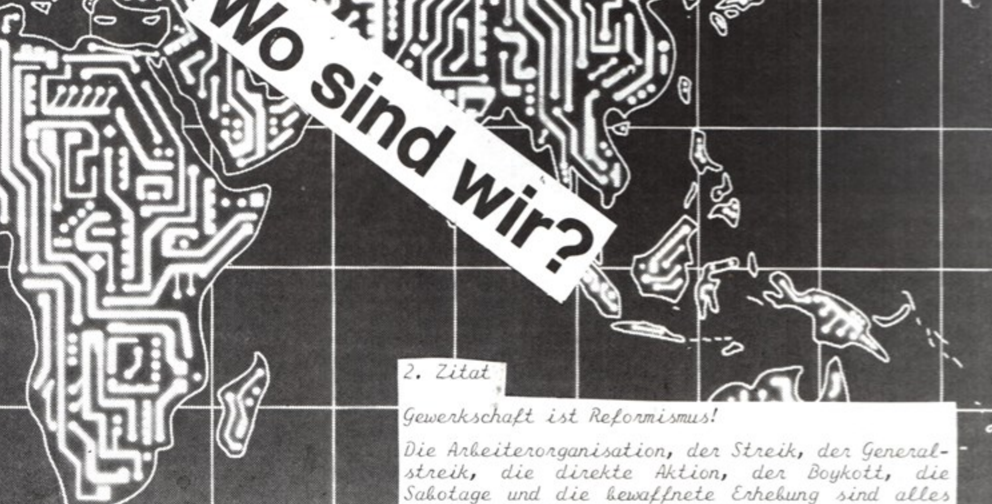
Im zweiten Fall sollte hier ein Betrieb um die Ecke zugemacht werden. Jeder weiß das, IGM Ortsverwaltung, Betriebsrat, nur nicht die Belegschaft. Wir haben ein Flugblatt letzten Donnerstag vor dem Betrieb verteilt und warten jetzt ab, wie das weiter läuft. In der BRD gibt es insgesamt vier Adlerwerke, wovon eins in WestBerlin ist. Da steht fest, daß das dichtgemacht und nach Schwandorf verlagert wird. Dann gibt es in Frankfurt ein Adlerwerk, das früher mal 3.500 Leute hatte, heute nur noch 850, in Nürnberg ein Werk mit 450 Leuten. Beide Werke haben nen "Wasserkopf" der Verwaltung und ne Produktion und gehören zu Olivetti. Olivetti will die ganze Produktion auf bundesweit zwei Werke verlegen. Und jetzt ist noch nicht klar, ob neben West-Berlin das Frankfurter oder das Nürnberger Werk dicht gemacht wird. Vieles spricht dafür, daß das Frankfurter Adlerwerk dichtgemacht wird. Frankfurt ist auf dem Weg immer mehr zu einem Zentrum für Dienstleistungen, Banken, Messen, Management zu werden. Im Gallus, eines der letzten Arbeiterviertel, wird im Laufe der Entwicklung billiger Wohnraum zerstört, andere Schichten hier reingeholt. Das Viertel soll total umgekrempelt werden als City-Erweiterung mit Büros, Schicki-Micki-Läden und "Schöner Wohnen".




A: Wie geht das weiter mit Triumph—Adler? Habt ihr direkte Verbindungen zu Leuten, die dort arbeiten?

FAU (Ffm): Nein, noch nicht. Wir machen vielleicht dazu ein Treffen. Übrigens hat die IG-Metall in Frankfurt Stadtteil-Arbeitskreise. Wir könnten versuchen, da gezielt reinzugehen.

A: Tritt die Ortsgruppe Frankfurt an ihren Arbeitsstätten offen als AnarchosyndikalistInnen auf?




FAU (Ffm): Ich kann nur von mir reden. Das ist für meine KollegInnen, glaub ich, ne Ebene zu weit, denen gleich zu erzählen, hier, das ist Anarchrosyndikalismus. Du mußt dort ansetzen, wo was läuft. Außerdem fliegst du, wenn du nicht gerade im Betriebsrat bist, einfach raus, wenn du so offen deine Meinung sagst.

FAU (NK): Die wenigsten GenosssInnen treten im Betrieb als AnarchosyndikalistInnen auf. Im allgemeinen muß jede/r für sich bestimmen, wie er/sie im Betrieb auftritt. Die Arbeitsituationen und die Mitarbeit unter den Arbeiter/innen ist unterschiedlich. Manchmal ist es eine Frage der Taktik. Offen auftreten kann mensch oft nur, wenn schon über Jahre hinweg ein Vertrauensverhältnis da ist, z. B. wenn die Leute über Jahre in einen Betrieb sind. Gegen Anarchismus gibt es sonst eine ganz massive Abwehr. Die Mitgliedschaft im Betriebsrat lehnen wir ab.

A: Was heißt dann Betriebsarbeit? Das ist doch theoretisch eurer Ansatz. Aber in den Betrieben, dort wo ihr arbeitet, tretet ihr nicht als FAU auf, sondern als freundlicher Kollege?

FAU (NK): Einige GenossInnen machen das, die seit Jahren in einem Betrjeb arbeiten und die ArbeiterInnen kennen und wissen, wie sie die ansprechen können.

2. Zitat

*Gewerkschaft ist Reformismus!*

*Die Arbeiterorganisation, der Streik, der Generalstreik, die direkte Aktion, der Boykott, die Sabotage und die bewaffnete Erhebung sind alles nur Mittel. Die Anarchie ist das Ziel. Die anarchistische Revolution, wie wir sie anstreben, geht weit über die Interessen einer einzelnen Klasse hinaus. (...) Die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach reformistisch, niemals revolutionär. (...) die normale und natürliche Definition der Funktion der Gewerkschaften kann die Revolution nicht sein. (...) Die kapitalistische Gesellschaft ist so gebaut, daß die Interessen jeder Klasse, jeder Schicht, jedes Individuums mit denen jeder anderen Klasse, jeder anderen Schicht, jedes anderen Individuums in Konflikt geraten. (...) trotz der viel gerühmten Solidarität des Proletariats geschieht es häufig, daß die Interessen einer Schicht von Arbeitern denen einer anderen Schicht entgegengesetzt sind, hingegen mit einer bestimmten Schicht von Unternehmern harmonieren; und es kommt vor, daß, der ersehnten internationalen Brüderschaft zum Trotz, die gegenwärtigen Interessen der Arbeiter eines Landes sie ihren kapitalistischen Landsleuten verbinden und in Feindschaft zu ausländischen Arbeitern geraten lassen. (...) Die Reihe der Antagonismen ist unendlich - Antagonismus zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Männer und Frauen, einheimischen und Gast-Arbeitern (...) All das zeigt, daß die Arbeiterbewegung als solche, ohne Kritik und Impulse von seiten der Revolutionäre, weit davon entfernt ist, zu einer Transformation der Gesellschaft zum allgemeinen Besten zu führen, sondern dazu neigt, den Gruppenegoismus zu ermuntern und eine Klasse privilegierter Arbeiter zu schaffen.*

*Enrico Malatesta*

3. Zitat

Wider den Ökonomismus!

Eine durch ökonomische Bestimmungen determinierte Linke geht mit dem Verfall ihrer Voraussetzungen unter, sofern sie nicht in der Lage ist, die Veränderungen zu begreifen und ihre Theorie und Praxis neu auszurichten. Nehmen wir eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte an, in der die menschliche Arbeitskraft tendenziell aus dem Produktionsprozeß verdrängt wird, so muß sich linke Politik der ökonomischen Bestimmung entziehen und allgemeiner werden. Allgemeiner kann - folgen wir Negri - heißen: je mehr das Kapital die Normen der Produktion auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnt, um so mehr muß sich Widerstand in all diesen Bereichen entwickeln.
Wolfang Hauk




A: Entweder du gehst in die Fabriken, bildest dort subversive Zellen oder Betriebsgruppen, oder du wirst Betriebsrat, Vertrauensmann oder aber du machst politische Arbeit im Themenbereich Ökonomie. Veranstaltungen, Flugblätter. Das ist dann außerhalb vom Betrieb. Seid ihr in Frankfurt in irgend einem Betrieb politisch aktiv als FAU?

FAU (NK): In Betrieben können wir im Augenblick nur als Einzelkämpfer auftreten, weils kaum nen Betrieb gibt, wo zwei von uns arbeiten. Aber in Hamburg gibt es jetzt einen Betrieb, wo drei FAU-Genossen fest angestellt sind. Sie haben jetzt die erste FAU–Betriebsgruppe in Hamburg gegründet.

A: Gibt es auch FAU-Betriebsgruppen in Frankfurt?

FAU: Es gibt zumindest eine.

A: Ihr tretet da als FAU auf?

FAU: Wir treten als Einzelpersonen auf, die genau dort im Gespräch unseren Ansatz vertreten.

A: Was ist mit dem Ansatz, sich als politische Gruppe einen Betrieb auszusuchen, um dort exemplarisch nen Konflikt zu provozieren? Das machen doch manche Jobberinitiativen.

FAU: Den Weg lehn ich ab. Es soll jeder in dem Bereich, wo er auch leben will, tätig werden. Alles andere ist aufgesetzt. Als 1972 und 1973 bestimmte Leute zu Opel gegangen sind, um dort politische Gruppen zu bilden, das halte ich für nen verkehrten Weg.Derartige Projekte sind oft kurzfristig und hinterlassen ein Vakuum.

FAU: Ich bin etwas anderer Meinung. Wenn sich Leute sowieso verkaufen müssen, wieso sollen sie sich nicht gemeinsam nen Betrieb aussuchen?

Aber ich will noch mal zur Ausgangsfrage zurück. Euer Vorwurf ist doch, wir machen zwar politisch was zur Ökonomie, aber mit der Betriebsarbeit ist es mau.

A: Es sieht so aus, daß Betriebsarbeit nicht stattfindet. Und das ist für ne Gewerkschaft doch ungewöhnlich.

FAU: Na ja. Die Zipfelchen, die wir haben, sind leider sehr mager. Aber wer uns daraus nen Vorwurf macht, der blickt nicht durch, wie es in nen Betrieb aussieht. Das hängt echt von der persönlichen Stellung des Einzelnen im Betrieb ab. Da mußt du wirklich mutterseelenallein deinen Standpunkt als Anarchosyndikalist klarmachen. Du hast da von deiner Stellung im Betrieb einfach kaum nen Ansatzpunkt.

FAU: Also zu unseren Perspektiven möcht ich mal sagen, daß wir davon ausgingen, daß nachdem die IGM ihren letzten Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen hat, es sicher zu Auseinandersetzungen kommen wird. Stahl war eine Geschichte. Unser Ansatz ist seit Januar, daß wir schauen, was für Kämpfe gibt es aktuell in der BRD. Da ist die Arbeitszeitverkürzung, Privatisierung der Post, der Stahlbereich, dann die Auseinandersetzung um die Ladenschlußzeiten mit der HBV. Aus all diesen Gewerkschaften und Konflikten haben wir Leute eingeladen ins Libertäre Zentrum, um mit ihnen ihren kritischen Standpunkt zu den jeweiligen Kämpfen zu diskutieren. Das sind meist kritische Leute, die noch an der Basis sind. Wir wollen diese ganzen Kämpfe übergreifend sehen. Ein Ziel ist dann für uns der 1. Mai. Einmal wollen wir in die konkreten Kämpfe eingreifen, mit eigenen Standpunkten. Zum 1. Mai wollen wir hier in Frankfurt einen eigenen Block bilden, und versuchen eine Verbindung herzustellen zwischen den Konflikten im ökonomischen Bereich und den Kämpfen der sozialen Bewegungen, wie z. B. zur Startbahn- oder Anti-AKW-Bewegung. Es soll verständlich gemacht werden, daß jede Gruppe nicht nur für sich kämpft, sondern daß wir übergeordnet immer die Verhältnisse des Systems in der BRD sehen müssen.

A: Ihr wollt also informieren und agitieren? Eher politische Kampagne als praktische Arbeit?

FAU: Ja.Es bleibt uns nichts anderes übrig.

A: Wann übernimmt die Frankfurter Ortsgruppe das NK? Nachdem jahrelang die drei größten Ortsgruppen in der BRD, Dieburg, Hannover und Köln, das NK übernommen hatten, es aber davor bei ganz unterschiedlich starken Gruppen war, teils manche, die halb so groß waren wie ihr, wär das doch für Frankfurt denkbar. Es gibt doch bei euch das Rotationsprinzip. In wie weit stellt sich die OG Frankfurt dieser Verantwortung?

FAU:

A: Na fein. Was versteht ihr heute unter Anarchosyndikalismus? Ganz platt vom Begriff ausgehend, ist das doch eine anarchistische Gewerkschaftsorganisation. FAUler machen in DGB-Gewerkschaften mit, treten im Betrieb als politisch kritische, aber weniger als AnarchosyndikalistInnen auf. Auf der realen praktischen Grundlage heute, was bedeutet da eine anarchistische Gewerkschaftsorganisation?

FAU: Die Organisation seh ich als eine der wenigen Möglichkeiten, überhaupt mal was zu verändern. Die Organisation darf sich nicht auf soziale Kämpfe beschränken, weil das entscheidende sich in diesem System über die Ökonomie herstellt. Die Vereinzelung der Kämpfe soll durch die Organisation zum gemeinsamen Kampf zusammengefaßt werden.

Anarchosyndikalismus bedeutet für mich nicht allein Gewerkschaftsarbeit, nicht soziale Bewegung, sondern eine zusammenfassende Perspektive, wobei der entscheidende Hebel, um das System hier zu kippen eben die Ökonomie ist. Anarchosyndikalismus will auch die Vorbereitung für eine zukünftige Gesellschaft sein. Alles andere ist doch nur Reformismus, wo es drauf hinausläuft, ein paar Stunden weniger zu arbeiten und ein paar Prozente mehr Lohn zu kriegen.




A: Also Ökonomie, das ist euer Knackpunkt. Wie setzt da konkret eine Organisation an?

FAU: Auf unserer praktischen Ebene heißt das erst mal allgemein Klassenkampf, die verschiedenen Kämpfe unter dem Klassenstandpunkt betrachten.

A: Was ist eure Klasse?

FAU: Dumme Frage. Die Arbeiterklasse. Organisieren kannst du einmal innerhalb des Betriebes, aber auch z. B. Kämpfe wie den Häuserkampf in der Verbindung mit Klassenkampf begreifen. Die Leute sollen sich vom DGB lösen, lernen autonom zu handeln. Unser Ziel ist Klassenbewußtsein zu schaffen.

FAU: Ich will das noch mal konkreter machen, und utopischer. Konkret heißt das, du bist nicht nur ArbeiterIn, nicht nur MieterIn, nicht nur StartbahngegnerIn, nicht nur Anti-AKW-GegnerIn, sondern du bist vielfältiger. Das heißt, du mußtest die jeweilige Region oder den Stadtteil sehen. Z. B. die Kämpfe an der Startbahn, da gingen zum Teil während der Hüttendorfräumung auch einzelne Leute aus den Betrieben raus, aber die Fabriken arbeiteten weiter. In den Läden wurde weiter verkauft, usw. Es gab die Trennung zu den sozialen Bewegungen, zwischen dem Widerstand und dem weiterhin reibungslos funktionierenden kapitalistischen Fabriken. Genau so beim Häuserkampf. Ein Haus wird geräumt, und die Fabriken laufen weiter. Die Leute sollen begreifen, daß sie gleichzeitig ArbeiterIn, Angestellte sind, aber auch MieterIn oder von der Startbahn betroffen. Also, die soziale Bewegung muß in den Betrieb getragen werden, damit bei der nächsten Räumung z. B. in der ganzen Region die Betriebe streiken. Das ist erst mal Utopie. Klar. Aber genau da ist der Ansatz. Denn heute kannst du dich mal vor nem AKW austoben, mal ne Demo in der Stadt machen, hier mal ein Haus besetzen, jede Bewegung auf ihrer Spielwiese. Der Kapitalismus richtet sich aber auf solche Sachen ein. Auch die sozialen Bewegungen müssen sehen, daß sie nicht nur StartbahngegnerIn sind oder MieterIn, sondern daß sie auch irgendwo ihr Geld verdienen müssen. Und zur Zeit haben sie sich diesen Arm in die Betriebe abgehackt, weil sie dort, wo sie arbeiten, gar nichts machen außer ihr Geld zu verdienen. Diese Spaltung in den Köpfen muß überwunden werden.

A: Ihr habt jetzt den Zusammenhang zwischen Ökonomie und sozialen Bewegungen betont. Ihr benutzt auch den Begriff Klassenkampf. Was ist mit dem traditionellen anarchosyndikalistischen Ansatz, der das Verhältnis von Kapital und Arbeit als den entscheidenden gesellschaftlichen Widerspruch sah? Die sind dann in die Fabrik gegangen, um den ArbeiterInnen klar zu machen: du malochst dich krumm und dein Boß scheffelt Mehrwert und akkumuliert seine Kohle an der Börse. Das ist traditionelle politische Betriebsarbeit. Fehlt das bei euch?

FAU: Die Ausbeutung definiert sich nicht alleine darüber, daß es jemanden gibt, dem die Fabrik gehört, sondern durch das gesamte System.

FAU: Alle Bewegungen, ob ökonomisch oder sozial, sind gleichwertig. Dieser traditionelle Ansatz, alleine über die Betriebe das ganze System kippen zu wollen, das ist für mich Quatsch. Nur hat im Kapitalismus der ökonomische Ansatz den kleinen Vorteil, daß er dieses System im Kern trifft.

A: Eure Analyse sagt, daß diese Gesellschaft über den ökonomischen Bereich am verwundbarsten ist?

FAU: Klar. Du siehst doch, bei den anderen Kämpfen läuft das System weiter wie bisher. Soziale Kämpfe sind einfacher zu integrieren. Was das Kapital härter trifft, ist die Zerstörung des Mehrwertes.

A: Der Klassenkampf um bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeit, um mehr Geld, ist doch historisch immer wieder ein Motor des kapitalistischen Fortschritts gewesen, oder?

FAU: Es geht darum, die Fabriken in Selbstverwaltung zu übernehmen.

A: Aber wo stellst du bei dem Kampf um Selbstverwaltung oder um die 35-Stundenwoche die Systemfrage?

FAU: Die Selbstverwaltung ist die Systemfrage. Die konkreten ökonomischen Kämpfe wie um mehr Lohn, dienen erst mal dazu, Lebensverhältnisse zu schaffen, von wo aus die Leute tatsächlich kämpfen können. Aus einer Verelendung wird hier keine Revolution entstehen, sondern aus einem wachsenden politischen Selbstbewußtsein. Die Leute reagieren hier immer dann, wenn es um ihre Freiheit geht. Ganz banal. Wenn es darum geht, daß sie selber bestimmen können, wann sie ihren Urlaub nehmen oder über ihre Arbeitszeit verfügen können. Und ich red mit den Leuten im Betrieb darüber, wieso wir einen Vorgesetzten von irgend jemanden vorgesetzt kriegen? Warum bestimmen wir nicht eine Fachautorität aus unseren Kreisen selbst?
Da geht es ganz persönlich um ihre Freiheit und unmittelbar um ihre Selbstbestimmung. Du mußt von unten her verändern, damit die Menschen lernen, sich selbst zu bestimmen.



4. Zitat

*Freiheit von der Arbeit!*

*Die Zukunft gehört der Freiheit von der Arbeit bei einem allein menschenwürdigem Leben (Denken und Handeln). Es muß endlich klar werden, daß Arbeitslosigkeit kein Makel ist, sondern eine Wohltat. Wenn die alternative "Ökonomie" in der Lage ist, sich selbst zu versorgen, kann das materielle Problem sich selbst überlassen werden. Zum Aussteigen gehört nicht nur Mut, ihm gehört auch der gesellschaftliche Reichtum. Deshalb heißt es nicht mehr "Proletarier aller Länder, vereinigt euch", sondern "Menschen aller Länder, verwirklicht euch".*
Walter Neumann

A: Haben denn nicht gerade die Stammbelegschaften, die FacharbeiterInnen mit Revolution wenig im Sinn? Stichwort Zweidrittel-Gesellschaft. Dies eine Drittel, das aus festen Arbeitsverhältnissen und gesicherter sozialer Position herausfällt, das jobt, um zu überleben, in entgarantierter Arbeit, kann in seinem Alltag gar nicht mehr die Trennung zwischen Arbeit, Freizeit und Wohnen aufrecht erhalten. Da bildet der Widerstand fast von sich aus eine Einheit der ökonomischen, sozialen und politischen Aspekte des Kampfes. Für einen Facharbeiter sind die gesellschaftlichen Bereiche Fabrik und Reproduktion viel klarer voneinander getrennt.

FAU: Das Gerede von der Zweidrittel-Gesellschaft ist doch ein riesiger Schwachsinn. Das ist doch nix neues, daß alle Leute, die unter einigermaßen abgesicherten Verhältnissen leben, relativ unbeweglich sind. Daß die Unsicherheit der Lebensverhältnisse heute wieder zunimmt, ist doch ein alter Hut. Klar auch, daß die Leute, denen es schlechter geht als anderen, sich eher wehren.

A: Alle reden heute von Rheinhausen. Das Ruhrgebiet entwickelt sich aber schon länger zu einer ökonomischen und sozialen Wüste. Da wurden massenhaft Arbeitsplätze vernichtet. Ansatzpunkte für ökonomische Kämpfe gibt es genug. Das Ruhrgebiet ist noch immer das proletarische Herz der BRD. Aber radikalen Widerstand, der politisch die Systemfrage stellt, hat es bisher nicht gegeben. Das sind doch bayrische Verhältnisse. Da herrscht doch Ruhe im Land. Häuserkampf, Anti-AKW-, und andere Kämpfe haben sich in Städten, die weniger proletarisch sind, radikaler und wirkungsvoller entfaltet als im Pott. Wo findet ihr als FAU da euern Ansatzpunkt?

FAU: Ich muß mich doch als Anarchosyndikalist nicht immer an die militanteste Sache dranhängen. Wenn es in anderen Städten scheinbar radikaler zugeht, ändert das nichts daran, daß nur die ArbeiterInnen die Macht haben, die Systemfrage zu stellen.

A: Es gab historisch und weltweit aber Situationen, wo die System- und Machtfrage nicht über die Betriebe gestellt wurde, sondern durch Riots, militante Demos, Kämpfe auf der Straße.

FAU: In der BRD sind ökonomische und soziale Kämpfe zwar getrennt. Das ist in anderen Ländern nicht immer der Fall.

A: Wenn in dem proletarischen Zentrum der BRD, im Ruhrgebiet, wo nach eurer Analyse der Klassenkampf toben müßte, absolut nichts passiert, wie verarbeitet ihr das praktisch und politisch?

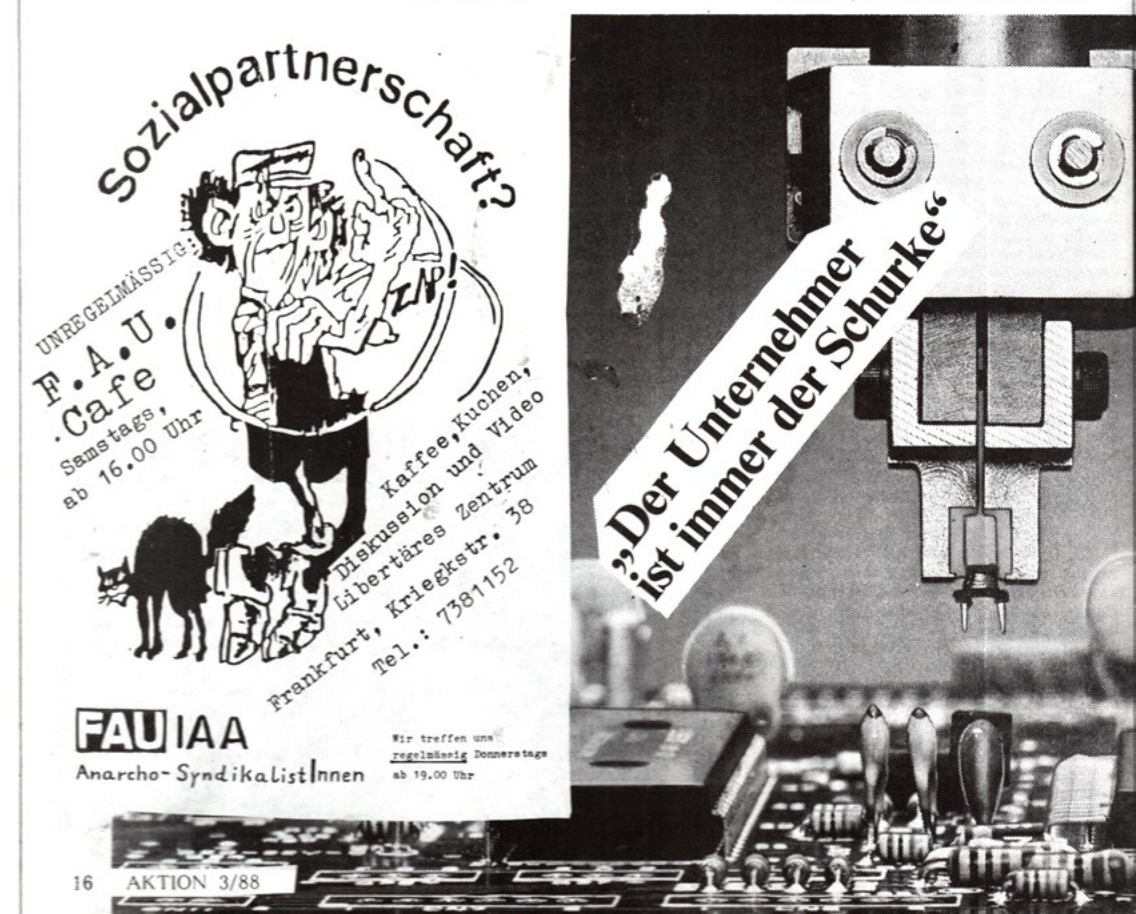
FAU: Wir leben erst mal hier in Frankfurt.

A: Mensch, wie willst du mit dem klassenkämpferischen Anarchosyndikalismus, wenn im Ruhrgebiet damit nichts zu holen ist, wo die proletarische Klasse noch am reinsten vorhanden ist, wie willst du dann in Frankfurt, in einem Banken- und Hightech-Zentrum, politisch was bewegen? Seid ihr doch die AktivistInnen aus dem historischen Museum?

FAU: Nein. Wir diskutieren auch, wie Klasse definiert werden soll. Aber in Rheinhausen haben sich die ArbeiterInnen ein Stück von der DGB-Gewerkschaft gelöst. Die haben unabhängig Aktionen gemacht.

A: Meinst du etwa die 30.000 Menschen, die mit Gewerkschaft und Prominenz gemeinsam zum katholischen Bittgottesdienst fürs Revier gegangen sind?

FAU: Nein, die nicht. In Rheinhausen haben die Leute aber auch Straßen blockiert, erst mal ohne die Gewerk-



schaft, und gestreikt auf eigenen Entschluß hin.

A: Aber die große Ruhrblockade war doch sogar mit dem Innenminister abgestimmt. Also. Wie versteht ihr heute Klassenkampf?

FAU: Zuerst heißt das, eine Gesellschaft unter dem ökonomischen Aspekt zu analysieren und konkret politisch in den Betrieben wirken.

A: Der traditionelle Anarchosyndikalismus begriff sich als politische und organisatorische Keimzelle der zukünftigen Gesellschaft.

FAU: Es ist doch so. Wir haben sehr viele der herrschenden Widersprüche verinnerlicht, sind vom Kapitalismus geprägt. Die FAU ist ein erster Organisierungsschritt.

A: Die AnarchosyndikalistInnen haben immer betont, daß sie schon vor der Revolution den ganzen Laden so gut begreifen und ein Wissen über den ökonomischen Bereich ansammeln wollen, um nach dem Umsturz die ganze Maschinerie für die eigenen emanzipatorischen Ziele umbauen zu können.

FAU: Das ist notwendig, klar.

A: Ist Revolution für euch ein Thema?

FAU: Ich hab da mehr unklare Vorstellungen. Du mußt konkret von heute ausgehen.

**Nach der Revolution mußt du Dinge wie Essen, Kleidung, Wohnen organisieren, die ganze Produktion und Verteilung von lebenswichtigen Gütern. Wenn du das nicht löst, in dieser kritischen Situation, dann sind ganz schnell andere Kräfte am Ruder, z. B. die Faschisten oder Kommunisten. Wir sind nicht der Meinung, daß sich alles aus sich heraus, aus dem Umsturz heraus ergeben wird. Die Spontanität ist in ihren Möglichkeiten begrenzt.**

A: Das heißt, ihr macht euch Gedanken über Modelle für einen Umbruch.

FAU: Es ist nie bestimmbar, wann eine Revolution stattfindet. Die Frage ist, durch was entsteht eine Revolution? Durch Kriege, vielleicht. Wenn du schaust, was weltweit passiert, Verschuldung, Kriege, Krisen, da kann ganz schnell ne Situation kommen, die wir nicht steuern. Da kann es zu revolutionären Situationen kommen, die können wir dann anheizen, mehr nicht. Bei den weltweiten Verflechtungen des Kapitalismus, wo selbst der einzelne Kapitalist keinen Einfluß mehr auf das Ganze hat, auch nicht Konzerne oder Regierungen, kann es sehr bald Zusammenbrüche geben, und nicht erst in zweihundert Jahren.

A: Puerto Real in Spanien wurde von FAUlern dargestellt als erfolgreiches Beispiel eines militanten gewerkschaftlichen Kampfes. Wie schätzt ihr das Potential von Militanz bei ökonomischen Kämpfen in der BRD ein?

FAU: Für mich bedeutet Militanz nicht nur, eine Fabrik zu besetzen oder Steine zu werfen. Puerto Real war O. K.. Miltanz fängt für mich früher an, z. B. Dienst nach Vorschrift, oder Sabotage, die ja täglich läuft. Militanz heißt, die individuellen Formen der Gegenwehr zu organisieren.

A: Rheinhausen war doch auch gefährlich, weil zur gleichen Zeit die Hafenstraße mit Barrikaden und militanten Widerstandsformen bundesweit das Thema war. Die IGM hat aus lauter Schiß vor einem Überspringen des Funkens aus Hamburg von sich aus im Pott friedliche Blockaden organisert.

FAU: Das Abwiegeln durch DGB-Gewerkschaften kannst du nur verhindern, wenn du dem DGB die absolute Macht im Betrieb nimmst, die er derzeit noch hat. Es muß eine andere Kraft vorhanden sein, die zum DGB ne Alternative darstellt.

A: Das ist heute doch noch Wunschdenken.

FAU: Ja! Du brauchst aber nicht viele Leute im Betrieb, um einen Konflikt zu provozieren. Siehe Puerto Real. Dort haben 13 CNT-Aktivisten durch ihren Widerstand die Kämpfe ins Rollen gebracht.

A: Was haltet ihr von anderen anarchistischen Organisationsformen, z. B. die Föderation?

FAU: Die existierenden Ansätze dieser Art sind doch immer nur sehr kurzfristig gewesen.

A: Na, die Föderation anarchistischer Schüler und Studenten, Pulverfass, gibt es z. B. schon länger. Die haben doch mehr Leute organisiert als die FAU. Aber gut. Es gibt verschiedene Formen anarchistischer Organisation, die sich teils bitter bekämpfen.

FAU: Anarchie heißt für mich Vielfalt. Ich bekämpfe die anderen Ansätze nicht. Das libertäre Zentrum ist ja auch ne Art der Organisierung. Das ist völlig o. k.. Aber wir stellen immer nur fest, daß der ökonomische Bereich absolutes Sperrgebiet ist, egal wie sich die Gruppen nennen. Bundesweit hat die FAU in den Städten auch Kontakt zu anderen Anarchogruppen.

A: Warum gibt es in der FAU eine extreme Ablehnung von Autonomen?

FAU: Ich fühle mich nicht als Autonomer. Aber ich lehn die nicht ab. Vielleicht hat der Punk, der sich an fast allen Punkten diesem System verweigert, den offensiveren Ansatz als wir. Vielleicht schadet es dem System am meisten, wenn du keinen Finger mehr krumm machst. Aber irgendwann kommt der Zeitpunkt, wo du dich verkaufen mußt.


5. Zitat

Klassenkampf in der Hafenstraße

Die "Riots", die seit über einem Jahrzehnt in Europa umgehen, haben nun auch die bisher stabileren Verhältnisse der BRD erreicht. (...) (So) stellen die Riots in Berlin-Kreuzberg und um die Hamburger Hafenstraße einen Einschnitt in den westdeutschen Klassenauseinandersetzungen dar, hier sind neue proletarische Mobilisierungen zum Durchbruch gekommen - auch dann, wenn sie noch auf den Auslöser autonomer Militanz angewiesen sind. Die Hafenstraße ist nicht als hochstilisiertes Symbol der autonomen Szene interessant, sondern in ihrer jahrelangen realen Bedeutung. (...) hier kommt eher ein proletarischer Druck an die Oberfläche, der sich in den jeweiligen Herkunftsbereichen noch nicht zu äußern weiß.
wildcat

A: Ein weiterer Ansatz der Organisierung ist, die verschiedenen radikalen Bewegungen, Jobberinitiativen, Arbeitslosengruppen, militante Anti-AKW-Gruppen, Autonome erst mal untereinander zu verbinden, organisatorisch und politisch. Also eine Gemeinsamkeit der radikalen SystemgegnerInnen herzustellen und mit dieser Kraft dann den nächsten Schritt in die gesellschaftlichen Bereiche tun.

FAU: Wir müssen mehrgleisig fahren.

A: Auf dem letzten Pfingstkongreß der FAU in Köln, wurde das strikt abgelehnt, weil es nicht darauf ankomme, die Szene zu vereinigen, sondern dieses Getto solle verlassen werden. Der politische Weg müsse in die Betriebe führen.

FAU: Wir brauchen beides. Die Militanz an der Startbahn, das allein, hat ja auch zu einer Isolierung geführt. Jede Aktion muß im Betrieb auch vermittelt werden können. Daran arbeite ich. Das ist zur Zeit schwierig. Die Leute jetzt im Knast kriegen aus der Szene Unterstützung, aber nichts von außerhalb. Das ist in den Betrieben kein Thema. Wir brauchen die Verbindung in die Betriebe. Aber wir brauchen auch als FAU die Verbindung zur militanten Szene.

A: Jetzt zur Struktur der FAU. Warum ist die Fluktuation so hoch in der FAU?

FAU: Die Fluktuation ist wirklich hoch. Ich halt das für ein Problem. Ich weiß aber nicht, wie das in anderen Gruppen ist. Es gibt den Unterschied zwischen SympathisantInnen, wo es oft wechselt und dem harten Kern.
Da gibt es ne Auslese. Übrig bleibt, wer konkret und kontinuierlich arbeiten will.

A: Auf dem letzten Pfingstkongreß war die OG Frankfurt mit 13 zahlenden MitgliederInnen und fünf SympathisantInnen die größte in der ganzen BRD. Die Austritte, die es dann gab, sind so kaum zu begründen.

FAU: Das haben wir nicht mitbekommen. Es gibt keine Verbindung zwischen denen, die jetzt drin sind zu den früheren. Das waren wohl auch persönliche Probleme. Die Leute, die ausgetreten sind, haben sich hier nie offen geäußert. Es gab lediglich die Auseinandersetzung über die AKTION, aber nicht konkret hier in der Gruppe.

A: Zur Struktur der FAU. Bundesweit gibt es die Ortsgruppen, dann das Nationalkomitee, das aus fünf SekretärInnen besteht. Es gibt die Prinzipienerklärung und den jährlichen Pfingstkongreß mit Abstimmung, Anträgen, Gegenanträgen und Geschäftsordnung, ein bürokratisches Tohuwabohu ersten Ranges.

FAU: Wir sind nicht pfingstgeschädigt. Wir nehmen dies Jahr zum ersten Mal daran teil. Außerdem entscheiden die Ortsgruppen für sich. Sie sind autonom. Das NK ist keine zentrale Entscheidungsinstanz, absolut nicht.

A: Die FAU ist eine anarchistische Organisation, die es sich leistet, ein politisches Gremium als "National"komitee zu bezeichnen. Das kenn ich nur noch von politischen Gruppen rechtsaußen, daß der Begriff "national" Verwendung findet.

FAU: Mir ist egal, wie das heißt. Es kommt drauf an, was es inhaltlich ist.

A: Dann nennt es doch Zentralkomitee.

FAU: Ne, das ist Blödsinn.

A: Also, Zentralkomitee wollt ihr es nicht nennen, weil es in der FAU keinen Zentralimsus gibt. AnarchistInnen lehnen doch die Grenzen zwischen Ländern und Nationen ab, warum dann Nationalkomittee?

FAU Woher das kommt, ist mir unklar. Aber ich würd es auch lieber anders nennen.

A: Gibt es in der FAU einen Konflikt zwischen TraditionalistInnen und einer

*6. Zitat*

*Linke Entschuldigungen*

*(...) es gibt viele, zu viele Entschuldigungen, an die man sich gewöhnt hat und mit denen man sich über Wasser halten zu können glaubt. Die erste Entschuldigung ist die Stärke des Gegners, die zweite die eigene Schwäche, die dritte die Geschichte, die vierte die Natur, die fünfte die Übermacht der bürgerlichen Medien, die sechste die falsche Erziehung, die siebte, achte und neunte Entschuldigung ist die SPD (Willy Brandt, die Enkel und die Gewerkschaftsführung), die zehnte sind die Grünen, die elfte der Terrorismus, die zwölfte die objektiv schwierige Lage der sozialistischen Staaten, die dreizehnte die linke Zersplitterung ... Die Linke hat eine enorme Phantasie entfaltet, um zu begründen, daß es ist, wie es ist und warum es auf nicht absehbare Zeit auch nur so bleiben kann.*
*Oliver Tolmein*





Opposition, die den Ansatz traditioneller Betriebsarbeit, wie er von der OG Köln repräsentiert wird, ablehnt? Aus den OGs gibt es immer wieder Stimmen, die diesen Konflikt auf den Pfingstkrongreß bringen wollen. Gleichwertigkeit ökonomischer und sozialer Kämpfe, Zusammenarbeit mit anarchistischen und autonomen Gruppen, das sind klare Abweichungen von der traditionellen Linie.

FAU: Ja! Wir sind keine Traditionalisiten. Wie wir das mitkriegen, wird das im süddeutschen Raum offen diskutiert. Das wird an Pfingsten zur Sprache kommen. Und es wird sich zeigen, ob es wirklich ein Konflikt ist, oder ob es sich locker klärt. Ich gehe davon aus, daß der Frankfurter Standpunkt eine Mehrheit finden wird.

A: Diese Diskussion ist auf dem letzten Pfingstkongreß abgewürgt worden, was mit ein Grund für Austritte hier in Frankfurt war.

FAU: Wir werden unseren Standpunkt radikal vertreten.

A: Also die Opposition ...

FAU: Es wird sich zeigen, ob die Opposition nicht längst die Mehrheit ist.

A: In welche Richtung soll die Arbeitsgrundlage der FAU verändert werden? Reformismus oder Radikalisierung? Rein in die Betriebsräte, in den Asta und in die Parlamente, an die Hebel der Macht oder hin zu einer Radikalisierung des Anarchosyndikalismus und Übewindung des Schraubenschlüsselproleten als politische Leitfigur?

FAU: Betriebsrat und Radikalisierung ist kein Widerspruch. Radikalisierung heißt, eine stärkere Verbindung mit sozialen Bewegungen und Ablehnung der Betriebsräte, klar. Nur als Einzelperson im Betriesrat hast du die Möglichkeit, dich von der Arbeit freistellen zu lassen, Infos ranzuschaffen.

A: Bist du für die Mitgliedschaft im DGB?

FAU: Zur Zeit, ja. Noch.

A: Das ist der radikale Frankfurer Ansatz?

FAU: Nein, das gilt nicht für alle. Ich erstelle zu den Betriebsräten grad ein Papier.

A: Aber DGB-Mitgliedschaft?

FAU: Das gilt für alle. Aber im Betriebsrat geht es mir nicht um eine Mehrheit dort, um Abstimmungen zu beeinflußen, sondern um aus diesem Gremium Infos rauszuholen. Das ist noch kein Reformismus, wenn du in einen Betriebsrat gehst. Es kommt drauf an, was du dort machst. Der Betriebsrat soll für die Leute Entscheidungen treffen. Das muß durchbrochen werden. Das ist aber meine Position. Unsere Programmdiskussion hatte das Motto, den Anarchosyndikalismus in den sozialrevolutionären Kampf integrieren.

A: Heute kriegst du als FAUler bei jeder Diskussion die Prinzipienerklärung und den ganzen Traditionalismus um die Ohren geschlagen. Warum erklärt ihr die Prinzipienerklärung nicht zu Makulatur.

FAU: Ja am besten zu Altpapier.

A: ... und bemüht euch um eine Neuformulierung ...

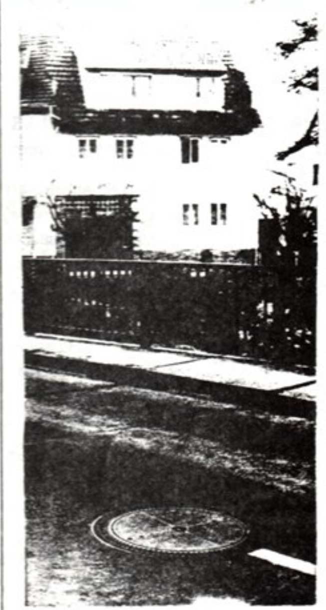
FAU: Wir werden dieses Thema nach dem letzten gescheiterten Anlauf noch einmal aufgreifen.

A: Wir danken für das Gespräch. Für die AKTION führten dieses Interview: Kirk, Casoni & Störtebeker.

# regiONAL Darmstadt

## WARGAMES

In der letzten Ausgabe der Aktion gab es einen Artikel über "Zivilschutz in Darmstadt." Anlass war die geplatzte Besichtigung des Atombunkers unter dem Karolinenplatz in der Innenstadt.(siehe Aktion nr. 34) Im zweiten Teil geht es hauptsächlich um die militärische Bedeutung Darmstadts.



**Sprengkammerdeckel:** „Die sehen ja aus wie Kanaldeckel."

Wenn die ansonsten offensiven Kriegsführungskonzepte der NATO, wie z.B. die sogenannte "Vorneverteidigung" versagen, wenn "feindliche" Verbände bereits in den Frontstaat BRD eingedrungen sind, kurz wenn die bösen Russen bereits im Lande stehen würden, oder wenn ihr Durchbruch durch die Front zu befürchten wäre, dann gelten den Kriegsplanern andere Maßstäbe. Dann heißt es: Rette was zu retten ist! Die Einflußsphäre der westlichen Welt muß auch in diesem (Not)fall gewahrt bleiben. Und dabei wird mit Menschenmassen genauso als variablem Wert kalkuliert, wie mit Material: Was brauchbar ist, wird verwertet, was nicht, kann über die Klinge springen. Das ist ihr Begriff von Menschenmaterial.

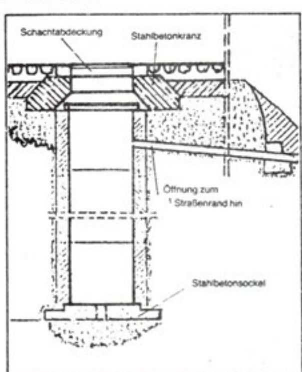
Das gilt freilich auch für Darmstadt. Riesige Sperren und verseuchte Zonen werden den sogenannten Feind und die Bevölkerung am Durchschreiten selbiger hindern. Die oberen Zehntausend, Wirtschaftsbosse, die Regierenden und ihr enger Dunstkreis werden sich in "Sicherheit" bringen - werden sich nach Westen hin über den Rhein zurückziehen. Genau westlich von hier, bei Leeheim, wurden von deutschen und amerikanischen Streitkräften bereits mehrfach die "Rhein-Vollsperrungs-Manöver" durchgeführt. Auf der zum Teil mit Moos und Buschwerk getarnten NATO-Panzerfahrstrasse, an den NATO-Ersatzteillagern und Pontonanlagen, die sich dort befinden, wird geübt, wie bewaffnete Verbände möglichst schnell den Rhein Richtung Westen überschreiten können, um ihn dann anschließend gegen den aus Osten herannahenden Feind abzusperren. Dort in der Nähe, bei dem Ort Hessenaue, wo sich ein Bundeswehrersatzteillager befindet, ist auch der Truppentreffpunkt für das Reservistenmanöver "Sommerwind" der Bundeswehr. Ein Manöver, bei dem schnelle und reibungslose Truppenbewegungen (!!!) in der ganzen BRD geübt.werden. Die nächsten Brücken über den Rhein im Norden bei Mainz-Ginsheim, im Süden bei Worms, sind schon jetzt mit Sprengkammern für Atomminen versehen, die eine Sprengkraft in der Größenordnung der Hiroshima-Bombe besitzen, und werden gesprengt werden.

In Darmstadt gibt es zwei Bundeswehrkasernen, zwei Amikasernen, einen amerikanischen Hubschrauberlandeplatz in Darmstadt-Griesheim und in Eberstadt die Moona, eines der größten NATO-Treibstofflager in ganz Europa. Von einer militärischen Bedeutung Darmstadts kann also gesprochen werden. All diese Verbände werden mehr oder weniger aktiv den Rückzug der Militärs über den Rhein, - und mit ihnen die Mächtigen, Eingeweihten und oberen Zehntausend - organisieren. Es steht zu befürchten, daß das gesamte Gebiet westlich der Bergstrasse, also die rheinische Tiefebene, zu einer einzigen verseuchten Zone wird,die dem "Feind" ein Durchkommen unmöglich machen soll. Täler und Senken eignen sich laut Auskunft hoher Militärs für solche Vorhaben besonders gut. (siehe Fulda-Gap)

DAS SPERRKONZEPT DER NATO: Auszüge aus der Heeresdienstvorschrift der Bundeswehr 100/100 Kapitel 23 f)

"Hindernisse, Geländehindernisse, Sperren und Verwüstungen können Bewegungen (des Feindes) erschweren, aufhalten, oder in bestimmte Richtungen lenken.(...) Im Gefecht unter atomaren Bedingungen lassen sich Geländehindernisse durch Atomsprengkörper ohne großen Aufwand an Zeit und Kräften erheblich verstärken."

oder Operationsplan des 5. US-Corps:"...der Einsatz von Kernwaffen bis zu einer Sprengladung von 10 Kilotonnen oder weniger ist gestattet in befreundeten oder neutralen Ländern..."




**Schnitt durch eine Sprengkammer**

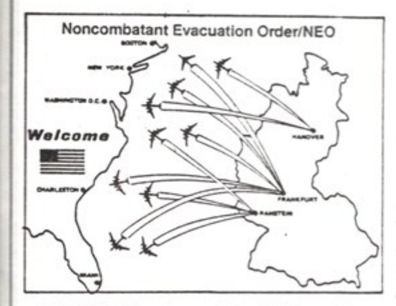
Die Sprengung der Bevölkerung ist bereits bürokratisch abgesegnet.

Im sogenannten Spannungsfall werden die in Darmstadt ansässigen Militärs in Zusammenarbeit mit den Zivilschutzverbänden dieses Konzept der "Verteidigung" durchsetzen. Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) z.B., der nicht zufällig gerade in Darmstadt mit einer eigenen Dienststelle ausgestattet ist, forciert schon jetzt neben dem "Katastrophenschutz" den öffentlichen und privaten Schutzraumbau, damit im Ernstfall vielleicht noch ein paar Menschen überleben. Schließlich wollen die Bunkerregenten in ihren geheimen Notparlamenten auch danach noch jemand zum Regieren haben.

Eine Broschüre des BVS: "Ein privater Schutzraum kann in Friedenszeiten als Heimwerkerraum oder Bügelraum benutzt werden, im Ernstfall kann man zwei Wochen in ihm überleben."

Bundesverband für den Selbstschutz, Platz der deutschen Einheit 25, Darmstadt, 06151/894949

Wie in der ganzen BRD, so gibt es auch in




Darmstadt einige tausend Angehörige und Verwandte der amerikanischen Streitkräfte, die außerhalb der Kasernen wohnen. Hier in Darmstadt ist das hauptsächlich die Wohnsiedlung "Lincoln Village" zwischen Darmstadt und Eberstadt. Ihnen will der us-amerikanische NEO-Plan (Noncombattant Evacuation Order) garantieren, daß sie im Spannungsfall in den "Hort der westlichen Freiheit" evakuiert werden. Anweisungen für Angehörige von US-Soldaten (aus dem NEO-Plan 5/US-Corps Pamphlet 525/27): "...Während der zweiten Phase werden sie angewiesen, in Ihren Wohnungen zu bleiben. Zur selben Zeit werden Ihre Flüge koordiniert. Sammeln Sie Ihr NEO-Kit zusammen (NEO-Kit: Reisepass, Impfzeug, Notstandsgesetz, Gehaltszahlungsanweisung, DD-Form 3653).Luftevakuierung ist die dritte und letzte Phase. Ihr NEO-Wart wird Sie alarmieren, wenn Ihr Flugzeug bereitsteht. Militärcharterbusse werden Sie in Ihrem Wohngebiet abholen und direkt zu dem vorgesehenen Flughafen bringen. Falls alle Flughäfen zerstört sind, werden Sie per Eisenbahn oder Fahrzeugkolonne evakuiert. Im Falle, daß Evakuierung nicht möglich ist, werden Sie angewiesen, in Ihrer Wohnung zu bleiben, wo Sie sich auf die bevorstehenden Schwierigkeiten vorbereiten können. "

Für den nicht-amerikanischen Teil der Bevölkerung ist so etwas allerdings noch nicht einmal geplant. Für sie gilt die NATO-Doktrin "Stay put". Ein Begriff aus der amerikanischen Hundedressur, der soviel heißt wie "Bleib, sitz!" Auf Anordnung des Innenministers haben in Ernstfall alle Personen im Spannungsgebiet zu Hause in ihren Wohnungen zu bleiben, um die Straßen für das Militär frei zu halten. Beim Bundesgrenzschutz wurde bereits eine 3000 Mann starke Einsatzreserve gebildet. Sie soll Bevölkerungsbewegungen lenken und die Streitkräfte bei der Freihaltung der Strassen für das Militär unterstützen. (FAZ 18.7.81) Offiziell nennt sich das dann "Verkehrsplanung für gegenläufige Bewegungen". Im Gesetz zum Schutz der "öffentlichenSicherheit und Ordnung, das für Friedens- und Kriegszeiten gilt, heißt es noch etwas deutlicher:"Wenn Zwangsmaßnahmen gegen Einzelne keinen Erfolg versprechen, (was auf Fluchtbewegung mit Sicherheit zutreffen wird) können Schußwaffen gegen Menschenmengen eingesetzt werden."

Darmstadt ist die Stadt mit der größten Autoanzahl pro Einwohner. Daraus ergibt sich für die Militärs schon eine ganz besondere Notwendigkeit, unkontrollierte Fluchtbewegungen zu unterbinden. Riesige Autolawinen panisch flüchtender Menschen würden die kriegswichtigen Strassen versperren. Das Bundesamt für Zivilschutz in bonn legte schon anhand von Bevölkerungsstudien (z.B. Volkszählungen) eine Landkarte mit den zu erwartenden Fluchtbewegungen an. Und diese liegen meistens in Richtung Süden (die Ausländer) oder in Richtung Westen... und westlich von Darmstadt operieren, wie gesagt, die Militärs, die bei ihrer Arbeit nicht gestört werden wollen.

Die Autobahnauffahrten bei Darmstadt Griesheim und Weiterstadt werden genauso wie alle anderen in der Region auch mit riesigen Strassensperren geschlossen sein. Bewaffnete Truppen von Polizei und BGS werden die Stadt abriegeln.

Die Darmstädter Bevölkerung wird nicht mit über den Rhein gehen.

Zuwiderhandelnde werden erschossen

Wer nicht zu den 4000 Menschen gehört, die in die Darmstädter Atombunker kommen, wird gleich geopfert.

Was für ein Verhältnis zum Menschen die hohen Militärs haben, zeigt sich mal wieder an der Abschiedsrede des ehemaligen Kommandanten des Bundeswehrlagers der Frankensteinkaserne in Eberstadt, Oberstleutnant Günther Thomas (Zitat:"Ich bin Soldat und will vom Krieg reden...")

Bei seiner Rede fühlt er sich, wie er sagt, bei "täglich fast 1000 Schwangerschaftsabbrüchen.." an Auschwitz erinnert. Die Frauen könnten die Embryos "wie auf der Rampe" in den Tod schicken. (Darmst.Echo April 88)

Wie gerade ihm, der als Soldat in hoher Position den großangelegten Massenmord mitorganisiert, solch zynische Hetze über die Lippen kommen kann, bleibt rätselhaft.

Der gleiche menschenverachtende (Un)geist ist es, mit dem sie vom Krieg sprechen. Militärpsychiater Rudolf Brickenstein, ehem. Chef der neurologisch-psychiatrischen Abteilung des Militärkrankenhauses Hamburg: "Beim Einsatz von Atombomben muß damit gerechnet werden, daß auch Personenkreise abartig reagieren, die sich bisher bei Belastung unauffällig verhalten haben... Äußerliche Merkmale einer Panikbereitschaft sind unter anderem häufige, wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigungen..." Weiter ist da die Rede vom Isolieren der "Panikperson" - die Kontinuität der KZ-Politik wird deutlich. Deutlich wird auch, daß der Begriff der "Panikperson" auf alle Menschen anwendbar ist, die sich nicht in das herrschende Kriegsbild integrieren lassen.

"Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Verteidigungsfall zugute!" (W.Siedschlag, Regierungsdirektor an der Akademie für zivile Verteidigung in: Die Polizei 1/76.)


Bundeswehr und US-Armee beim Laden von Spreng = kammern

Aufstandsbekämpfung und Kriegsplanung bedingen einander und profitieren voneinander in Planung und Ausführung. Im Zusammenhang damit steht auch die Bullentaktik in Berlin SO 36, wo im Mai/Juni über Stunden ganz Kreuzberg abgesperrt wurde.

Stadtplanung wird ebenfalls im Sinne der Kriegsstrategen betrieben.Die Nordweststadt in Frankfurt z.B. wurde so entworfen, daß sie innerhalb kürzester Zeit abgeriegelt wer-


1956: Bundesbürger/innen beim zerstören von Sprengkammern! ★

den kann. Die Verkehrsführung dort s hließt Fluchtmöglichkeiten aus. Diese Aspekte können wir hier nur kurz anreissen, genauere Arbeit hierzu finden wir wichtig.

Denn das ist ihre menschenverachtende Politik, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Aber Frieden, das ist mehr als die Abwesenheit von militärischer Auseinandersetzung. Frieden, das heisst : frei zu sein, frei von Ausbeutung und Herrschaft. Die militärische Auseinandersetzung ist "nur" die Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln. Krieg herrscht bereits jetzt! Die Reichen, die Kapitalisten lassen um die Wette produzieren, und wer von ihnen am billigsten produzieren lässt, der verkauft auch und macht den Gewinn. Das ist ihr Krieg, den sie auf unserem Rücken austragen.

Nicht zufällig gibt es in Darmstadt neben diversen Banken, Spekulanten, Maklern, Miethaien, den "normalen" Ausbeutern noch ganze drei Zeitarbeits-Firmen. Die Sklavenhändler ADIA, RANSTADT, THAMM, verleihen "ihre" Arbeiter/innen und verdienen sich eine goldene Nase, ohne dabei einen Finger krumm zu machen. Die, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft, sind gezwungen, sich an sie oder andere zu verkaufen und bekommen von ihnen die schweinischen Arbeitsbedingungen diktiert. Ihre Macht über uns beziehen die Kapitalisten aus den Positionen, die ihnen der Staat gibt, und/oder aus dem Geld und den Werten, die wir in diesem Zwangsverhältnis für sie erwirtschaften. Diese Mißstände sind es, die sie mit Polizei- und Militärapparat verteidigen. Und hier beginnt auch ihr Krieg gegen uns, der Krieg der Reichen gegen die Armen.

Darum ist Anti-Militarismus auch mehr, als gegen Raketen, Militär und Krieg zu sein. Anti-Militarismus heißt auch: Kampf gegen ihre Herrschaft als Kampf gegen ihren Krieg! Es gibt viel zu tun, tun wir es ihnen an:

## Schweineblut gegen Bundeswehr-Schau

Wesseling (taz) — Etwa 40 Liter Schweineblut stanken den angereisten Waffenfans am Samstag entgegen: AntimilitaristInnen hatten den dickflüssigen roten Saft am Eingang der Bundeswehr-Schau „Unser Heer" vergossen, die bis gestern in Wesseling bei Köln gastierte. „Waffen und Blut gehören zusammen", erklärten die 19 RüstungsungsgegnerInnen. Zuvor hatten sie für drei Minuten den Platz besetzt, auf dem die Bundeswehr Kindern. Mut-

Wer sich für anti-militaristische Arbeit interessiert, kann sich an folgende Gruppen wenden:

DFG-VK
ehem.Bessunger Knabenschule
Ludwigshöhstr.42
6100 Darmstadt
Treffpunkt jeden Dienstag 19 Uhr

SOdZDL Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
Kontakt:
Rainer Bauer
Rheinstr.15
6109 Nieder-Ramstadt

Am 14./15 Mai findet in der Frankfurter Fachhochschule am Nibelungenplatz der "Kongress gegen Militarisierung: Kriegsdienste verweigern!" statt. Beginn Samstag 12 Uhr




# DIE NEUEN HIGH-TECH-KZ'S

Gehirnwäsche - Isolationshaft - Normalvollzug: Weiterstadt und Plötzensee

Inhalt

Hochsicherheitsknast Weiterstadt
Interview mit einer Gefangenen aus der Plötze
Gehirnwäsche gegen den Umsturz
Zerstörung der Persönlichkeit
Fragment über Isolationshaft

**Bestellungen:** (nur gegen Vorkasse!!!)
Literaturkonto der Bunten Hilfe
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150
Kontonummer 111 036 349
Einzelausgabe DM 8,-- incl. Porto
10 Ausgaben DM 60,-- incl. Porto
Herausgeber: Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt
Tel.: 06151-20480 (MO & MI von 20 - 22 Uhr)

# "DIE ZEITEN VON FRITZ TEUFEL SIND VORBEI!"

Schon in der letzten Ausgabe berichteten wir von der ersten Instanz des Prozesses gegen eine Startbahngegnerin. Kurz der Hintergrund:

Beim Eröffnungstag des Sare-Prozesses in Frankfurt versuchte ein in Zivil gekleideter junger Mann die später Angeklagte auf sich aufmerksam zu machen; er rief sie mit dem Vornamen und zischelte mit Lauten wie tststs hinter ihr her. Als sie ihm daraufhin erklärte, er solle sie in Ruhe lassen, wußte sie noch nicht wer er war. Dies sollte ihr alsbald klar werden. Der 22-jährige Jungbulle Matthias Wenzel stellte Strafanzeige wegen Beleidigung. Die Frau sollte ihn beim Verlassen des Gerichtssaales als Scheiß-Bullenschwein und vor dem Gerichtsgebäude mit ...loch tituliert haben. Für beide Situationen konnte er je einen weiteren Bullen benennen, der mit sauber abgesprochenen Aussagen aufwartete. So wurde die Startbahngegnerin am 22. 2. vor dem Amtsgericht Langen zu zwei Wochen Jugendarrest ohne Bewährung verurteilt.

( siehe Aktion Nr. 34, Seite 23 )

Am 25.4. fand im Landgericht Darmstadt der Berufungsprozeß statt.

Richter Staiger bot schon Tage vor dem Prozeßtermin dem Anwalt der Angeklagten einen "Kuh-Handel" an; das heißt die Angeklagte solle die Tat gestehen,dann gäbe es so ca. 20 Arbeitsstunden und es müßten nicht alle 5 Zeugen wieder vernommen werden. Falls sie die Berufung durchziehen wolle, würde es entweder einen Freispruch geben, oder das alte Urteil würde bestätigt werden, und letzteres wäre doch auch nicht in ihrem Sinne. Und überhaupt würde ihm soviel Öffentlichkeit garnicht gefallen, er habe aus irgendwelchen Quellen erfahren, daß zu dem Prozeß wohl recht viele Leute kämen.

Der gleiche Deal wurde zu Beginn des Prozesses von der Angeklagten noch einmal abgelehnt.

Ganz am Anfang des Prozesses hatte der Richter Gelegenheit, seine Geschichtskenntnisse zu dokumentieren. Das Publikum stand erst nach Aufforderung auf und nach seiner Androhung, den Saal räumen zu lassen. Und das mit dem alten Teufelzitat:
" Ja, wenns der Wahrheitsfindung dient."
Richter Steiger bemerkte: "Die Zeiten von Fritz Teufel sind vorbei." Jedenfalls war klar, daß ihm soviel Öffentlichkeit überhaupt nicht gefiel und schon garnicht, daß das Publikum mehrfach nicht bereit war, das übliche Untertanentheater ( aufstehen - setzen ) mitzumachen. Die Zeugen wurden wieder alle vernommen. Die im ersten Prozeß so sicher wirkenden, offensichtlich gut abgesprochenen Bullenzeugen, wirkten diesmal schon um einiges unsicherer; es kam zu Widersprüchen. Der Anwalt der Angeklagten ging nun ein kleines bißchen forscher vor, fragte auch einmal genauer nach, und außerdem saßen im vollen Gerichtssaal noch 30 mißtrauische ZuhörerInnen. Bei der angeblichen Beleidigung vor dem Gerichtsgebäude war der Abstand von Angeklagter und Cops nach Ansicht des "beleidigten" Bullen 2-5m, nach Ansicht des Zeugen 1-2m. Zitat Richter Staiger: " Das sind keine Widersprüche, das überschneidet sich ja." Auch

was den Lärmpegel der Umgebungsgeräusche im Verhältnis zu der Lautstärke der Beleidigung anging, bestand die Übereinstimmung bei den Bullenaussagen nur darin, daß sie dieses Wort verstanden haben. Zur Situation im Gerichtssaal sagte der andere Bullenzeuge aus, die Angeklagte habe zu ihrer Begleiterin gesagt: "Da ist das Scheiß - Bullenschwein, das mich mal festgenommen hat", im Protokoll der ersten Instanz hieß der Satz noch: "der Bulle, der mich mal festgenommen hat." Die beiden Zeuginnen, die auf dem besagten Sare - Prozeß die Angeklagte begleiteten, hatten, obwohl sie sich in direkter Nähe zu dieser befanden, von den angeblichen Beleidigungen nichts gehört. Der Anwalt forderte logischerweise Freispruch. Staatsanwalt Balß konstruierte zusammen, daß sich die Aussagen garnicht widersprächen, sah die "Schuld" als voll erwiesen an und forderte 2 Tage Freizeitarrest. Das sei auch keine Strafe, sondern eine Erziehungsmaßnahme. Der Sozialheini von der Jugendgerichtshilfe half noch mit, den achso aufmüpfigen Charakter der Angeklagten und ihr Mißtrauen in staatliche Institutionen zu dokumentieren. Und so lautete das Urteil auf 20 Arbeitsstunden plus Verwarnung. Kein Zufall, daß die Angeklagte - war sie doch eine alte Startbahnbekannte des "geschädigten" Bullen - wegen einer, von ihm zusammengelogenen Beleidigungsgeschichte in letzter Instanz wieder verurteilt wurde. Der Prozeß folgte den üblichen Prinzipien: Die Bullenaussagen wiegen alles andere auf. Es wird versucht, den Charakter der Angeklagten aufzuzeigen; ihr werden z.B. Reifedefizite bescheinigt. Orginalton Akte: "Die Angeklagte geht auf viele Demonstrationen und bewegt sich in militanten Gruppen...". Bestraft wird nicht ihre angebliche Tat, sondern ihre unbequeme Gesinnung! Wieder wurde - wie schon im letzten Prozeß - das widerspenstige Publikum dazu herangezogen,

HAHA, HIER HAT EINER DEN ANTRAG GESTELLT AUS DER DATEI GELÖSCHT ZU WERDEN! HIHI, DAS WIRD NATÜRLICH GESPEICHERT!

der Angeklagten ihren schlechten "Umgang" zu beweisen, und taucht in der Urteilsbegründung als Mitgrund, bzw. Rechtfertigung für die Verurteilung auf.

Und darum, weils so schön paßt und außerdem jegliche weitere Erklärung überflüssig macht, noch einmal ein Zitat aus der FAZ vom 26.06.81: "Es geht darum, daß der Staat die Autorität des Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht, auch zum Gewaltmonopol wahrt. Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos streiten läßt... . Die Macht kann uch Zustimmung zum Recht erzwingen."

KEINE MACHT FÜR NIEMAND !




Wegen der Räumung des besetzten Hauses in der Karlstraße 111 im letzten Oktober stehen noch einige andere Prozeße an. Unter anderem wegen angeblicher Beleidigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Außerdem wird versucht, einem Demonstranten und Antifaschisten einen Prozeß wegen §86a reinzudrücken. (Verbreitung von faschistischen Symbolen und Grußformen) Er hat angeblich die beim Räumungseinsatz herannahenden Bullen mit dem sogenannten Hitlergruß begrüßt. Die neuesten Infos und Termine gibts bei Bekanntwerden in der AKTION.

## In eigener SACHE:

Ab sofort gibt es für den Regionalteil Darmstadt eine aktuelle Beilage. In ihr sollen Berichte und Termine Platz finden,die im regulären Regionalteil aus Zeitmangel keinen Platz mehr gefunden hätten; oder aber Themen,die nur für Darmstadt interessant sind.

Die aktuelle Beilage liegt nur den AKTIONEN bei,die in Darmstadt verkauft werden.
Wer sie trotzdem haben will,kann sie bei der Regionalredaktion Darmstadt bestellen.
Frankierten Rückumschlag senden an:
Postlagerkarte:010093 B 6100 Darmstadt.

# FÜR DEN AN-ARCH-ISMUS




**Straßenschlachten zur Verteidigung besetzter Häuser, Kampagnen gegen IWF, Gentechnologie und Volkszählung, anarchistische Gewerkschaften und autonome Klassenkämpfer, was haben sie uns gebracht? Zu viele haben sich verschlissen im täglichen Radikalismus. Ist Revolution für uns noch eine Perspektive? Wenn ja, welche Ziele haben wir, und wie setzen wir sie um? Ist die Lösung eine offensive anarchistische Organisierung? Wir werden sehen!**

Die Spuren der Besiegten sind deutlich und zahlreich. Unsere Niederlagen gehören zur besten Sorte, ohne Zweifel. Wir wollen nun aber weder historische Ausflüchte machen, noch ideologische Tranquilizer verabreichen. Es geht ganz schlicht um die Organisierung der Befreiung.

Die letzten zwanzig Jahre haben wir an vielen Fronten erlebt, in zahllosen Demos, auf manchen Barrikaden, an den Betonmauern, vor den Knästen und Kasernen, in besetzten Häusern und Fabriken. Wir haben angeschrien gegen mörderische Kriege und die weltweite Ausbeutung. Und da schreien allein nicht hilft, da reden im Sturm nicht gehört wird, da unsere Zeitungen und Flugblätter gegen die tägliche Lügenflut der Medien nicht ankommen, haben wir den Gegner direkt angegriffen, mit Mollis, mit Steinen, manchmal mit schärferem noch. Wir schauen uns um, heute, und fordern dazu auf: HausbesetzerInnen, kommt heraus aus den Festungen. JobberInnen, verlaßt die Sklavenhändler. GewerkschafterInnen, verbrennt eure Mitgliedsbücher. StartbahnfighterInnen, heraus aus dem Wald. Anti-AKW-fighterInnen, legt für einen Augenblick die Säge aus der Hand. Punks, Streetgangs, Pogos und Autonome, wir fordern euch auf, den nächsten Schritt nach rückwärts zu tun! Raus aus der ganzen Scheiße!

"Du kämpftst nicht mehr gegen, sondern für etwas. (...) Von jetzt an setzt du das, (..) in die Tat um. Die Bewohner eines Stadtteils organisieren sich; sie gründen eine Kindertagesstätte, wo die Kinder essen, spielen; sie helfen sich gegenseitig bei den Haushaltspflichten, weigern sich gemeinsam, überhöhte Mieten und Nebenkosten zu zahlen, nehmen sich gemeinsam juristischer Fragen an, organisieren Sammeltransporte zur Arbeitsstelle, Sammelbestellung des Werkzeugs. In der Fabrik organisieren die Arbeiter ihre Arbeitszeit selbst (...) und lehnen es ab, etwas zu produzieren, was ihnen unnötig erscheint."(1)

Jahrelang haben wir uns eingemischt und verschlissen. Für was? Für wen? Jetzt müssen wir darüber reden und ernsthaft nachdenken, was unsere wirklichen Ziele sind und wie wir sie erreichen wollen. Wir fordern euch auf zum großen anarchistischen Palawer! Die Organisierungsdebatte. Wie schaffen wir die gesellschaftlich-politische Grundlage für eine befreite Gesellschaft? In unseren Köpfen und Zeitungen gibt es da eine Unzahl von teils unzusammenhängenden bruchstückhaften Begriffen. Da poltert es vom revolutionären Kampf, von Sabotage und RZ. Da wird die Randale im Kietz gefeiert, ist viel von Barris, Zwillen und Gewaltp[illegible]iser zu lesen. Die Spirale der symbolischen Scheinkämpfe muß gestoppt werden. Bereiten wir einen wirklichen Angriff vor!

Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, einmal bessere Zeiten zu erleben. Der Gedanke an Umsturz läßt uns nicht romantisch verklärt in ferne Zeiten und Länder blicken. Organisieren heißt, eine gesellschaftliche und politische Basis für die Revolution zu schaffen. Das erreichen wir durch die Schaffung von Bewußtsein bei uns selbst und durch Agitation und Propaganda in der ganzen Gesellschaft.





Ja, ja! Agitation! Das ist Aufklärung, Entlarvung, Verhöhnung und Verunglimpfung des Staates, Protest, Geschrei, Demonstrationen, Flugblätter, Zeitungen, fetzige Reden, schrille Musik, Gedichte und Steine! Agitation, das ist die Propaganda der Tat, das Gespräch mit dem Nachbarn. Daß wir radikal sind, darf nicht allein an Äußerlichkeiten festgemacht werden. Das schwarze Leder, die schweren Stiefel, das ganze Autonomen-Outfit ist doch all zu oft nur das Revoluzzerkostüm für eine befristete Nebenrolle. Hören wir auf, eine Rolle zu spielen in diesem Schmierentheater.

Bewußtseinsbildung, was für ein Spießerwort! Klar. Aber das ist es! Es geht um die Köpfe und Herzen der Menschen. Die Organisierung darf nicht der tausendste Aufguß des dünnflüssigen Volksfronttes sein. Die Suppe muß gepfeffert und kochendheiß sein. Was sind denn schon unsere befreiten Gebiete, die besetzten Häuser, die Infoläden und Cafes? Der Kietz! Das geliebte ArbeiterInnenquartier! Die Stadtteilguerilla ist eine Haluzination der Schwäche.

Die Agitation muß die herrschende Ideologie der Massen aufbrechen. Der Westdeutsche will seine monatliche Kohle, sein Auto in der Garage, nen gefüllten Kühlschrank, das Häuschen im Grünen, zwei Kinder und ne richtige Hausfrau. Er schert sich einen Dreck um den Golfkrieg oder Tschernobyl, pennt täglich bei der Tageschau ein und hofft, daß die da oben das schon richten werden. Die Leute haben heute mehr zu verlieren als ihre Ketten. Und noch funktioniert das politische Imunsystem in der BRD.

Oportunistisch, verantwortungsscheu, privatistisch und bis auf die Knochen unpolitisch. Das ist des deutschen Spießer Wunderhorn. Und zugleich die wirkliche Betonmauer für radikale Bewegungen, die gefährlichste Bedrohung neben dem Staat, die härteste Probe für den revolutionären Widerstand.

Das herrschende Massenbewußtsein ist geprägt von Konsumismus, Staats- und Gesetzestreue, Obrigkeitsdenken, Privatismus und politischer Verantwortungslosigkeit.

Wie kann diese Gruselkammer aus Pflichtgefühl, Angst und Dummheit aufgebrochen werden? Die Chancen stehen besser, als wir glauben wollen. Wir haben einen mächtigen Verbündeteten. Das Scheiß System selbst! Es untergräbt täglich mit wachsender Energie die Grundpfeiler des Alltagsbewußtseins. Es verunsichert, belügt, verletzt, und verarscht die Leute. Das System erschüttert das Obrigkeitsdenken durch korrupte, verlogene, machtgeile und stümperhafte Repräsentanten wie Barschel, Kohl, Zimmermann oder Wörner.

Das System zerstört ideologische Werte wie "Familie", löst das Christentum in nichts auf durch Kapitalisierung des Alltags, Vernichtung der "Schöpfung", durch die Forcierung der Gentechnologie oder der Atomindustrie.




Sie predigen Arbeitsamkeit, Fleiß und Disziplin und werfen gleichzeitig immer mehr Menschen auf den Arbeitslosenmüll. Sie beklagen das Anspruchsdenken und fordern "den Gürtel enger zu schnallen und betreiben dennoch einen Riesenaufwand an Werbung und Marktschreierei, um den Massenkonsum anzuheizen.

Das System zerstört den Nationalismus, weil die Wirtschaft der BRD wie keine andere auf absolute Weltmarktintegration drängt und obendrein die CDU-Regierung regelmäßig vor dem

"Werden in einer antagonistischen Gesellschaft die Massen von der Richtigkeit des Satzes überzeugt, daß 'der Staat wir sind', so ist von den Menschen kein Unheil mehr zu erwarten. Die Manipulation ist vollendet."(2)

Doch wer glaubt heute angesichts der "gekauften Republik" durch Flick und Andere, angesichts des Filzes von Atommafia und Staatsbürokratie, angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und regierender Nullen noch daran, daß "der Staat wir seien"?

Die Herrschenden selbst mißtrauen ihrem Volk, als lebten sie im Feindesland. Die Aufrüstung des Sicherheitsapparates, Erfassung und Kontrolle der gesamten Republik, das alles ist mit der Handvoll SystemgegnerInnen kaum zu rechtfertigen.

"Nicht Presse und Börse, sondern die Maßnahmen der Polizei verraten den wahren Zustand in einem Staat, seine Stärke oder Schwäche, Kriegsnähe oder Kriegsferne."(3)

An den gesellschaftlichen Bruchstellen muß eine revolutionäre Bewußtseinsbildung ansetzen. Der Kampf gegen den Faschismus gewinnt hier seine eigentliche Bedeutung. Denn allgemeine Verunsicherung im Zusammenleben und im Alltagsbewußtsein, soziale und ökonomische Krisen lassen immer wieder die einfachen, autoritären Lösungen gedeihen.

Aber was ist zu tun? Auf verschiedenen Ebenen und von unterschiedlichen Gruppen werden Infoläden betrieben, autonome Stadteilinitiativen, Hausbesetzungen, werden Zeitungen hergestellt und Veranstaltungen gemacht. Vielleicht sollten wir gezielt eingreifen, um die gesellschaftliche Situation zu verschärfen, Widersprüche zu vertiefen, Unzufriedenheit schüren, Enttäuschung und Wut anheizen. Und fast möchten wir der fettleibigen deutschen Fernsehnation entgegenkotzen: Schüttet noch mehr Gifte in den Gulli und auf den Acker. Holzt erbarmungslos die dahinsiechenden Wälder ab. Betoniert die Städte mit eiskalt funkelnden Hochhauspalästen. Gebt den Kapitalisten freie Hand und laßt sie eine Fabrik nach der anderen stillegen. Rauf mit den Arbeitslosenzahlen! Weg mit dem Bafög, dem Wohngeld und runter mit der Sozialhilfe! Vorwärts mit der Verödung des Ruhrgebiets und der Gettoisierung ganzer Stadtviertel!



Aus Verelendung und Not wird dann der soziale Sprengstoff entstehen, der das System auseinanderbricht! Setzt die korruptesten, raffgierigsten, unfähigsten Politiker auf die Regierungsbänke. Schlagen wir sie mit ihren eigenen Waffen! Ist es so einfach?

Was aber ist revolutionäres Bewußtsein? Es ist im Kern die konkrete Vorstellung von einer Gesellschaft nach der Revolution.

"Es steht fest, daß die Haltung, die wir gegenüber einer sich anbahnenden Zukunft einnehmen, dazu beiträgt, diese auch zu schaffen."(4)

Revolutionäres Bewußtsein ist die bewußte Wahrnehmung der tatsächlichen Unterdrückung heute, der eigenen und der gesellschaftlichen. Du verstehst dich und deine Lage, weißt, wie du zu dem geworden, was du heute bist. Du kennst deine Wünsche und Träume und du kennst die Umstände, Mächte und Barrieren, die dich daran hindern, sie zu verwirklichen.

Doch eine umfassende Analyse der herrschenden Verhältnisse reicht noch nicht. Die feste Überzeugung ist nötig, daß jede Gesellschaft, historisch und politisch verschiedene Wege in sich trägt, ihre Negation hinter der gesellschaftlichen Normalität verbirgt. Die befreite Gesellschaft ist möglich. Denn selbst der Kapitalismus dauert nicht ewig. Kurz und gut. Das revolutionäre Bewußtsein drängt zur Tat, bleibt nicht stehen bei der Analyse, sondern entwickelt den festen Willen zur Zerschlagung des heutigen Ausbeutungssystems.

Zu Beginn dieses Artikels stellten wir die Frage nach den Bedingungen für einen Umsturz und schlugen vor, eine politische und gesellschaftliche Organisierung mit diesem Ziel zu forcieren. Organisierung heißt für uns einen ersten Schritt heraus aus der Vereinzellung, heraus aus der aufgezwungen individuellen und isolierten Lebenssituation hin zu einer kollektiven Lebensweise. Ganz schlicht in der Nachbarschaft, im "revolutionären Alltag", im Wohnbereich, i . Stadtteil soziale Verbindungen aufbauen. Die Isolation von Kleingruppen und Einzeldasein muß aufgebrochen werden. Unser Kampf muß im sozialen, gesellschaftlichen und politischen Bereich Kollektivität und Solidarität entfalten.

"Der Unterschied zwischen Sozialisten und Anarchisten kommt nicht nur in gegensätzlichen Theorien zum Vorschein, sondern auch in gegensätzlichen Formen von Organisation und Praxis. Ich habe bereits angemerkt, daß Sozialisten sich in hierarchischen Organisationen zusammenschließen. Im Gegensatz dazu gründen Anarchisten ihre organisatorischen Strukturen auf die 'Affinitätsgruppe' - einem Kollektiv enger Freunde, die sich um ihre zwischenmenschlichen Beziehungen nicht weniger kümmern als um ihre gesellschaftlichen Ziele. Das anarchistische Organisationsmodell überwindet die herkömmliche Trennung zwischen der Psyche des Individuums und der Gesellschaft. Sollte sich die Notwendigkeit dazu ergeben, so hindert die Affinitätsgruppen nichts daran, sich miteinander zu durchaus großen Bewegungen zu koordinieren. (...) In einer solchen Organisation hat Praxis eine befreiende Wirkung - sowohl im persönlichen als auch im gesellschaftlichen Bereich. Der Charakter der Gruppe ermutigt den Revolutionär, sich selbst zu revolutionieren."(5)

Doch unser Kampf ist kein heiliger Krieg für abstruse Ideen, Moral oder Ideale. Wir kämpfen für unsere Befreiung. Wir leben heute und opfern uns nicht auf für ein goldenes Zeitalter in der Zukunft. Wer gegen die Herrschaft, die Chefs, Lehrer, Spießer, Polizei, Soldaten und Richter kämpft, seine eigenen Interessen verteidigt und durchsetzt, wirkt damit immer auch als Beispiel, als lebende Propaganda des praktischen Widerstands.



"Die Front entsteht als kämpfende Bewegung!" Entkleiden wir diese Demoparole ihres militaristisc'. n Pathos, so zeigt sich uns das richtige daran, nämlich, daß in einer radikalen Praxis, im "Kampf", in der "Militanz" ein wechselseitiges Verhältnis entsteht, in welchem wir unser Bewußtsein und unser Verständnis von der Gesellschaft radikalisieren und die Herausbildung einer systemfeindlichen Bewegung vorantreiben.

Du brauchst die Aktion, die beweist, daß du handeln kannst, dich wehren, etwas erreichen kannst. Du brauchst den persönlichen Bezug in deinem Alltag, zu deinen Nachbarn, im Betrieb, im Stadtteil, auf der Straße. Du mußt als Mensch, sozial und politisch konkret sein, lebendig, alltäglich, erkennbar. Du brauchst die Theorie, die den *Zusammenhang herstellt zum Ziel* einer befreiten Gesellschaft.

"Wer Organisation sagt, sagt Oligarchie: die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden."(6)

Wir kennen eine Unzahl von Organisationen, vom Kleintierzüchterverein bis zur SPD-Ortsgruppe, wo stets hierarchische Strukturen vorherrschen. AnarchistInnen mit ihrem ausgeprägten Sinn gegen Autorität haben Organisationen oft gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Dennoch arbeiteten viele AnarchistInnen in Institutionen und politischen Organisationen mit, wie im DGB, sogar in der SPD oder als Staatsangestellte. Doch Organisierung ist nicht gleich der Aufbau einer autoritären Kampforganisation.

"Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklassen und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen."(7)

Mao tse Tung hatte es einfach. Er glaubte an Marx und die revolutionäre Partei. AnarchistInnen bekämpfen alle Parteien, egal ob marxistisch oder christdemokratisch. Aber ohne verbindliche Formen der Organisierung werden die "freischwebenden" Kräfte oft durch andere scheinbar effektiver arbeitende Gruppen, Strömungen aufgesogen. Wenn der verbindende und festigende Faktor einer politischen Organisierung fehlt, fallen viele einst Aktive zurück in Passivität, werden vom "Beruf", von bürgerichen Institutionen und der gesellschaftlichen Normalität geschluckt.

Die Organisierung des Kampfes verträgt keine Stellvertreter, keine avantgardistische Speerspitze, keine revolutionären Führer. Es gibt keine Partei, kein Zentralkomitee, keinen Vorstand und keine Parteilinie. Du bestimmst dein Handeln selbst und bist in jeder Phase des Kampfes für dich und dein Kollektiv verantwortlich.

Es gibt einige praktische Ansätze anarchistischer Organisierung. Da sind jene Gruppen und politischen Projekte, die sich offensiv als anarchistisch darstellen, wie die Föderation anarchistischer SchülerInnen und StudentInnenGruppen, das Pulverfass. In zahlreichen Städten der BRD gibt es Pulverfass-Gruppen, die sich regelmäßig bundesweit treffen, zu verschiedenen politischen Themen aktiv werden und einen Inforundbrief herausgeben. Es gibt weder eine formelle Mitgliedschaft, noch einen Vorstand oder irgendwelche Funktionäre.

Diesem Ansatz ähnlich, aber thematisch allgemeiner, sind die anarchistischen Föderationen. Davon gab oder gibt? es eine in Südbayern, hoch oben im Norden und im Ruhrpott. Falls wir jemanden übersehen haben, bitten wir um Entschuldigung. Die Föderationen sind regional ausgerichtet, halten regelmäßige Treffen ab, organisieren *gemeinsame Aktionen, Demos, verbreiten* Informationen und koordinieren ihre inhaltiche Arbeit. Eine große bundesweite Föderation ist bei einigen kläglichen Versuchen bisher nicht entstanden.

Seit über zehn Jahren existiert die Freie Arbeiter Union, eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft. Sie hat mehrere Ortsgruppen, gibt die Zeitschrift "direkte Aktion" heraus, koordiniert sich über ein bundesweit wirkendes Nationalkomitee, versammelt sich jedes Jahr zu Pfingstn zum großen Kongreß. Der politische Ansatz der "Union" ist der Anarchosyndikalismus, der über Streiks, Betriebsarbeit, direkte Aktionen die Gesellschaft verändern will. Als revolutionäres Subjekt gilt die Arbeiterklasse. Als Anarchistischer Wurmfortsatz der Arbeiterbewegung, trägt der Anarchosyndikalismus besonders schwer an seiner zehnjährigen Bedeutungslosigkeit.

Es gibt außerdem organisatorische Ansätze, die sich nicht anarchistisch nennen, aber in denen AnarchistInnen mitarbeiten und die zumindest "libertäre" Organisationsformen aufweisen. Dazu gehören einige Bürgerinitativen, Infoläden, Libertäre Zentren, JobberInnenInitiativen.

Als Beispiel einer regional verankerten und politisch heterogenen Bewegung gilt die Startbahnbewegung. Seit Jahren kämpfen bürgerliche, Müslis, militante, alte und junge Menschen gegen den Moloch Flughafen. Es gibt die Vollversammlung, das Delegiertentreffen, das BI-Info, den Sonntagsspaziergang und lokale Gruppen.

Das Libertäre Zentrum in Frankfurt ist in seiner dreijährigen Existenz Anlaufpunkt für verschiedene linksradikale Gruppen. JobberInnen, Antifa, VolkszählungsboykotteurInnen, AnarchosyndikalistInnen, autonome Frauen, Autonome, ZeitungsmacherInnen haben diesen Ort für ihre praktische Arbeit genutzt.

In all diesen Ansätzen wurden Erfahrungen gesammelt. Leider hat der graue Alltag vieles wieder verschüttet, Verbindungen untereinander wie politische Inhalte. Gerade auch deshalb ist eine Auseinandersetzung über gemeinsame Perspektiven so dringend.

"Das Ziel unserer Assoziation ist, die Massen dazu zu treiben, tabula rasa (reinen Tisch) zu machen, damit die Land- und industrielle Bevölkerung sich nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Solidarität reorganisieren und föderieren kann, von unten nach oben, spontan, frei, außerhalb jeder offiziellen, reaktionären oder selbst sogenannt revolutionären Bevormundung."(8)

Es kommt also darauf an, keine aufgesetzten Strukturen zu schaffen, sich z. B. ohne das Vorhandensein einer tragenden politischen Basis "bundesweit" zu vereinen. Zunächst muß die regionale Verankerung forciert werden, die Radikalisierung vor Ort, die Verbindung in der Stadt. Es darf nicht wieder zu einer Reduzierung des Kampfes auf "Teilbereiche" wie Anti-Atom, Volkszählung, Friedensbewegung kommen. Auch die Verengung aller Kämpfe auf einen dauernden Klassenkampf widerspricht anarchistischen Überlegungen. Es geht nicht nur um die Interessen einer Klass, sondern um die Befreiung aller Menschen, die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung, von Unterdrückung und jeglicher Autorität. Ziel ist die Befreiung weißer und schwarzer Menschen, der Männer und Frauen, der Kinder und Jugendlichen.

Gelingt es den AnarchisInnen nicht, anti-autoritäre Ideen und Prinzipien durch Agitation, durch aktives Handeln und Aufklärung in der Gesellschaft zu verbreiten, so wird weder ein kapitalistischer Zusammenbruch, noch eine irgendwie kommende Revolution die Emanzipation aller Menschen voranbringen.

**Kirk - Casoni - Störtebeker**


Zitate:
(1) J.P. Sartre: "Der Intellektuelle als Revolutionär" (1976, s. 138)
(2) Agnoli/Brückner: Die Transformation der Demokratie (169, s. 47)
(3) Karl Otten: "Wurzeln" (1973, s.35)
(4) Simone de Beauvoir: "Auge um Auge" (1987, s. 16)
(5) Murray Bookchin: "Die Formen der Freiheit" (1977, s. 18/19)
(6) Urs Jaeggi: "Kapital und Arbeit in der BRD" (1977, s. 136)
(7) Mao tse Tung
(8) Michail Bakunin




# schwarzes Brett (brd)

## Keine Lohnerhöhung: Chef samt Villa in die Luft gejagt!

...eur bastelte Bombe selbst ● Bei Lohnverhandlungen gezündet



### "Wir fordern das Tieffluggebiet Wackersdorf! Einstürzende Eingangslager"

Dies war der einzige Spruch, der Ostern, kurz nach den zwei Flugzeugabstürzen in der Nähe von Atomanlagen, an den WAA-Mauern zu finden war. Ansonsten hatten sie ein einheitliches, abschreckend-deprimierendes Grau. Es waren zwar Ostersonntag/-montag einige tausend Menschen am Bauzaun, aber nichts erinnerte an die Auseinandersetzungen vor zwei Jahren. Bullen stehen innerhalb und außerhalb des Zauns, manche den "Dialog" suchend (und immer noch "findend"!).
So nebenbei erfährt mensch, daß das Anti-WAA-Büro Schwandorf umgezogen ist:
Klosterstraße 2, PF 11 45, 8460 Schwandorf, Tel. 09431/1029.

### Arthur hält's Maul! — und Du?

Oberpfalz. Nach dem letzten großen Anschlag in Zusammenhang mit dem Bau der WAA in Wackersdorf, dem Brandanschlag auf die elektrische Schaltanlage eines Betonwerkes am 29. 9. 1987, sind zwischen Oktober und Dezember schätzungsweise 100 Leute richterlich, vereinzelt polizeilich, als Zeugen vorgeladen worden. Zum überwiegenden Teil handelte es sich um "Bürgerliche" und nur zwei von ihnen machten von ihrem Recht auf Aussageverweigerung wegen möglicher Selbstbelastung Gebrauch! (Zur Erinnerung: Der Anschlag geschah aus einer größeren Gruppe von ca. 100 Spaziergängern heraus.) Koordination gab es bei den übrigen 99 Zeugen nicht. Der Fahndungserfolg fehlt den Bullen und Staatsanwälten glücklicherweise trotzdem noch.

### AAU zu Grabe getragen
### Es lebe die M.a.F.i.A.!

München. Die Anarchistische Arbeiter-Union, AAU, hat sich freiwillig aufgelöst. Sie hatte sich vor über dreieinhalb Jahren von der FAU/IAA (Anarchosyndikalisten) abgespalten (je nach Darstellung auch: wurde abgespalten). Sie
* wollten sich nicht nur "gewerkschaftlich" betätigen,
* wollten für die soziale Revolution kämpfen und nicht in erster Linie für eine Organisation und
* wollten mit anderen "RevolutionärInnen", wie z. B. der Volksfront (= Wahlparteien) zusammenarbeiten.

Nach einem kurzen Aufschwung gab es die erste personelle und konzeptionelle Krise. Schließlich bildete sich in München die Münchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen, M.a.F.i.A., in die auch AAU-Leute einstiegen. Diese sehen nun die M.a.F.i.A. (welch furchtbare Abkürzung, erinnert stark an jene Drei-Punkte-Partei — d.T.) als Weiterentwicklung der AAU.
Kontakt: M.a.F.i.A, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 80, Tel. 089/4 48 96 38

### Entwicklungspolitische Aktionsgruppen

"Gegen die Macht des Geldes..." findet vom 2.-5. 6. in Frankfurt der 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen statt. Thema sind u. a. Aktionen zur IWF/-Weltbank-Tagung in Westberlin, September 1988. Kontakt: Bundeskongreß entw.-pol. Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56.

### Streik — noch immer eine Waffe

Systemsprengend waren die konkreten Forderungen der 3 000 ArbeiterInnen und Angestellten der Bundesdruckerei (noch?) nicht, aber sie brachten als Nebeneffekt den Sicherheitsfanatikern in diesem Sicherheitsstaat eine Schlappe bei, erreichten als Nebeneffekt die Wiedereinführung der "handbetriebenen" Reisepässe. Die Beschäftigten demonstrierten damit praxisnah die reale Macht der ProduzentInnen. Wie wird sich diese Macht erst auswirken, wenn bei Daimler keine Wasserwerfer mehr, bei MBB keine Panzer, bei der Degesch kein Giftgas mehr produziert wird?
Nur ein Traum?

**ANZEIGE** der Indianerkommune

Wer hat Lust mitzukommen? Wir trampen im Sommer nach Portugal zum Kinderrechtetreffen. PF 81 03 61, Nürnberg.



### Infoladen und Cafe

Bonnz. Pünktlich zum Internationalen Kampftag der ArbeiterInnen (wenn er doch wenigstens mal dazu genutzt würde) wurde in Bonn ein Infoladen mit Cafe eröffnet. Aus der Selbstdarstellung: "Wir sind AntifaschistInnen, autonome AKW-GegnerInnen, antiimperialistische InternationalistInnen und einiges mehr. Eigentlich aber wollen wir uns nicht in 'Schubladen' packen lassen. ... Wir wissen, daß es verschiedene Vorstellungen und Analysen gibt über die Situation hier und den Weg zur Revolution. Wir begreifen diese verschiedenen Vorstellungen als Ausdruck einer komplexen gesellschaftlichen Realität und wollen, daß eine solidarische und produktive Auseinandersetzung geführt wird, die zum gemeinsamen Kampf um Befreiung gegen Staat, Patriarchat, Kapital und Imperialismus wird." Wer genaueres wissen will, muß selbst vorbeischauen:
Wolfstraße 10, Hinterhof, Bonn; Di + Do 17-20 h, Sa 14-18 h.

### Nochmal Arthur

Fulda (Stattanzeiger). Nachdem die Bullen etc. in Frankfurt langsam an Granit ihre Zähne stumpfbeißen, in den Ermittlungen um den 2. 11. 1988 aber nicht mehr weiter kommen, betätigen sie sich nunmehr in der "Provinz". Konkret bekannt ist uns, daß "Herren des Morgen-Grauens" in Fulda auftauchten. Auch in der "Provinz" gilt die Devise: "Arthur hält's Maul!"

### Wege zur Totalverweigerung

Er hat den Instanzenweg durch, bis zum Bundesverwaltungsgericht, und wurde nicht anerkannt: Gunar Seitz begründete als erster in der BRD seinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung mit einer prinzipiellen Technikkritik und den ökologischen Schäden, die das Militär anrichtet. Seine Feststellung: "Das Militär führt Krieg im Frieden: Krieg gegen die Natur" (z. B. Manöver, Tiefflug, Landraub, Ressourcenverbrauch). Normalerweise wäre dies alles nicht sonderlich erwähnenswert — nur, Gunar erhielt jetzt vom Kreiswehrersatzamt Kassel den Bescheid, daß er nicht mehr mit einer Einberufung zu rechnen habe. Möglicherweise hat die Bundeswehr generell Angst um eine Auseinandersetzung mit ökologischer Verweigerungsargumentation und diese Schiene ist im Moment noch eine derjenigen, die an den Kasernen und Arbeitsplätzen für Zivildienstleistende vorbeiführt.
Weitere Informationen: Gunar Seitz, Riedmühle 1, 6445 Alheim, Tel. 05664/87 40.

schwarzes Brett (brd)

### Knast Weiterstadt

Darmstadt. Einer der modernsten Gefängnisbauten in der BRD, unter Einbeziehung aller psycho-"Erkenntnisse" entsteht derzeit in Darmstadt-Weiterstadt (AKTION berichtete mehrfach). Noch dieses Jahr sollen dort die ersten Häftlinge eingewiesen werden. Auch an Weiterstadt sind Menschen beteiligt, z. B. Architekten. Der Knast Weiterstadt wird von dem Architekturbüro "Forum" betreut, den Herren Dr. Schaedel, W. Ehrden, Kühn und Dirkes in der Goethestraße 2/a/b, Darmstadt. Dort befinden sich ihr Büro und auch ihre Wohnungen und dort wurden sie in den vergangenen Wochen von Leuten, die "für eine Gesellschaft ohne Knäste" sind, aufgesucht. Obwohl diese Leute den Architekten gerne "etwas Feuer unterm Arsch" gemacht hätten, verteilten sie mit Rücksicht auf die Situation (Wohnhaus) nur den Inhalt eines 12-kg-Feuerlöschers in deren Büro.
Ebenfalls beteiligt am Knast sind die überregional arbeitenden Baufirmen Bilfinger und Berger sowie STRABAG.

### Libertäres Zeltlager

Die libertäre Ini in Tübingen plant vom 14.-20. 7 ein libertäres Zeltlager. Inhaltlicher Schwerpunkt soll eine Auf- und Nacharbeitung der Libertären Tage 1987 (Frankfurt) werden ("Der tägliche Krampf, Frauenbewegung, innere Sicherheit, Parlamentarismuskritik, Ökonomologie, usw."). Die vorbereitende fünfer-Gruppe kann aber nur einzelne Diskussionen aus dem Reader vorbereiten, die technische Seite ist noch nicht ganz ungeklärt. "Und das Happening soll ja trotz allem nicht zu kurz kommen." Meldungen, von wegen Interesse, sind umgehend erwünscht. Kontakt: Ulf Allmendinger, Domäne Ammenhof, 7400 Tübingen.

### In eigener Sache

Haben wir was falsch gemacht? Die Arbeitsgemeinschaft öffentlich rechtlicher Rundfunkanstalten (besser unter ARD bekannt) nimmt uns, die "REDAKTION 'AKTION' ANARCHISTISCHES MAGAZIN" plötzlich ernst und – schickt uns seit neuestem ihre zweimonatige Programmvorschau (ARD-Magazin), die den Redaktionen das Schreiben ihrer Fernseh-Texte abnehmen soll. Wir ersparen **Euch** ihren Inhalt – von Sport ("Geld ist Nebensache") bis "Man spricht deutsh". Hoffentlich verschont **uns** die ARD auch bald wieder.

### Deutsch-französische Zusammenarbeit

(Politische Berichte). Die Kollaboration ist schon wieder in vollem Gange. Bereits wenige Monate nach Amtsantritt des gaullistischen Innenministers Pasqua unterzeichneten das Bonner und das Pariser Innenministerium ein Abkommen, das die Zusammenarbeit beider Staaten "in allen Bereichen der Inneren Sicherheit" koordinieren und verbessern soll. "Um den grenzüberschreitenden Terrorismus und andere Kriminalitätsformen noch wirksamer bekämpfen zu können", werden Verbindungsbeamte ausgetauscht.
Gegenseitig werden Fahndungsplakate aufgehängt – unter Berufung auf die Nazizeit war dies bisher von der französischen Regierung abgelehnt worden. Bereits in zwei Fällen sind Gesuchte daraufhin gegenseitig festgenommen worden.
Inzwischen werden in Paris die ersten "fälschungssicheren" Personalausweise ausgegeben. Mit diesen geht Pasqua noch mehrere Schritte weiter als Zimmermann – sie sind nicht nur **auch** maschinenlesbar, das eingelassene Code-Band ist gar **nur** maschinenlesbar und vom Ausweisträger überhaupt nicht! Außerdem werden den Antragstellern auch gleich die Fingerabdrücke genommen und zentral gespeichert (wie vorsintflutlich, es gibt doch längst die Gen-Analyse). Ladeninhaber und Banken sollen mit Lesegeräten für den Ausweis ausgestattet werden. Über Datenendgeräte sollen zukünftig die Polizeien der beiden Länder Zugriff auf die Dateien der jeweils anderen Fahndungsbehörde erhalten. (Freuen werden sich auch die Amerikaner, die durch ihren Berlin-Status Zugriff auf alle Polizei-Datenbestände in Berlin und damit ebenso im ganzen Bundesgebiet haben – zukünftig also auch auf die französischen Daten.)







### Buchhändlerin verurteilt

München (Politische Berichte). Nachdem im April 1987 eine Zivi-Polizistin zwei "Freiräume" in einem Münchner Laden kaufte, wurde am 19. 4. die ehemalige Buchhändlerin zu 150 Tagessätzen a 25 DM verknackt. Der Verkauf der Zeitschrift sei wegen einer darin abgedruckten RZ-Erklärung zu einem Angriff auf die Soziale Fürsorgestelle für Asylbewerber in Westberlin Werbung für eine terroristische Vereinigung nach §129a gewesen – so der Staatsanwalt ursprünglich. Den Unterstützungsvorwurf ließ er dann jedoch fallen und beantragte "nur" noch eine Verurteilung nach dem Bayrischen Pressegesetz wegen "fahrlässiger Veröffentlichung", diese auch aus "generalpräventiven Gründen". Die Richter spielten mit, für Vertreiber alternativer Literatur "wäre eine höhere Sorgfaltspflicht angemessen gewesen", so ihr Vorsitzender Biebl.

### WIDERSTAND

Die erste Nummer der Anarchistischen Zeitschrift für Politik und Kultur (Untertitel) aus Bochum ist soeben erschienen. "Die Macht des Volkes kommt aus den Gewehrläufen" beginnt das Editorial. "... einfältig wäre es jedoch, die Macht des Wortes, der Information, der Propaganda zu unterschätzen." Themen: Freies Radio Bochum, Grundrech Versammlungsfreiheit (von taz-Schreiber Oliver Tolmein), Isolationsfolter, Umgang mit Faschisten, Gift-Geschäfte mit Kampfstoffen, Asylpolitik ...
Kontakt: WIDERSTAND, c/o Karsten Finke, Bessemerstraße 77, 4630 Bochum; ca. 50 Seiten, 3 DM.



schwarzes Brett (brd)

# schwarzes Brett (internationales)

### Homo-Diskriminierung und -Unterstützung

Niederlande (De Vrije). Die Anti-Schwulen- und -Lesben-Gesetzgebung in Großbritannien, nach der Zuschüsse nicht mehr an Institutionen gezahlt werden dürfen, die Homosexualität in irgendeiner Weise fördern (und sei es nur das Buch über Schwule in der Gemeindebibliothek), zeigt bereits seine Auswirkungen. So erhalten Schwulen- und Lesbengruppen keinerlei Unterstützung mehr von den Gewerkschaften oder "linken" Gemeinderäten. "Wir stehen alleine", so Sally und Paula von den Lesbian Tarzans. Gegen das Gesetz, den Clause 28, demonstrierten am 16. 4. 1988 7 000 Menschen in Amsterdam!
Die britischen Gays and Lesbians hoffen nun auf möglichst viele Teilnehmer beim traditionellen Gay Pride March in London am letzten Sonntag im Juni – auch aus dem Ausland.

### Rock against the rich

Unter diesem Motto stehen in Großbritannien, insbesondere London, neuerdings Konzerte. Es geht vor allem um jene, die (trotz Börsencrash) schnell zu viel Geld gekommen sind, die Yuppies, die sich jetzt in alten ArbeiterInnen-Vierteln einquartieren und ihren Lebensstil durchsetzen. Die Dummen sind die bisherigen Bewohner, für die nicht nur die Mieten steigen. In Holland hat ein Yuppie-Duo die volle Unterstützung der Gemeinde Nijmegen, ein seit siebeneinhalb Jahren besetztes Gelände räumen zu lassen und anschließend dort ein Hotel zu errichten.

Die Frankfurter ArbeiterInnenviertel Gallus und Gutleut laufen Gefahr, von Yuppies kaputtsaniert zu werden.
Felsen gegen Yuppies!



### RARA

Niederlande. Zu einem groß angelegten Schlag holte die Bundes-Koordinations-Einheit der niederländischen Polizei aus – wären die Ergebnisse für den/die EinzelneN nicht so ernst, könnte mensch es Aktion Wasserschlag nennen.
Am 11. 4. 1988 besuchten die 150 Bullen 10 Amsterdamer Wohnungen zwecks Ražzia, 8 von ihnen wurden durchsucht. Tagebücher, Briefe, Adressenlisten aber auch Zeitungen, Flugis, Werkzeug, Ölkanister, Feuerlöscher, Computer und ein Kopierer sind dabei vorerst entwendet worden. Acht Leute verhaftet, ein neunter konnte flüchten. Nach Meinung der Bullen haben sie Mitglieder oder sonstwie Beteiligte der Revolutionären Anti-Rassistischen Aktion (RARA, unter anderem Aktionen gegen Shell wg. Südafrika) festgenommen; vorgeworfene Straftaten: Brandstiftung/Explosion, Diebstahl unter erschwerten Umständen, Verdunkelung, Zerstörung; beinahe alles, was in den letzten fünf Jahren in Holland an militanten Aktionen gelaufen ist. Meinten die Medien in den ersten Tagen, der harte Kern der RARA sei nun zerschlagen, mußten fünf Leute schon drei Tage später freigelassen werden. Die anderen drei bekamen U-Haft für vorerst 12 Tage, die "Beweise" scheinen dürftig zu sein. Nach Ablauf dieser Frist mußten zwei weitere entlassen werden, "nur" ein Mann sitzt noch.
Nach einer Rechnung aus Amsterdamer Widerstandskreisen hat diese eine Verhaftung die Bullen seit 1984 180 Millionen Gulden gekostet. Ihr Fazit: "Wenn mensch so vorsichtig und professionell weitermacht, wie offenbar tatsächlich gearbeitet wurde, und wenn das Bewußtsein da ist, daß sie immer vor der Tür stehen können, also eine sauberes Haus und genügend Kraft, die Klappe zu halten beim Verhör, dann kann mensch so noch Jahre weitermachen."

### Windscale

Erst jetzt, nach über dreißig Jahren, wurde bekannt, daß in der britischen WAA Windscale (heute Sellafield) ein Brand im Jahr 1957 30 Menschen das Leben kostete. Der Unfall hatte bezüglich des technischen Fehlers vermutlich eine ähnliche Größenordnung wie der im Kernkraftwerk Three Miles Island/Harrisburg.

### Kriegsdienstverweigerung

(Ohne uns). In Westeuropa sind über 2 000 Kriegsdienstverweigerer in Haft. Weltweit stecken derzeit mehr als 100 000 Menschen im Knast, weil sie den Kriegsdienst mit der Waffe ablehnen.



### Arbeiterwiderstand

Dänemark (Black Flag). Die Südafrikaner wollen derzeit ihr Consulat in Dänemark neu bauen, haben dabei jedoch eine Menge Probleme mit jenen, die die Arbeit machen sollen. Sie weigern sich laufend und es gab schon mehrfach größere Unterbrechungen im Fortgang der Bautätigkeit. Einem Elektriker wurde daraufhin von seinem Chef gekündigt – nach Gerichtsprozeß mit gewerkschaftlicher Unterstützung mußte er wieder eingestellt werden.

### Katsuhisa Omori

In den Kurzmeldungen der letzten beiden AKTIONen berichteten wir von dem zum Tode verurteilten japanischen Anarchisten Katsuhisa Omori, konnten aber keine Adressen für Protestbriefe veröffentlichen. Dies sei nun nachgeholt:
Sein Richter: Fumoto Mizutani, Sapporo High Court, Odori-mishi 1/-Chome, Chuo-ku, Sapporo Shi, Hokkaido, Japan.
Justiz-Minister: Yuhio-Hayashida, Minister of Justice, 1-1-1 Kasum i-gaseki, Chiyoda-ku, Tokyo, Japan.

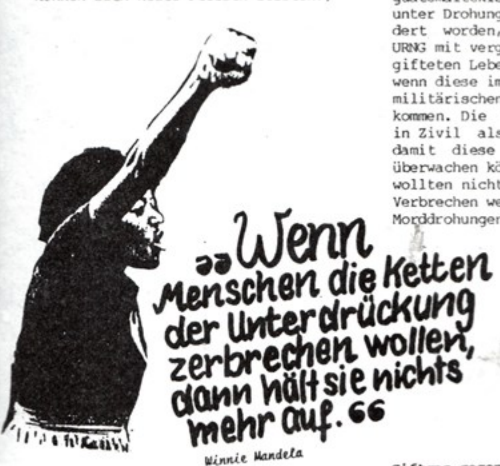
schwarzes Brett (internationales)



# schwarzes Brett (internationales)

**Südafrikas Kriege**

(Publik-Forum). Südafrika steht nicht nur mit den eigenen Bürgern im Krieg. Um die Nachbarstaaten zum Beispiel von den Straßen und Häfen Südafrikas abhängig zu halten, wird die Infrastruktur der schwarzen Nachbarländer wie Sambia und Zimbabwe systematisch von Freischärlern Südafrikas zerstört. Der Schaden in neun Staaten von 1980–1986: 25–28 Milliarden $. Im Fall internationaler Boykottmaßnahmen will das Apartheidregime diese Staaten quasi als Geiseln nehmen und dennoch hofft beispielsweise Zimbabwes Premier Robert Mugabe (so problematisch er aus anarchistischer Sicht auch sein mag) auf den Boykott: "Wenn wir Sadza, Maisbrei, essen müssen und kein Fleisch, werden wir dies eben tun." (Wieviele Menschen in Zimbabwe können sich heute Fleisch leisten?)




**Kongreß der radikalen Anti-AKW-Bewegung**

Niederlande. Schon wieder ein Kongreß in Holland? Vom 2.–5. 2. 1989 werden sich voraussichtlich Vertreter der westlichen Anti-AKW-Bewegung zum Informationsaustausch und vielleicht auch zur "Verabredung internationaler Straftaten" (steht so nicht im Vorbereitungspapier) treffen. Vorraussetzung ist, daß sich aus mindestens 6 Ländern mindestens je 10 Leute bis Ende August anmelden.
Wie ernst das "radikal" aus dem Kongreßthema genommen wird, können wir nicht einschätzen.
Kontakt: Kongres AKB, Postbus 8094, NL–6710 AB EDE.



**Generalstreik gegen Arbeitsgesetz**

Portugal (Politische Berichte). Über 50 % der Lohnabhängigen Portugals beteiligten sich am 28. 3. 1988 an einem 24stündigen Generalstreik, dem größten Streik seit der Nelkenrevolution 1974. Die zwei Millionen folgten einem Aufruf des kommunistischen und des sozialdemokratischen Gewerkschaftsdachverbandes gegen die Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes und gegen Lohnleitlinien der Regierung, die massive Lohnsenkungen zur Folge hätten. Das öffentliche Verkehrswesen ruhte, in allen größeren Betrieben wurde gestreikt.

**Vergiftung der Guerilla**

Guatemala (ides). Nach Aussagen von guatemaltekischen Campesinos sind sie unter Drohungen vom Militär aufgefordert worden, Guerillaeinheiten der URNG mit vergiftetem Wasser und vergifteten Lebensmitteln zu versorgen, wenn diese im Rahmen ihrer politisch-militärischen Aktionen in die Dörfer kommen. Die Dörfer sollten Soldaten in Zivil als Tagelöhner aufnehmen, damit diese die Vergiftungsaktion überwachen könnten. Doch die Bauern wollten nicht "zu Komplizen dieser Verbrechen werden" und lehnten trotz Morddrohungen ab.

**Giftgas gegen die eigene Bevölkerung**

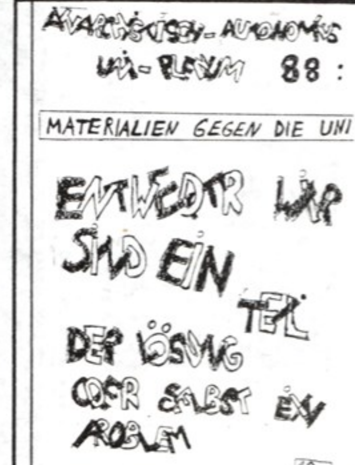
Irak. Daß es im Krieg nicht nur um "fremde" Länder und Völker geht, führte der Irak im März der Welt drastisch vor und bombardierte Halabja, eine irakische Stadt mit Giftgas. Mindestens 5 000 Tote und 4 000 Verletzte forderte die Bombardierung unmittelbar, vorrangig Kurden. In Bonn gibt es ein Ideologie-übergreifendes "Komitee gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakisch-Kurdistan" kurdischer Gruppierungen. Kontakt: Komkar, Burgunderstr. 35–37, 5000 Köln 1, Tel. 0221/21 19 32.

**Bürgerarmee**

USA (De Vrije). Die Regierung des Staates Columbia will Dutzende Freiwilliger bewaffnen, um die Kriminalität in der Hauptstadt Washington "effektiver" bekämpfen zu können.

KNASTKONTAKT

Gefängnisse gibt es auch in Deutschland und darinnen MENSCHEN, die im Widerstand mit ihrer ganzen Person stehen und daher praktische Solidarität brauchen wie z.B. Korrespondenz, Briefmarken, Besuche.
WIDERSTAND und ÜBERLEBEN gehen Hand in Hand und schließlich wollen WIR doch alle das EINE, oder?
In unserer Situation liegt es an euch statt holem Pathos, zu handeln und Taten zu zeigen.
Kontakt: Ali Yilmaz /Peter Baumann
Limburgerstr. 122 / JVA
D - 6252 Diez




Der Reader, der vom anarchistisch-autonomen Uni-Plenum zusammengestellt wurde, ist inzwischen fertig. Durch eine etwas höhere Auflage beträgt der Preis nun 10.- DM incl. Porto und Verpackung. Den Reader könnt ihr in Form eines Verrechnungsschecks (und nur so) beim
Libertären Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
bestellen.
Das A-Plenum trifft sich seit Sommer 87 an der Frankfurter Universität. Die Diskussionen gingen von Anfang an um die Identitätsbildung als StudentIn/JobberIn/AktivistIn in sozialen Bewegungen etc. Die Materialiensammlung ist ein Teil der Aktivitäten. Sie soll als Diskussionsgrundlage für das A-Plenum und auch andere Interessierte dienen und sollen jederzeit ergänzt werden können. Die Texte überschneiden sich teilweise bzw. widersprechen sich an einigen Punkten. Die Protokolle sind unvollständig geben aber im wesentlichen alle Diskussionspunkte wieder. Aus diesen Diskussionen heraus entstand dann die Auswahl der Texte von anderen Gruppen. Die Zeitungsausschnitte konzentrieren sich in der Regel auf den Zusammenhang Uni/Arbeit. Das A-Plenum will auch weiterhin Material zu diesem Thema sammeln und bei Gelegenheit veröffentlichen. Daher schickt, falls ihr Material zu diesem Thema habt, dieses an das A-Uni-Plenum, c/o Libertäre Zentrum.

# Basel: KEINE RÄUMUNG DER STADTGÄRTNERE!

Die Baseler "Alte Stadtgärtnerei", Info- und Kulturzentrum inmitten der City, steht nach über zwei Jahren selbstbestimmten Aufbau und Nutzung vor der Räumung, bzw. Abriß und Umwandlung in einen sterilen "Stadtpark" mit neuer Rheinanlagestelle für die Touristendampfer. Das 4 - 5 ha große Gelände besteht zur kleineren Hälfte aus der ehemaligen kommunalen Gärtnerei (die heutige "Alte Stadtgärtnerei") und dem inzwischen ausgelagertem Schlachthof, der vom Zivilschutz genutzt wird. Was und wie in der alten Stadtgärtnerei läuft, könnt Ihr den Auszügen ihrer eigenen Publikationen entnehmen, die ich hier zusammengestellt habe. Aktuelle Situation ist, daß von außerhalb des Geländes ( wo übrigens niemand wohnt ) einige Leute einen Antrag zur Erhaltung des Geländes, wie es jetzt ist, zur Volksabstimmung im Kanton(?) Basel gestellt haben. Ergebniß war, daß über 2oooo Leute für den Erhalt und 26ooo dagegen gestimmt haben. Dies ist für die Kantonsregierung eine neue Legitimationsgrundlage das "agitatorisch-logistische Zentrum ausländischer AntidemokratInnen und GesellschaftsfeindInnen" ( O-ton Polizeikommando Basel ) endlich in den volksgewollten Stadtpark umzuwandeln. Dazu schrieben die AktivistInnen der ASG (Alte Stadtgärtnerei) einige Zeit vorher:

"....eine Initiative, die zwar nicht von uns kommt, die jedoch in weiten Bereichen mit unseren Anliegen übereinstimmt. Wir werden deshalb für ein Ja zu dieser Initiative eintreten. Grundsätzlich sind wir jedoch der Meinung, daß es keiner auch noch so großen Mehrheit zusteht, über die ASG zu bestimmen. Es hat sich gezeigt, daß sie den Bedürfnissen breiter Kreise Rechnung trägt. Diese Leute sollen selbst über ihren Lebensraum bestimmen können."

Am letztem Abstimmungstag, dem 8. Mai fand auf dem Gelände eine allg. Vollversammlung aller AktivistInnen und BesucherInnen statt, auf der untenstehende Resolution verabschiedet und zu einer Demonstration am folgenden Samstag, den 14. Mai aufgerufen wurde. Bei den Diskussionen vorher und auf der VV wurde klar, daß es nicht möglich ist das unübersichtliche Gelände militant zu verteidigen, aber daß es auch kaum Leute gibt, die es freiwillig verlassen werden. Es stand eher zur Debatte wie sie es schaffen können die 2oooo Befürworterinnen zum aktiven Unterstützen zu mobilisieren. Ein Teil wird die Demo sein, ein anderer der Räumungstermin selber, mit dem für Ende nächster Woche ( 19.od.20.5.) gerechnet wird. Bis dahin laufen mit Hochdruck Veranstaltungen, Diskussionen u.v.m. Wenn Ihr also in den nächsten Tagen etwas Zeit habt und dort in der Gegend seid informiert Euch und fahrt dorthin! Kontakt: Libertäres Zentrum Basel, Brombacherstr.33, tel.:0041 61/6929092. Öffnungszeiten siehe Ankündigung nächste Seite. Das neue Zentrum und die ASG liegen ca.300m auseinander. Vogliamo Tutto ! Subito !

Miro

Seit zwei Jahren benützen wir die Alte Stadtgärtnerei - zwar illegal, jedoch toleriert - als Freiraum, wo Kultur wie Konzerte und Theater stattfinden kann, die sonst nirgenwo Platz hätte.

Kultur, die sich nicht nach gängigen Normen richten muss. Filme, die in keinem Kino gezeigt würden, weil sie zu wenig Profit bringen und nicht aus Hollywood stammen. Eine Bocciabahn, auf die keine Benützungsgebühr erhoben wird. Schweine und Gänse, die für keine Metzgerei bestimmt sind, ein Aussichtsturm, der nicht der höchste der Welt ist. Die Volksküche, wo das Menü höchstens 5 Franken kostet. Das Glashaus, das für allerlei Veranstaltungen Platz bietet und wo's sonntags Morgenessen gibt.

Dies alles ist nur möglich, da sich viele Leute in unbezahlter Arbeit dafür einsetzen, dass der Betrieb aufrecht und selbsttragend erhalten bleibt. Denn nur so ist gewährleistet, dass sich niemand nach den Bestimmungen eines Geldgebers (z.B. Staat, Firmen) richten muss.

Die machenden und konsumierenden Leute bestimmen an der wöchentlich stattfindenden Vollversammlung selbst, was sie wo, wie, wann und warum machen oder eben auch nicht.

Die Alte Stadtgärtnerei ist ein Freiraum, wo nichts gemacht werden muss und kaum etwas nicht gemacht werden darf.

Die zunehmenden BesucherInnenzahlen sprechen für sich. Neben der sicherlich dominierenden "Wunder-Bar" und dem Konzertkeller zeugen die anderen Einrichtungen und Veranstaltungen von dem Bedürfnis, eine andere Kultur zu machen und zu leben, Menschen zu treffen, zu diskutieren, etwas auf dem Gelände herumzubasteln, zu bauen, zu pflanzen, zu gestalten... oder einfach auch gar nichts zu tun!

Jedoch versuchen die Regierung und die Polizei, die Stadtgärtnerei zum Eitergeschwür und zur Brutstätte des Bösen, des Gestankes und des Hässlichen dieser Stadt zu machen. Sie stempeln sie zur "logistischen und agitatorischen Basis gesellschafts und demokratiefeindlicher Elemente". Zu einem Ort, wo sich die bösen Monster verstecken, die kleine Kinder fressen, alte Leute erschrecken und Hunde klauen.

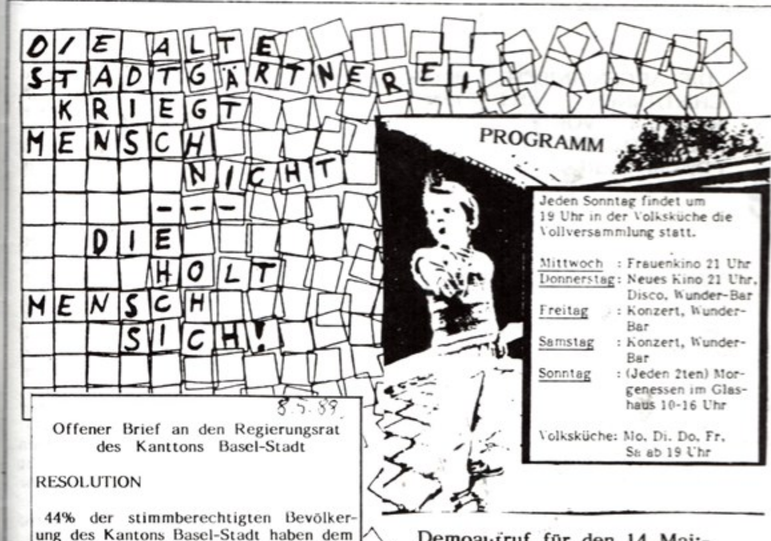
Dank engagiertem Einsatz konnte letzten September eine polizeiliche Räumung verhindert werden. Trotz manchen Schikanen, musste die Regierung bis jetzt wohl oder übel die Alte Stadtgärtnerei als Freiraum akzeptieren. Doch wieder werden von seiten der Regierung und der Polizei Stimmen laut, die eine sofortige Räumung verlangen: "Weiche Stadtgärtnerei!" Denn nur mit einer (auf)geräumten Stadtgärtnerei kehrt wieder Sauberkeit in unsere Stadt, herrscht wieder Ruhe und Ordnung im Lande!

Starke Worte seitens offizieller Stellen. Wir bleiben da bescheidener: Wir lassen uns die Alte Stadtgärtnerei nicht wegnehmen. Ein Bedürfnis für diesen Freiraum besteht in dieser Stadt, und zwar von seiten der KonsumentInnen wie der AktivistInnen. Nicht an Schreibtischen sondern hier auf dem Gelände soll über die Nutzung entschieden werden.

Die von gewissen Kreisen herbeigesehnte Räumung lässt sich nicht einfach so wegdiskutieren. Scheinbar reicht es nicht aus, dass pro Woche mehr als tausend Menschen das Gelände besuchen. Was braucht es wohl, bis die Regierung ein Bedürfnis für diesen Freiraum erkennen kann? Wahrscheinlich mehr Druck. Für uns heisst das mehr Leute. Menschen, welche neben Konsum aktiv mitarbeiten, auf und für das Gelände. Daneben auch das Projekt Stadtgärtnerei hinaustragen und bekanntmachen. Nicht zuletzt aber auch Leute, welche es sich nicht gefallen lassen, dass die Alte Stadtgärtnerei geräumt werden soll.

**DEMO**

**Sa 14. Mai 15^30 Barfi**




8.5.88.

Offener Brief an den Regierungsrat des Kanttons Basel-Stadt

RESOLUTION

44% der stimmberechtigten Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt haben dem Projekt eines Kultur- und Naturparkes zugestimmt.

Wir sind erfreut über die hohe Akzeptanz unserer Anliegen und erheben folgenden Anspruch.

Die Alte Stadtgärtnerei umfasst knapp 40% der Fläche des geplanten Parkes. Im Sinne eines tiefergehenden Demokratieverständnisses verlangen wir, daß uns dieses gute Drittel erhalten bleibt.

Wir verlangen im weiteren ausdrücklich, daß auf dem vom Zivilschutz besetzten Schlachthofareal dem Volkswillen Ausdruck verliehen wird und baldmöglichst mit der Realisierung des Grünparks begonnen wird.

Wir glauben, daß auf dieser Basis ein befruchtendes Miteinander der ehemaligen GegnerInnen möglich ist.

Wir möchten alle unsere UnterstützerInnen herzlichst auffordern, am kommenden Samstag um 15 Uhr auf dem Barfüsserplatz ihrem Willen in einer lustvollen Demonstration Ausdruck zu verleihen.

## Demoaufruf für den 14. Mai:-

KEINE ZERSTÖRUNG VON FREIRÄUMEN !

Wir wehren uns gegen die Zerstückelung und Aufteilung unseres Alltags in verschiedene Bereiche wie Wohnen, Arbeit, Freizeit, Konsumieren und Lieben: Durchorganisierte Abläufe, die jede Utopie im Keim ersticken.

In dieser Zeit, bestimmt durch bürgerliche Machtpolitik und Katastrophenmanagment, programmierte Isolation und Verkümmerung jeglicher Kreativität wird es immer wichtiger, Freiräume wie die Alte Stadtgärtnerei zu erhalten und neue zu schaffen.

Mehr denn je brauchen wir Orte, wo es möglich ist, neue Umgangs- und Gesellschaftsformen zu leben, wo wir Selbstbestimmung lernen und unsere eigenen Vorstellungen von Leben verwirklichen können. Wir brauchen Treffpunkte, die nicht von Konsum und Kommerz geprägt sind, sondern von uns gewollt und gestaltet werden.

Wir wollen eine eigene Kultur, die nicht auf Herrschaft und Unterdrückung Rassismus und Sexismus,sondern auf der Autonomie aller Menschen aufbaut !

Nun sollen wir diesen Tummelplatz der Phantasie verlassen und einer benützerInnenfremden Parkanlage opfern.

Die Technokraten- und Städteplanerhirne der Regierung wollen und können nicht begreifen, daß die Alte Stadtgärtnerei eine Chance für ganz Basel ist. Sie haben zweifelos die Macht alles plattzuwalzen, doch die Idee, die dahintersteht werden sie niemals ausrotten können !

Das Bedürfnis nach selbstbestimmten Frei- und Kulturräumen wird immer wieder aus dem Eis hervorbrechen !

MACHT AUS DER ALTEN STADT EINE GÄRTNEREI !





# Die Geschichte des Anarchismus in Argentinien

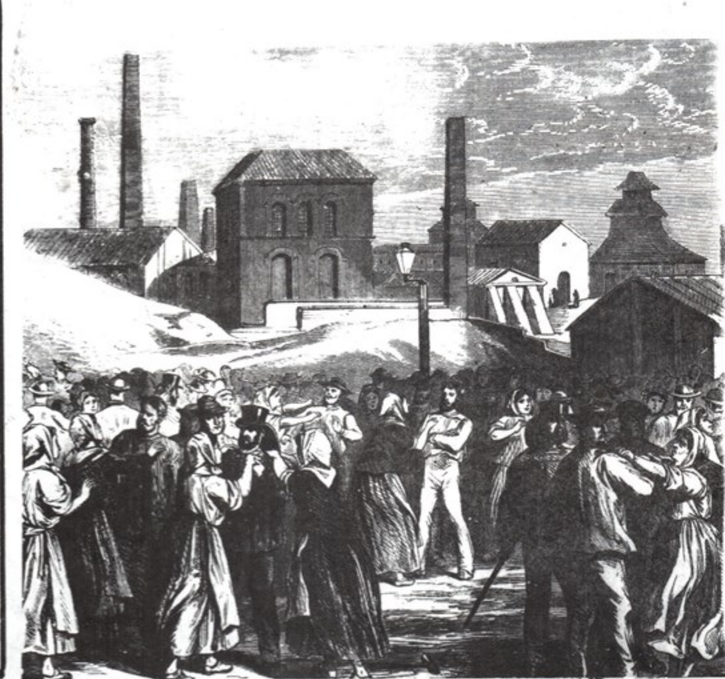
## Teil I

Argentinien und Anarchismus? Während der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts entwickelte sich Argentinien in libertärer Hinsicht zum Spanien Südamerikas. Angefangen hatte es um 1900 mit der großen Einwanderungswelle : Nicht nur aus wirtschaftlicher Not, sondern vor allem aufgrund politischer Verfolgung kamen zahlreiche Anarchisten aus Spanien, Italien, Deutschland und Rußland nach Argentinien und verbreiteten hier ihre libertären Ideen. Dreißig Jahre lang erschien eine anarchistische Tageszeitung mit dem bezeichnenden Titel "La Protesta". Bis zum Militärputsch 1930 stellten die Anarchosyndikalisten, verankert in der FORA (Federacion Obrera Regional Argentina ), die absolute Mehrheit in der argentinischen Gewerkschaftsbewegung. Sowohl in der Hauptstadt Buones Aires wie auch in der Provinz kam es immer wieder zu großen Massendemonstrationen der anarchistischen Arbeiterschaft. Zu jener Zeit war jeder zehnte Argentinier organisierter Anarchist oder sympathisierte stark mit der anarchistischen Bewegung. So war es 1922 anarchistischen LandarbeiterInnen fast gelungen, in Patagonien eine "Provinz" von der Größe der BRD einzunehmen. Je stärker die Bewegung wurde, um so brisanter wurden die Auseinandersetzungen mit Staat und Militär aber auch innerhalb der Bewegung selbst . . . .

**DIE ARGENTINISCHEN ANARCHIST/INNEN (AUS EINEM REFERAT VON JAKOB S./ MITGLIED DES LIBERTÄREN FORUM BERLIN)**

Argentinien war ab Mitte des 18.Jahrhunderts immen mehr eine englische Kolonie geworden. Im Lande selbst herrschte eine Minderheit von Großgrundbesitzern, an ihrer Seite die Militärs. Von 1850 bis 1914 wanderten etwa drei Millionen Europäer nach Argentinien aus, nachdem sie in ihren Heimatländern keine Arbeit mehr fanden, oder oder aus politischen Gründen emigrieren mußten, wie z.B. Deutsche und Russen. Argentinien wurde zu der Zeit die Kornkammer der Welt genannt. Das Korn war von guter Qualität und billiger als in Nordamerika, denn der Boden mußte kaum gedüngt werden. Und durch das milde Klima in großen Landteilen konnte das Vieh im Freien ohne Ställe gehalten werden. Durch diese Devisen begünstigt kaufte Argentinien Exportartikel hauptsächlich aus England oder anderen europäischen Ländern. Somit gelang es Argentinien im Gegensatz zu anderen südamerikanischen Ländern, schon relativ früh eine Erziehungskultur zu errichten, die in anderen Ländern und selbst in Europa nur beneidet werden konnte. Es enstanden Universitäten - sogar in Provinzstädten. Es gab kulturelles Leben und kaum Analphabeten.

Was aber nicht mißverstanden werden darf, als ob dort alle ArbeiterInnen gut lebten. Auch sie hausten wie in Europa, in armseligen Mietskasernen oftmals überbelegt. Aber während in Deutschland im 18.Jahrhundert noch Fürsten und Kaisertum herrschten, gab es in Argentinien schon eine "demokratische" Regierung. D.h. zumindest die Ideen der französischen Revolution trugen hier eher ihre Früchte. Die anarchistische Idee hatte in Argentinien tiefgehenderen Einfluß, als die des Marxismus. Die Anarchisten verbreiteten ihre Ideen mit Zeitungen und Schulen, mit Agitatoren die durch das Land zogen. Anarchisten sorgten auf dem Land dafür, daß Theatergruppen spielten, die in einfacher Sprache über Ausbeutung und Ungerechtigkeit erzählten und den Leuten bewußt machen wollten, wieso und warum das nicht so einfach hingenommen werden muß. Wen wunderts, daß Schlägertrupps, angeheuert von Großgrundbesitzern, diese Leute angriffen.
Bezeichnend ist auch, daß damals die zwei bekanntesten Schriftsteller Argentiniens Anarchisten waren. In ganz Argentinien wurden ca. 60 Zeitungen und Zeitschriften von der anarchistischen Bewegung verbreitet. In manchen Städten gab es sogenannte Volkshäuser in denen Bibliotheken, Weiterbildungskurse, u.ä. betrieben wurde. Die bekannteste Tageszeitung der AnarchistInnen war "La Protesta" und sie erschien bis in die dreißiger Jahre. Sie ist jetzt wieder, nach langer Zeit der brutalen Militärdiktatur von neuem erschienen.






1904 wurde auf einem Kongreß der FORA beschloßen:"Das Streiks-Schulungen zur Revolution bedeuten und es empfohlen wird, Streiks so revolutionär wie nur möglich zu vollziehen, damit sie der revolutionären Erziehung dienen."
Kein Wunder, daß die AnarchistInnen der Repression am härtesten unterlagen. Historiker nannten diese Zeit, die des "anarchistischen Heroismus", Dies wurde am Vorgehen der AnarchistInnen und SozialistInnen sehr deutlich. Die AnarchistInnen verfolgten die direkte Aktion. D.h. Kampfmaßnahmen wie/bei Streiks und direkte Verhandlungen mit den Unternehmern. Während die SozialistInnen den Staat als Vermittler einsetzten und ihre Streiks friedlicher verliefen. Vor allem am ersten Mai zeigte sich der Unterschied. Bei den Sozialisten waren kaum Polizeikräfte im Einsatz. Während es bei den Anarchisten oft zu Auseinandersetzungen kam, zumal die Anarchisten trotz Verbot durch die Straßen zogen.
Am ersten Mai 1904 kam es zu einer Massendemonstration in Buenos Aires.. Selbst die konservative Zeitung "La Prensa" berichtete von 70 000 TeilnehmerInnen. (Buenos Aires hatte damals 1mill. Einwohner), Dies konnten die Herrschenden nicht so ohne weiteres hinnehmen. Die Polizei versuchte die Massenversammlung zu sprengen, doch die AnarchistInnen verteidigten sich und ließen sich nicht verjagen. Das Resultat davon waren zwei tote Arbeiter und über hundert Schwerverletzte.
Danach erfolgten harte Repressionen. Viele ausländische Anarchistenwurden des Landes verwiesen, inländische in die Gefängnisse geworfen.

1905 erreichten die Anarchisten nach langen und harten Kämpfen, daß die Sonntagsarbeit verboten wurde. Aber im Verlauf dieser Kämpfe entwickelte sich innerhalb der anarchistischen Bewegung allmählich eine Kluft.

Es gab die "Gemäßigten" die sich in der Zeitung "La Protesta" vertreten sahen und die Militanten, vertreten durch die Zeitung "La Antorcha" (die Fackel).

Am ersten Mai 1909 gab es dann ein erneutes Beispiel mit welcher Härte die Militärs gegen Massendemonstrationen vorging. Wiederum waren es Anarchisten, die eine große Versammlung abhalten wollten und ihre Demonstration machten. Am Versammlungsplatz wurden sie von berittener Polizei empfangen, die mit Säbeln auf die Leute losgingen. Es gab fünf tote Arbeiter, 40 Schwerverletzte und zahlreiche durch Säbelhiebe Verletzte. Gleichzeitig begann eine Razzia. Arbeiterlokale, Zeitungen, Theater und Bibliotheken wurden geschlossen. Hunderte von Arbeitern wurden verhaftet. Die FORA rief sofort zu einem Streik auf. Dieser wurde gewalttätig. Vorarbeiter einer Metallfabrik, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, wurden erschossen oder davongejagt. Auf einem Friedhof verlangten mehrere tausend Anarchisten die Herausgabe ihrer Genossen, was dann auch geschah.
1917 das legendäre Jahr der Oktoberrevolution gab weltweit Auftrieb, so auch in Argentinien. Im Winter 1918/19 tobte ein Generalstreik. Im größten Metallbetrieb des Landes waren Arbeiter entlassen worden und die Belegschaft streikte. Als Streikbrecher eingesetzt werden sollten, schmissen die Arbeiter sie raus. Die Polizei schoß auf die Arbeiter. Die "Liga Patriotica" (Klub reicher Bürgerssöhnchen) verwüstete Arbeiterlokale. Gleichzeitig begann ein Juden-Progrom. Das war zuviel, es lag eine argentinische Revolutuion in der Luft. Vor allem nachdem die Polizei in einen Trauermarsch geschossen hatte. Das Maß war voll.
Die FORA rief zum bewaffneten Generalstreik auf, doch die Arbeiter hatten keine Waffen, bis auf einige die sie sich aus den Waffengeschäften "holten".

So entstand ein ungleicher Kampf, trotz dem konnten die Arbeiter einen Sieg erringen der allerdings voller Widersprüche war. Der Präsident Irigoyen erkannte, daß entweder die Militärs die Macht übernehmen würden, oder Argentinien das gleiche Schicksal wie Rußland ereilen würde.So machte die Regierung im Januar 1919 Zusagen an die ArbeiterInnen und der Generastreik wurde eingestellt. Die Anarchisten erreichten ihr Ziel, die soziale Revolution, nicht. Das gab den Anlaß zur Spaltung.
Die militanteren wollten den Kampf fortsetzen, doch die Gemäßigten, so die FORA hielt dies für aussichtslos, was angesichts der fehlenden Waffen so unberechtigt nicht war. Doch die Spaltung innerhalb der Anarchisten war schon so weit gediehen, daß ein Zusammengehen kaum mehr möglich war, was auch leider bis zum bitteren Ende so blieb.
Die militanteren AnarchistInnen entwickelten die Idee des enteignenden Anarchismus. Daraus entstand in Argentinien eine Stadtguerilla.

Zwei Jahre später, 1921, erhoben sich die ArbeiterInnen in der fernen Provinz Patagonien. Was heißt "Provinz", Patagonien ist ein Gebiet etwas größer als die BRD. Bis der Aufstand wahr/wichtig-genommen wurde, waren noch viele chilenische Landarbeiter hinzugekommen. Doch dann entsandte die Regierung ein Kavallerie-Regiment unter der Leitung des Coronel Varela. Dieser entfachte einen Terror sondersgleichen. 1800 Aufständische wurden erschossen. Vorher mußten sie noch ihre Gräber selber schaufeln.

1921 ereignete sich ein spektakulärer Überfall auf das Zollamt in Buenos Aires. Eine für damalige Zeiten fette Beute. Doch die FORA und "La Protesta" mißbilligten dies, während "La Antorcha" es rechtfertigte. Konnten doch damit Waffen besorgt werden und Gefangene befreit werden o.ä.

Mitte der zwanziger Jahre gab es eine Anzahl von Überfällen dieser Art. Nach einiger Zeit stellte sich heraus wer dahintersteckte, doch konnte diese Gruppe nicht gefasst werden. Es war die Gruppe Durrutti.

Fortsetzung folgt









oder Musik für den/die kulturbewußten Chaot/in

Nicht nur im Bereich der gedruckten Medien entwickelt sich in diesem unseren Lande libertäre Strukturen auch auf dem Musiksektor tut sich langsam was.
Das Braunschweiger Label WEG DER ZEIT gibt seit einiger Zeit Kassettensampler und Kassetten diverser Bands heraus und betreibt eine Art Infozentrale/Netzwerk für die Verbreitung von politischen und kulturellen Infos. In ihrer Selbstdarstellung heißt es, "wir verstehen uns vorrangig als forum für die, die die staatstragende verblödungskultur genauso ablehnen und bekämpfen wie wir. darüber hinaus versuchen wir ohne herrschaftsansprüche zu leben und zu arbeiten sowie unser kulturverständnis, unsere ansprüche, den (un)sinn unseres projekts einem möglichst breiten spektrum zu vermitteln."



Das Braunschweiger Label plant zudem Konzerte zu veranstalten, bzw. zu vermitteln. Wer Interesse an dem Label hat, wendet sich an M.Wiener in der Stralsundstr.17 in 3300 Braunschweig oder taucht in der Zeit vom 20 bis 24 Mai im Konzerthaus Böcklerstr.232/Braunschweig auf, wo daß Label an einem Treffen der Föderation anarchistischer SchülerInnen und StudentInnen beteiligt ist.



KAMPF DEN HIRNFICKERN

ist ein Motto der USFA, was soviel heißt wie Unter schwarzer Flagge Antimedien, die unter Postfach 311 in 4730 Ahlen zu erreichen ist. Über die USFA sind nicht nur Cassetten, sondern auch Schallplatten und kleinere A-Zeitungen erhältlich. In der Selbstdarstellung des Anfang 1987 gegründeten Labels heißt es: "Medien aller art spielen eine zentrale rolle bei der bewußtseinsbildung. deshaslb ist eine radikale gegenkultur und ihre verbreitung durch medien nicht nur lebensausdruck einer sozialen bewegung, sondern auch ein wichtiger faktor zur verwirklichung ihrer utopien. GEGEN-KULTUR definiert sich über ziel und inhalt, nicht über unter gegenkultur verstehen wir die ausdrucksformen von menschen, die versuchen ihre vorstellungen von selbstbestimmten, kollektiven, herrschaftsfreien leben zu verwirklichen. wir meinen eine gegenkultur, die sich nicht über stilrichtungen, modern etc. d.h. über formen, sondern über ihre inhalte und über ihre ablehnung des patriarchalhierarchischen scheißsystem definiert. sie impliziert für uns ausdrucksformen die unser lebensgefühl wieder piegeln, die die trennung von "kunst" und "leben" aufheben und die versuchen sich dem informationskrieg der hirnficker zu widersetzen."

"Kampf den Hirnfickern" ist auch das Motto eines Cassettensamplers der USFA, der in kürze erscheinen wird und über die AKTION zu beziehen sein wird. Wir von der AKTION bieten zudem allen autonom/anarchistischen Labeln, Gruppen und Individuen an, sich dem einschlägigen Publikum vorzustellen. Was soviel heißt, daß wir Selbstdarstellungen und Kontaktadressen von Labels etc. veröffentlichen und Cassetten, die uns zugeschickt werden, mit Nennung der Bezugsadresse, kurz vorstellen.
BENUTZT UNS !

FENRIS WOLF

PS: DER KLEINE DESPOT IST VERGRIFFEN UND NICHT MEHR LIEFERBAR!

